Keine Schließung von HDW! — Seite 5

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 11 vom 19. März 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM

Über 15000 gegen US-Imperialismus — bei der Demonstration zur Solidarität mit dem Volk von El Salvador am letzten Samstag in Frankfurt. Je mehr die aggressive Haltung der amerikanischen Imperialisten gegenüber Mittelamerika deutlich wird, desto mehr wächst auch der Widerstand in aller Welt gegen Reagans Politik. CDU-Oberbürgermeister Wallmann aus Frankfurt allerdings sah sich, getreu seiner bisherigen Haltung und eingedenk seiner Freundschaft zu Reagans Killern, veranlaßt, die Demonstration mit Verbot zu verhindern — was ihm nicht gelang. Deswegen wurde wenigstens ein Polizeiüberfall inszeniert.

Soll Sabotage den Umsturz vorbereiten?

Hände weg von Nicaragua!

MANAGUA. — Die sandinistische Junta von Nicaragua hat am Montag den Ausnahmezustand für das ganze Land ausgerufen. Dies war die Reaktion der revolutionären Regierung auf die Sprengung zweier Brücken durch von den USA bezahlte Banditentrupps an den Grenzen des Landes. Daß es solche Trupps aus Söldnern des gestürzten Diktators Somoza und anderen reaktionären Exilkräften auch aus anderen Staaten gibt, war bereits seit langem bekannt. In der letzten Woche war bekannt geworden, daß sich diese Banden einer wesentlich verstärkten Unterstützung durch die Regierung Reagan erfreuen können. Jetzt haben sie zum ersten Mal in großem Stil zugeschlagen.

Offensichtlich halten sich die USA-Imperialisten nach dem Scheitern ihrer jüngsten Hetzkampagnen gegen das freie Nicaragua nicht mehr mit solchen Nebensächlichkeiten auf, sondern kommen zum Thema. Und dieses Thema heißt für Reagan und seine Hinterleute, die Dollarkönige der Wall Street: Sturz der Regierung in Nicaragua. Die Ausrufung des Ausnahmezustands und die Mobilisierung der bewaffneten Kräfte des Landes stellt die einzig richtige und notwendige Antwort auf die Kriegsprovokation der amerikanischen Regierung dar. Die Regierung erfüllt damit eine Forderung der breitesten Massen des Volkes, das die entschlossene Verteidigung der im Kampf gegen die Statthalter der USA errungenen Freiheit fordert.



Exiltruppen proben in den USA den Überfall auf Nicaragua.

Die konzentrierte und zentral gelenkte Sabotagewelle gegen Nicaragua kann den Auftakt des offenen amerikanischen Aufmarschs gegen die Völker Mittelamerikas bedeuten — daß dieser Kurs gesteuert wird, das war schon seit einiger Zeit immer deutlicher sichtbar geworden.

Reagan und seine Leute wollen zurück zu den alten Zuständen in Nicaragua, wollen die Befreiungsbewegung in El Salvador im Blut ersticken und in Guatemala eine solche Entwicklung des Widerstands im Keim ersticken. Dafür scheuen sie sich offensichtlich immer weniger, erneut einen offenen Bruch des Völkerrechts zu begehen, eine Aggression zu starten.

Sie wollen die unumschränkte Herrschaft der amerikanischen Nahrungs-, Öl- und Chemiemultis, das Paradies der Elektromultis wieder herstellen.

Die Gefahr eines Aggressionskrieges hängt in diesen Tagen so schwer wie noch nie in den letzten Jahren über Mittelamerika, eines Krieges, den einzig und allein die amerikanischen Großmachtpolitiker zu verantworten haben. Die Bereitschaft der Völker dieser Gegend, gegen den USA-Imperialismus zu kämpfen, ist in dieser Lage die einzige Möglichkeit, eine Aggression zu verhindern. Und die weltweite Solidarität mit ihnen!

Hände weg von Nicaragua!
Amis raus aus Salvador!

2-Prozent-Provokation im öffentlichen Dienst

Jetzt sind Protestaktionen nötig!

STUTTGART. — 2 Prozent — mit diesem „Angebot" wagte Bundesinnenminister Baum in die Tarifverhandlungen einzusteigen! Das ist ein Schlag ins Gesicht der mehr als zwei Millionen Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst! Damit sollen sie zum Sündenbock der Nation abgestempelt werden und zu einem erneuten Sonderopfer gezwungen werden!

Bekanntlich sind die Herren Baum und Konsorten, die Minister, Staatssekretäre usw. äußerst weich auf Bezüge gebettet, von denen jeder einfache Lohnabhängige im öffentlichen Dienst höchstens träumen kann. Die Masse der Bediensteten, denen Baum dieses unverfrorene Provokationsangebot zumutete, muß sehr hart arbeiten und sich dabei mit einem Einkommen zufrieden geben, das noch unter den durchschnittlichen Arbeiterlöhnen liegt.

Mit den zwei Prozent will Baum klarstellen, daß die Kollegen im öffentlichen Dienst einen Reallohnabbau schlucken sollen, der sogar noch massiver ist als jener, der kürzlich durch die 4,2 Prozent bei Metall eingeleitet wurde. Baum will nun durch die Hintertür die von der Gewerkschaft zunächst abgeschmetterte 1prozentige Lohnkürzung doch noch durchsetzen.

Es gibt nicht den geringsten



Grund für die Kollegen im öffentlichen Dienst, auch nur ein einziges Zehntelprozent Reallohnabbau hinzunehmen. Wer ist denn schuld an der Staatsverschuldung? Doch nicht die Lohnabhängigen, sondern die Bonzen in Bonn und die Unternehmer! Sie haben die Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit und die ungeheuren Ausgaben für Rüstung und Unternehmersubventionen zu verantworten!

Volle Durchsetzung der 6,5 Prozent! Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

Im Schnellverfahren hingerichtet

Drei neue Todesurteile in der Türkei

ANKARA. — Am Freitag letzter Woche hatte die fünfköpfige Junta der Türkei drei Todesurteile gegen junge Mitglieder der Türkischen Kommunistischen Arbeiterpartei bestätigt — am nächsten Morgen wurden sie hingerichtet. Ihnen war vorgeworfen worden, ein Mitglied der faschistischen MHP getötet zu haben. Ein Vorwurf, der bisher immer auch denen gemacht wurde, die sich gegen Überfälle der MHP-Banden zur Wehr setzten.

Offensichtlich hat Evrens Junta die Zurückhaltung in bezug auf die Ausführung ausgesprochener Todesurteile abgelegt. Immer dreister nimmt die faschistische Junta Stellung gegen Kritik, die in Westeuropa an ihrer Folter- und Mordherrschaft geäußert wird. Nachdem über 1000 Todesurteile verhängt worden sind, aber erst rund ein Dutzend auch vollstreckt wurden und die letzte Vollstreckung schon einige Zeit zurücklag, hatten EG-Vertreter darüber spekuliert, ob man in der Türkei vielleicht sogar auf die Todesstrafe verzichten wolle.

Daß diese Absicht nie bestand, sondern lediglich Rücksichtnahme gegenüber ausländischen Kritikern geübt wurde, um die Isolation nicht allzu stark werden zu lassen, zeigt jetzt die Schnelligkeit, mit der diese Terrorurteile vollstreckt wurden.

Die verschärfte Vorgehensweise der Junta zeigt sich nicht nur an der Bilanz der bisher vollstreckten Todesurteile: Elf Antifaschisten, zwei Faschisten wurden hingerichtet, sondern auch an der Tatsache, daß in den Tagen nach dieser Vollstreckung zur selben Zeit erneut drei Todesurteile gegen Antifaschisten gefällt wurden, während fünf weitere führende MHP-Funktionäre aus der Haft entlassen wurden.

Widerstand gegen kapitalistische Krisenpolitik

Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen gegen Entlassungen

FRANKFURT/MAINZ. — Besonders im hessisch-pfälzischen Raum haben in den beiden letzten Wochen eine ganze Reihe von Betriebsschließungen mit Tausenden von Arbeitsplätzen den wachsenden Widerstand der Belegschaften hervorgerufen. Der „Fall" Magirus-Deutz erregte dabei am meisten Aufsehen. Aber auch in der Erdölverarbeitung gab es erstmals größeren Widerstand.

Magirus-Deutz in Mainz soll geschlossen werden und 1600 Arbeitsplätze sollen beseitigt werden. Im benachbarten Wiesbaden will Rotaprint sein dortiges Zweigwerk mit rund 400 Beschäftigten dichtmachen. Und in Raunheim bei Groß-Gerau sollen bei der Caltex-Raffinerie abermals 150 Arbeiter entlassen werden, nachdem kurz zuvor schon um 100 auf 570 verringert wurde.

In all diesen Fällen gab es Warnstreiks, Kundgebungen, Demonstrationen. Am beeindruckendsten dabei natürlich die größte Aktion, die der Mainzer Magirus-Belegschaft. Auffallend bei diesen Entwicklungen ist nicht nur, daß die Rationalisierungspläne der Kapitalisten auf immer mehr Widerstand stoßen, daß sich die Aktionen dagegen häufen, sondern auch, daß die krisenhafte Entwicklung auch in solchen Gegenden und Branchen verstärkt sichtbar wird, wo es bisher noch verhältnismäßig abgemildert vor sich ging, wie in Rheinhessen und in der Erdölverarbeitung, wo es von allen Konzernen größere Pläne für Entlassungen gibt.

Widerstandsaktionen gegen Entlassungen werden auch vom Münchner Zeitungsverlag gemeldet, wo sich die alten Besitzer vor der Freigabe zum Abschuß noch schnell eine halbe Million pro Jahr sicherten ...



Protest bei Rotaprint.

Kommentar der Woche

Franz Josef Strauß treibt wieder sein altes Spiel mit der Kanzler-Kandidatur. Vor der Bundesdelegiertenkonferenz des reaktionären Studentenverbands RCDS erklärte er kürzlich, er werde der Bildung eines gemeinsamen Gremiums von CDU und CSU zur Wahl eines Kanzler-Kandidaten nicht zustimmen. Erst 1983 würden sich die Parteispitzen zusammensetzen, um den geeigneten Mann für diese Aufgabe zu bestimmen. Er selbst — das fügte Strauß in aller Bescheidenheit hinzu — werde sich dann „nicht vor der Verantwortung drücken."

All das mutet bekannt an. So war es auch schon vor der letzten Bundestagswahl. Der CSU-Chef hatte eine langfristige Festlegung der Unions-Parteien auf einen Kandidaten verhindert. Er hatte die dadurch gewonnene Zeit geschickt genutzt, um seine Konkurrenten gegeneinander auszuspielen und vor allem den CDU-Boß Kohl nachhaltig zu demontieren. Schließlich bestimmte er allein den Kandidaten für das Kanzleramt. Und seine Wahl fiel — wie sollte es anders sein — auf Franz Josef Strauß.

Strauß nimmt Kurs auf die Macht

Sein Machtkalkül hatte damals bekanntlich nur einen, allerdings entscheidenden Fehler: Die Wähler spielten nicht mit. Dann wurde es eine Zeitlang still um den gescheiterten Kandidaten; auch bei Strauß-Gegnern machte sich der Eindruck breit, diese gefährlichste Figur der politischen Reaktion würde nun ihren Lebensabend in der bayerischen Provinz verdämmern. Solche illusionären Hoffnungen jedoch sind nicht erst jetzt verflogen, wo Strauß seinen Anspruch auf die Führungsrolle in diesem Land wieder unverblümt anmeldet.

Schon längst nämlich hat er in den Unions-Parteien das Heft wieder in die Hand genommen, bestimmt er den Kurs der Politik. Das jüngste Beispiel dafür ist der Streit um das sogenannte Beschäftigungsprogramm. Die wesentliche Finanzierungsquelle dieses Programms, die Mehrwertsteuererhöhung, muß vom Bundesrat abgesegnet werden, in dem die Union eine Mehrheit hat. Die von Strauß so oft geschmähten „Nordlichter", also vor allem die Ministerpräsidenten St. Iltenberg und Albrecht, zeigten zunächst auch durchaus Bereitschaft, sich für einige Zugeständnisse ein Ja zur Erhöhung der Mehrwertsteuer abkaufen zu lassen.

Dann aber trat Strauß in Aktion. Er setzte binnen kurzer Zeit seine berüchtigte Sonthofener Strategie durch: keine Kompromisse mit der Bundesregierung, bedingungslose Konfrontation. Die „Nordlichter" fielen um — eine Zustimmung der Union für die Mehrwertsteuererhöhung wird es nicht geben. Der von Strauß gewollte Effekt: Die Bundesregierung muß nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten für ihr Programm suchen, was aber unweigerlich die Widersprüche innerhalb der Koalition weiter vertiefen wird. So könnte dann, das ist die Rechnung des F.J. Strauß, dieser Koalition noch vor den nächsten Wahlen der endgültige Todesstoß versetzt werden.

Der alte und neue Kandidat hat das in seiner diesjährigen Aschermittwochsrede (siehe auch Artikel auf dieser Seite) plastisch so formuliert: „Die Koalition ist wie ein alter Schrank, wenn man ihn ruckt, fällt er auseinander." Strauß also sieht seine große Stunde wieder einmal gekommen. Dabei weiß er natürlich, daß bei einem vorzeitigen Regierungswechsel in Bonn erst einmal an Helmut Kohl die Reihe wäre, ins Palais Schaumburg einzuziehen. Aber auch für diesen Fall hat der CSU-Boß schon seine konkreten Pläne. Er wird als Minister zur Verfügung stehen, verlangt für einen solchen Fall aber in aller Offenheit, daß Kohl dann sein „eigenes politisches Schicksal auf Gedeih und Verderb mit meinem verbindet."

Soll heißen: Dem Kandidaten ist es gleich, wer für eine Übergangszeit unter ihm Kanzler wird, bis er sich — nach einer Anstandsfrist — selbst zum Kabinettschef macht. Die Richtlinien der Politik würde er sowieso von vornherein bestimmen. Und wie diese Politik aussehen soll, das hat er am Aschermittwoch in Passau noch einmal unmißverständlich deutlich gemacht.

Es ist eine Politik, mit der Strauß im Interesse seiner Hintermänner, der reaktionärsten Elemente des Finanzkapitals, eine grundlegende Wende in diesem Land herbeiführen will. Der Kampf gegen Strauß und sein Programm also hat sich mit dem Ergebnis der Oktober-Wahl nicht etwa erledigt. Im Gegenteil: Die Parole „Stoppt Strauß!" ist heute aktueller denn je.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Strauß in Passau:

„Wir schaffen die Wende"

Alle Jahre wieder am Aschermittwoch versammelt F.J. Strauß den harten Kern seiner Anhängerschaft aus dem ganzen Bundesgebiet in Passau, um ihn auf den jeweils aktuellen Kurs einzuschwören. In diesem Jahr hieß die Parole: „Darum muß diese Regierung weg, und zwar so schnell wie möglich!".

Strauß breitete zunächst wieder das bekannte Muster seiner Demagogie aus: Für alle Krisenerscheinungen machte er ausschließlich die sozialdemokratische Regierungspolitik verantwortlich, wobei er wie gehabt diese Politik als „Sozialismus"



Strauß in Passau...

bezeichnete. Voller Hohn attakkierte er die SPD, die als „Partei der Arbeitnehmer" angetreten sei, dann aber doch nur Massenarbeitslosigkeit und „Demontage des Sozialstaats" hervorgebracht hätte.

Diese Demagogie des CSU-Führers zielt darauf ab, die Ursachen der kapitalistischen Krise zu verschleiern und zu verfälschen. So soll bei den Massen der Eindruck erweckt werden, die Krise sei nur das folgerichtige Ergebnis „sozialistischer" Unfähigkeit und Mißwirtschaft und ein Regierungswechsel in Bonn würde genügen, um die goldenen Zeiten des „Wirtschaftswunders" wieder herzustellen.

Verbunden ist diese Demagogie mit einer offenen Beschwörung der „Volksgemeinschaft" unseligen Angedenkens. Denn wenn Strauß gegen den angeblichen Sozialismus der SPD hetzt, der alles Übel für die arbeitenden Menschen in diesem Land erzeugt hätte, dann meint er damit auch die ganz realen Kämpfe, die von der werktätigen Anhängerschaft der SPD in den letzten Jahrzehnten durchgeführt wurden. „Die Zeit des Klassenkampfes muß endlich der Vergangenheit angehören! Wir brauchen heute das Bewußtsein, daß Unternehmer und Arbeitnehmer in einem Boot sitzen."

Schluß mit dem Klassenkampf! Das ist natürlich eine unüberhörbare Drohung an alle Werktätigen, die heute für ihre minimalsten sozialen und politischen Rechte kämpfen müssen. Strauß verzichtete in Passau zwar wohlweislich darauf, diese Drohung weiter auszuführen. Aber immerhin machte er doch in bedankenswerter Offenheit deutlich, was die arbeitenden Menschen denn von einem Regierungswechsel in Bonn zu erwarten hätten. „Wir in der Opposition haben es unzählige Male ausgesprochen: Was wir brauchen ist, eine Umkehr auf dem Wege einer falschen Philosophie, ‚mehr Freizeit, höhere Löhne'... Wir müssen uns hüten davor, eine faule Gesellschaft zu werden." Oder: „Wir brauchen eine nachhaltige Verbesserung der Rahmenbedingungen unserer Wirtschaft. Das heißt maßvolle Lohnabschlüsse, im Interesse der Arbeitnehmer." Oder: „Es muß auch eine Dämpfung im Anstieg der Sozialausgaben eintreten."

Solche Zitate ließen sich beliebig fortsetzen. Was Strauß anstrebt, ist eine Umverteilung der Einkommen zugunsten des Großkapitals, die noch weit über das hinausgeht, was gegenwärtig von der Bonner Regierungskoalition praktiziert wird. Um eine solche Wende herbeizuführen, ist Strauß erneut zum Kampf um die Macht in Bonn angetreten. Der „faulen Gesellschaft" will er Zucht und Ordnung beibringen. Man muß sich nur einmal anhören, was er in diesem Zusammenhang beispielsweise der Jugend anzubieten hat. „Unsere Jugend muß wieder im Geiste der Leistung, auch im Geiste der nationalen Tugenden, der Opferbereitschaft, Nächstenliebe, Kameradschaft leben." Mit Nächstenliebe sollen wohl vor allem die Kapitalisten bedacht werden, die ja mit uns in einem Boot sitzen und deren Tätigkeit heute unzumutbar eingeengt ist. Beispielsweise durch eine Rechtsprechung, die nur dazu angetan ist, die Jugendlichen zu verweichlichen. Originalton Strauß: „Deshalb hat alles seine Grenzen, auch im Jugendrecht oder im Arbeitsschutzrecht. Unsere jungen Menschen müssen auch lernen, einmal sich wieder plagen zu müssen, statt nur von Segnungen zu hören."

Und das alles läuft bei Strauß unter dem Titel „Unsere Jugend hat die besten Chancen". Aber wer sich für solche Chancen nicht erwärmen will, wer gar meint, er habe ein Recht auf Widerstand gegen ein solches Programm der schrankenlosen Ausbeutung, der hat eben „in der demokratischen Gemeinschaft keine Daseinsberechtigung", den gibt Strauß also zum Abschuß frei.

Dafür hat der Führer aus Bayern speziell den Jugendlichen auf einem anderen Feld etwas zu bieten: „Darum haben wir Grund und auch inneren Anlaß, der Jugend zu sagen: es kommt zu keinem Krieg, laßt Euch nicht von diesen Kriegsschwätzern immer wieder ins Bockshorn jagen!" Hier hat Strauß eine besonders gefährliche Demagogie entwickelt. Er erklärt nämlich die Kriegsgefahr in Europa für gar nicht existent. Denn — so Strauß — die Sowjetunion sei äußerst risikoscheu. Wenn man ihr mit der notwendigen Härte entgegentrete, werde sie schon den Schwanz einziehen und kuschen.

Dabei macht der CSU-Boß klar, daß er in der Haltung gegenüber Moskau vollständig auf dem Konfrontationskurs von Reagan liegt: also Beendigung der „Entspannungspolitik", Abbau der Wirtschaftsbeziehungen (einschließlich des Erdgas-Röhren-Geschäfts), keine Anerkennung der sowjetischen Herrschaft über Osteuropa (hier fordert er die Deutschen dazu auf, sich zu Verfechtern der „Freiheit für ganz Europa" zu machen). Diese Politik zielt genauso wie die Reagansche Strategie darauf ab, die sowjetischen Imperialisten wirtschaftlich und militärisch an die Wand zu drücken, ihre Kontrolle über Osteuropa zu brechen und schließlich auch die Sowjetunion selbst für die „Freiheit" zu erobern.

Nur: Während die US-Strategen im Zusammenhang mit diesen langfristigen Plänen der amerikanischen Supermacht in aller Offenheit überlegen, wie ein Atomkrieg in Europa für die USA „gewinnbar" gemacht werden kann, behauptet Strauß allen Ernstes, gerade in der Entfesselung einer allseitigen Offensive gegen die Swojetunion läge die beste Chance, den Frieden zu bewahren. Das ist eben seine Art, mit dem Friedenswillen der Menschen in diesem Land zu spekulieren. Man sollte sich aber daran erinnern, daß diese Straußsche Demagogie so neu nicht ist. Die Lüge, daß mit einer aggressiven Konfrontationspolitik der Frieden in Europa zu sichern sei, hat schließlich Hitler erfunden.



...und seine Anhänger

„Erfreuliche Annäherung"

Genscher nähert sich der CDU/CSU

BONN. — Deutlicher als je zuvor hat der FDP-Vorsitzende Genscher am Wochenende „wachsende Gemeinsamkeiten mit der CDU" hervorgehoben. Zur gleichen Zeit sprach Wirtschaftsminister Lambsdorff davon, die FDP sei „durchaus in der Lage, einen Koalitionswechsel auszuhalten."

Tatsächlich hatten sich solche Gemeinsamkeiten ja schon während der Auseinandersetzungen über den Bundeshaushalt gezeigt, als Genscher und seine Führungsriege mit den gleichen Worten und den gleichen inhaltlichen Forderungen wie die Unions-Parteien und die Unternehmerverbände für eine „grundlegende Wende" in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eintraten.

Neu an Genschers jüngsten Äußerungen ist allerdings, daß er nun auch in der Ostpolitik eine „im Prinzip erfreuliche Annäherung" zwischen den Positionen der FDP-Spitze und denen der Strauß-Partei registriert. Erstaunlich ist jedoch, daß Genscher die Sache so darstellt, als sei die Union auf die Ostpolitik der Bundesregierung eingeschwenkt. Denn angesichts der Tatsache, daß gerade die Strauß und Co. international zu den konsequentesten Verfechtern der Reaganschen Kriegspolitik gehören, ist diese Behauptung des FDP-Chefs wahrhaftig absurd.

Man muß sie denn wohl auch als eine Schutzbehauptung werten, mit der die wirklichen Verhältnisse vernebelt werden sollen. Tatsächlich nämlich ist es so, daß sich nicht die Union der Bonner Ostpolitik, sondern umgekehrt Genscher sich zunehmend der Konfrontationspolitik gegenüber der Sowjetunion angenähert hat. In diesem Zusammenhang muß auch an die Studie erinnert werden, die der Außenminister bei seinen Experten in Auftrag gegeben hatte und die im Januar für beträchtliches Aufsehen in Bonn sorgte. Darin wird das Ende der „Entspannungspolitik" gefordert. Sie soll durch einen neuen Kurs gegenüber Moskau ersetzt werden, der es erlaubt, „den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums zu bewerkstelligen." Und das ist ja exakt die gegenwärtige Strategie des amerikanischen Imperialismus, die auch von den Strauß-Leuten unterstützt wird.

So zeigen die jüngsten Äußerungen Genschers, daß sich die Widersprüche innerhalb der Bonner Koalition auch auf dem Gebiet der Außenpolitik immer weiter vertiefen. Die Verschiebungen in der Bonner Politik machen vor allem auch deutlich, daß der Druck der reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals (und der amerikanischen Supermacht) auf die Bonner „Entspannungspolitik" weiter zunimmt.

IG-Chemie-Bonzen beschließen Verzicht auf Lohnforderung!

„Tarifpolitischer Skandal"

MAINZ. — Die IG-Chemie-Führung hat ihre angekündigte Linie des Verzichts auf eine Lohnerhöhung tatsächlich realisiert. Am Montag segneten die Mitglieder der bezirklichen Tarifkommissionen eine entsprechende Vorlage des Hauptvorstands ab. Offensichtlich wollen Hauenschild und Konsorten der „amerikanischen Linie" der „konstruktiven Mitwirkung" der Gewerkschaften beim Lohnabbau Eingang in die Bundesrepublik verschaffen.

Das Konzept, dem die Mehrheit der Mitglieder der 12 regionalen Tarifkommissionen am Montag in Mainz zustimmten, beinhaltet als Forderung eine sogenannte Tarifrente, die den Kollegen ab 58 Jahren das freiwillige vorzeitige Ausscheiden aus den Betrieben ermöglicht. Zugleich beinhaltet das Konzept aber, daß diese Tarifrente durch einen Lohnverzicht der Beschäftigten und zusätzlich durch einen finanziellen Verlust der vorzeitig Ausscheidenden erkauft werden soll. Auf die Aufstellung einer Lohnforderung für die Tarifverhandlungen ist dementsprechend verzichtet worden.

Der Verzicht auf eine Lohnforderung ist, unabhängig davon, wie das Tarifrentenmodell der IG-Chemie-Führung im einzelnen aussieht, eine ungeheure Schweinerei! Damit wird direkt die Kapitalistenforderung nach Lohnabbau als angeblichem Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit übernommen. Das läuft in der Tendenz auf die Politik gewisser amerikanischen Gewerkschaften hinaus, die mit den Konzernbossen beim Abbau der Löhne zusammenarbeiten!

Eine Tarifrente an sich wäre durchaus eine unterstützenswerte Forderung, sofern sie nicht gegen Lohnforderungen ausgespielt wird. Bedingung muß sein, daß sie voll von den Unternehmern finanziert wird und nicht etwa durch Lohnverzicht der Arbeiter und Angestellten! Zweitens ist es auch nicht zu vertreten, daß den vorzeitig ausscheidenden Kollegen finanzielle Einbußen zugemutet werden.

Diese Bedingungen sind aber im Modell des IG-Chemie-Vorstands nicht eingehalten. Damit verkehrt sich die Tarifrente in eine Möglichkeit für die Unternehmer, die Lasten der Wirtschaftskrise auf die Arbeiter abzuwälzen und außerdem die Arbeitslosigkeit als Druckmittel gegen Lohnforderungen auszunutzen.

Daß die IG-Chemie-Führung darüber hinaus sogar völlig darauf verzichtet hat, für die Tarifverhandlungen überhaupt eine Lohnforderung auszustellen, ist ein besonders niederträchtiger Verrat. Damit wird die IG Chemie aus der gewerkschaftlichen Frontstellung gegen die lohnpolitische Offensive des Kapitals herausgebrochen. Das Lager des DGB wird in Verwirrung gebracht und gespalten. Das ist ein heimtückischer Dolchstoß in den Rücken der gewerkschaftlichen Lohnfront! Hauenschild, Rappe, Mettke und Konsorten haben mit diesem Manöver ihre „Qualitäten" als Handlanger des Kapitals und gewissenlose Arbeiterverräter erneut nachdrücklich unterstrichen!

Um ihre schmutzige Politik zu tarnen, benutzen die IG-Chemie-Führer den Vorwand, es gehe ihnen um einen Beitrag zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, um „beschäftigungspolitische Wirkungen".

Bei näherer Betrachtung erweist sich dies als Betrug. Erstens wird mit dem freiwilligen Lohnverzicht die Unternehmerlüge, Lohnabbau würde die Arbeitsplätze sichern, gewerkschaftlicherseits bestätigt. Zweitens bleibt die sogenannte „Beschäftigungsgarantie", die die IG-Chemie-Führung in ihrem Modell fordert, total lückenhaft und schwammig.

Dieses Modell verspricht nicht einmal den minimalsten beschäftigungspolitischen Effekt. Vielmehr wird den Unternehmern noch geholfen, Arbeitsplätze zu vernichten. Zu Recht bezeichnete die RGO in einem branchenweit verbreiteten Flugblatt für die Chemie-Beschäftigten diese Weichenstellung für die Tarifrunde als „tarifpolitischen Skandal in der IG Chemie".


Tarifpolitischer Skandal in der IG-Chemie

Flugblatt der RGO zu dem Lohnverzichts-Konzept der IG-Chemie-Führung

Kein Sonderopfer im öffentlichen Dienst!

„Wagen wir den Kampf für Reallohnsicherung"

DORTMUND. — Am Montag wagte das „Handelsblatt" bereits eine Prognose: 3,5 Prozent seien ein „denkbarer Kompromiß". Durch diese Rechnung muß ein Strich gemacht werden! Die ÖTV und die anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst müssen das von der IGM-Führung in den Dreck gezogene tarifpolitische Ziel der Gewerkschaften erneut aufgreifen: Reallohnsicherung.

Wenn hier von Reallohnsicherung die Rede ist, soll damit nicht gesagt werden, die von Kluncker aufgestellte 6,5-Prozent-Forderung sei ausreichend, um eine volle Reallohnsicherung durchzusetzen. Selbst bei voller Durchsetzung der 6,5 Prozent könnte die Teuerungsrate in netto nicht voll aufgefangen werden.

Aber eine volle oder weitgehende Durchsetzung dieser Forderung wäre auf jeden Fall ein neuer, entscheidender Anlauf, um dieses Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik aufrechtzuerhalten. Das wäre ein Sieg für die gesamte gewerkschaftliche Lohnbewegung.

Natürlich ist daran nur zu denken, wenn ein richtiger massiver Erzwingungsstreik geführt wird. Auf der anderen Seite ist aber klar, daß es ohne Gegenwehr, ohne Kampfmaßnahmen ohnedies nicht abgehen kann, wenn sich die Kollegen im öffentlichen Dienst nicht schon wieder einen noch niedrigeren Abschluß als in anderen Branchen, also ein faktisches Sonderopfer aufs Auge drücken lassen wollen.

Kampf ist also notwendig. Wenn aber kämpfen, dann doch gleich konsequent! In der jetzigen Situation, wo die IGM-Führung der gewerkschaftlichen Lohnfront in den Rücken gefallen ist, ist die zweitwichtigste und zweitgrößte Gewerkschaft, die ÖTV, der neue Staffettenträger. Und sie ist es nicht allein, sondern es sind mit ihr auch die anderen im öffentlichen Dienst vertretenen Gewerkschaften: die Eisenbahngewerkschaft, die Postgewerkschaft, die Forst- und Gartenbauarbeiter und auch die GEW-Kollegen.

Daß die Möglichkeit, in dieser Tarifrunde doch noch die „lohnpolitische Wende" zu stoppen, nicht als Utopie abgetan werden kann, beweist z.B. die Tatsache, daß die 1prozentige Einkommenskürzung, wie sie ursprünglich geplant und vom Bundestag beschlossen war, zurückgenommen werden mußte. Die Herren in Bonn und auch in den Unternehmerverbänden haben durchaus großen Respekt vor kampfbereiten Gewerkschaften im öffentlichen Dienst! In einem Flugblatt der RGO des ÖTV-Bereichs in Dortmund, das letzte Woche verteilt wurde, heißt es:

„Unterschätzen wir nicht unsere Kraft. Der erfolgreiche Kampf gegen die 1-Prozent-Kürzung hat gezeigt, daß unsere Kraft ausreicht, um Lohnabbau zu verhindern. Die 4,2-Prozent-Niederlage der IG Metall darf uns nicht abschrecken. Wagen wir den Kampf für unsere Reallohnsicherung."

„6,5 Prozent ohne Abstriche"

Am 3. März verabschiedete der Kreisjugendausschuß der ÖTV-Gewerkschaft in Karlsruhe folgenden Antrag an die Große Tarifkommission:

„Wir, die Mitglieder des Kreisjugendausschusses Karlsruhe kritisieren entschieden die von der Großen Tarifkommission erhobene Forderung von 6,5 Prozent Tariferhöhung der Löhne und Gehälter für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Diese Forderung bedeutet eine Absage gewerkschaftlicherseits an der Reallohnsicherung. Schon im letzten Jahr nahmen wir eine Reallohnsenkung hin. Mit Befremdung nehmen wir zur Kenntnis, daß die vom Gesetzgeber geplante 1prozentige Kürzung, die wir erst kürzlich zurückweisen konnten, anscheinend Eingang in unsere Tarifforderung gefunden hat — sehr bedenklich. Angesichts der vollendeten Tatsachen muß es für uns nun heißen, die 6,5 Prozent ohne Abstriche durchzubekommen."

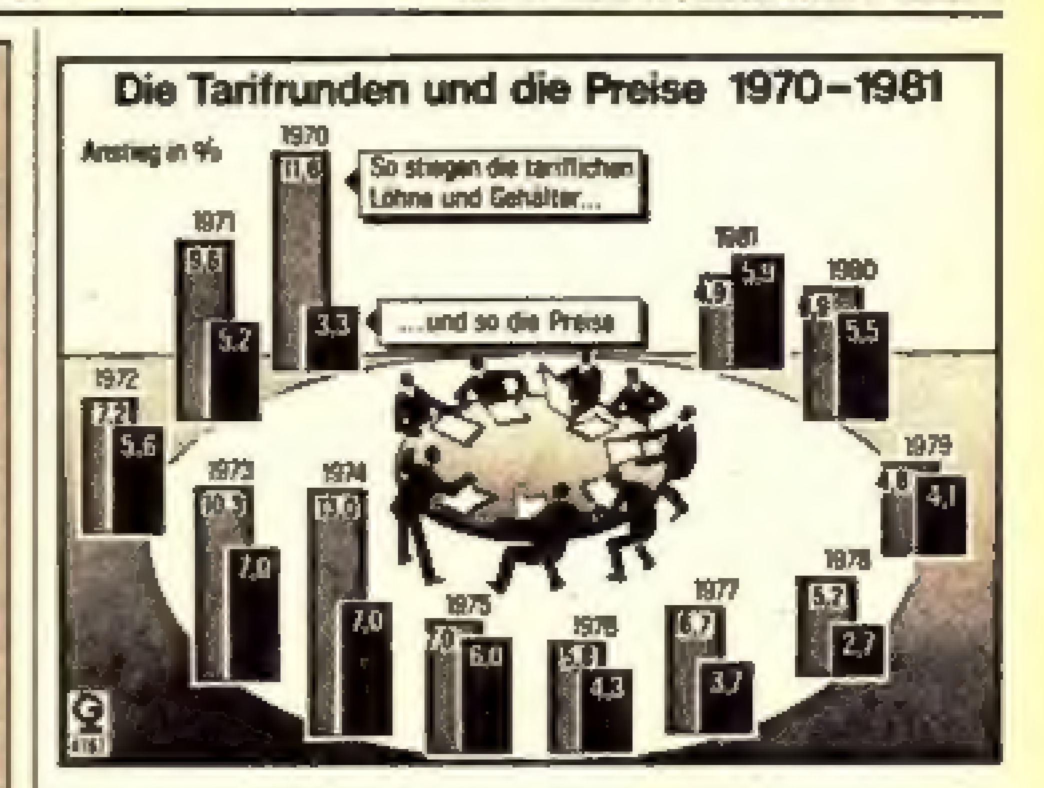
Chemie-Vertrauensleute:

Lohnverzicht abgelehnt

Am 3. März versammelten sich mehrere hundert Vertrauensleute der IG Chemie, Kollegen von der BASF, im Bürgerhaus Oppau in Ludwigshafen. Thema: Die „beschäftigungspolitische Initiative in der Lohnrunde '82", die der Hauptvorstand aufs Tapet gebracht hat. Der Vorstandsplan wurde von der Versammlung mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Die Kritik der Kollegen richtete sich vor allem gegen den vorgeschlagenen freiwilligen Lohnverzicht. Gleichzeitig wurden starke Zweifel daran laut, daß durch dieses Konzept die Unternehmer tatsächlich zur Einstellung neuer Arbeitskräfte veranlaßt werden könnten. Desweiteren wurde auch kritisiert, daß die vorliegende Konzeption für vorzeitig ausscheidende Kollegen massive finanzielle Einbußen mit sich bringt. Es wurde konkret vorgerechnet, daß ein Kollege, der in Lohngruppe III eingruppiert ist, bei vorzeitigem Ausscheiden in zwei Jahren rund 15 000 Mark verlieren würde. In der Diskussion wurde im übrigen hervorgehoben, daß ein Lohnverzicht zur Sicherung der Arbeitsplätze nichts beitrage und auch den Arbeitslosen überhaupt nichts bringt.

Bei einer Versammlung von IG-Chemie-Vertrauensleuten aus Gelsenkirchen-Buer stimmten von 100 Kollegen 95 gegen das Vorstandskonzept. Von den 30 Tarifkommissionsmitgliedern der IG Chemie im Bezirk Westfalen stimmten am Freitag letzter Woche 15 gegen das Konzept.



Lohnpolitische Wende heißt das Ziel, das die Unternehmer seit den letzten beiden Tarifrunden auf ihre Fahne geschrieben haben. Die obige Grafik, die von den Zahlen der bürgerlichen Statistik ausgeht, verdeutlicht, daß die Unternehmer bereits deutlich erkennbare Einbrüche in dieser Richtung erzielen konnten. Zum ersten Mal blieb im vergangenen Jahr die Lohnerhöhung prozentual hinter der amtlichen Teuerungsrate zurück. In diesem Jahr ist diese Negativdifferenz noch größer.

Tarifrunde Stahl

Zehntausende beteiligten sich an Warnstreiks

DUISBURG. — Zu Beginn der vergangenen Woche begann in der Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen und Bremen eine Welle von Warnstreiks, mit denen die Stahlwerker eindrucksvoll gegen die provokatorische Haltung der Stahlbarone bei den Tarifverhandlungen protestierten. Bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe des „Roten Morgens" am Dienstag Nachmittag hatten bereits Zehntausende an solchen Aktionen teilgenommen.

In der zweiten Verhandlungsrunde beharrten die Stahlbarone auf folgendem indiskutablen Angebot: 3,8 Prozent mehr Lohn rückwirkend vom 1. Februar bei einer Laufzeit von 15 Monaten. Die Verhandlungen wurden auf den 17. März vertagt.

Am Montag begannen dann Warnstreiks, zu denen die IG Metall aufgerufen hatte. Soweit uns gemeldet wurde, legten am Montag in den Thyssen-Edelstahlwerken in Witten und Wetter-Wengern sowie in Krefeld die Kollegen der Frühschicht für eine Stunde die Arbeit nieder.

Am Dienstag wurden uns Warnstreiks von allen Thyssen-Betrieben des gesamten Duisburger Nordens gemeldet, ferner von Krupp in Bochum und von der Klöckner-Hütte in Bremen.

Allein an den Arbeitsniederlegungen in den Thyssen-Betrieben im Duisburger Norden beteiligten sich rund 15 000 Kollegen. Die Streikenden marschierten zu einer Warnstreik-Kundgebung der IG Metall auf den Kirmesplatz im Stadtteil Beeck. Stahlwerker berichten, daß die Beteiligung an dem Warnstreik besser als bei früheren vergleichbaren Anlässen gewesen sei.

Am Mittwoch sollen auch die Belegschaften der Stahlbetriebe im Duisburger Süden Warnstreiks durchführen (Mannesmann, Thyssen-Niederrhein, Krupp-Rheinhausen).

Auf der Klöckner-Hütte in Bremen legte ebenfalls die Frühschicht am Dienstag Vormittag für eine Stunde die Arbeit nieder. Auch hier berichteten Kollegen von einer Beteiligung, die gegenüber früheren Anlässen bemerkenswert verbessert war. So hätten beispielsweise zum erstenmal seit 1973 bei diesem Warnstreik die Kollegen der Flämmerei, des Warmwalzwerkes und des Kaltwalzwerkes einheitlich und geschlossen die Arbeit niedergelegt.

Die IGM-Führung jedoch trägt dieser Kampfbereitschaft nicht Rechnung. Sie hat bereits klar zu erkennen gegeben, daß sie mit einem Abschluß nach dem „Krefelder Modell" zufrieden sei. Damit ist sie kampflos von der aufgestellten Forderung (7,5 Prozent) abgerückt.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und des Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 190

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Walter Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Meiger Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 1, Kontaktadresse: Bernd Götz, Sternstr. 40, Tel.: 0611 / 5971884

2000 Hamburg 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 657702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 Nürnberg, Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 18 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 Osnabrück, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653965, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Im Wortlaut

Sechs Fragen an Vetter

Auf der DGB-Bundesausschußsitzung vom 3. März richtete der Landesleiter der HBV in Rheinland-Pfalz, Joachim Fürbeth, an H.O. Vetter, Eugen Loderer und Alois Pfeiffer sechs Fragen. Einen Teil der in diesen Fragen enthaltenen schweren Beschuldigungen mußte Vetter inzwischen zugeben. Die Fragen haben folgenden Wortlaut:

„Betr.: Neue Heimat

1. Ist es richtig, daß Verlustzuweisungen von mehreren 100 Prozent gegeben wurden?

2. Falls ja, ist die Feststellung richtig, daß ohne unmittelbaren Geldeinsatz das Eigenvermögen erhöht wird?

3. Ist es zutreffend, daß mit diesen Mitteln in einer Form „modernisiert" und ‚saniert' wird, die Kostenmieten von mehr als 20,—/qm verursachen?

4. Stimmt es, daß diese Kostenmiete mit Steuermitteln des sozialen Wohnungsbaus auf 5 bis 6 DM heruntersubventioniert wird?

5. Ist die Feststellung berechtigt, daß die Subventionen aus Steuermitteln bezahlt werden, die überwiegend von Arbeitnehmern mit 2 500 DM Einkommen aufgebracht werden?

6. Falls dies alles zutrifft, können die Arbeitnehmer dies nur rechtlich werten?"

Aus einer Entschliessung der IGM-Vertrauensleute bei Bosch, Reutlingen/Rommelsbach

Unvereinbar

„Eine solche private Geldmacherei läßt sich mit den Ideen der Gewerkschaftsbewegung nicht vereinbaren (...).

Die bekannt gewordenen Vorfälle schaden unserer Organisation, schaden unserer Kampfkraft und damit uns selber.

Der IGM-Vertrauenskörper billigt auch nicht das Verhalten einzelner Vorstandsmitglieder des DGB und der IG Metall.

Wer sich Gedanken machen muß, wie er sein Geld bei der Finanzierung von Wohnungen möglichst steuergünstig anlegt, verdient nach Meinung unserer Kolleginnen und Kollegen einfach zuviel — und dabei geht es auch um Mitgliedsbeiträge (...).

Wer sich zu stark mit dem herrschenden System identifiziert und Gefahr läuft, ihm moralisch zu unterliegen, hat bei uns nichts verloren."

Streit um Pfeiffer-Kandidatur weitet sich aus

„Gegenseitiges Ausstellen von Persilscheinen"

FRANKFURT. — Die Auseinandersetzungen innerhalb der DGB-Führung über die Bewertung der Abschreibungsgeschäfte von DGB-Spitzenfunktionären haben sich weiter zugespitzt. Dabei geht es nicht mehr allein um die Kandidatur von Alois Pfeiffer als Nachfolger H.O. Vetters auf dem Sessel des DGB-Vorsitzenden. Wichtiger dürfte sein, daß faktisch auch die Frage aufgeworfen wurde, ob Eugen Loderer als Vorsitzender der IG Metall noch tragbar ist.

Aufgrund der Unruhe, die die Enthüllungen über Abschreibungsgeschäfte von Vetter, Loderer und Pfeiffer (auch der Name des IG-Bau-Vorsitzenden Sperner ist in diesem Zusammenhang einmal genannt worden), auf sämtlichen Ebenen des Funktionärskörpers des DGB und der Einzelgewerkschaften ausgelöst haben, sah sich DGB-Chef Vetter gezwungen, eine Sondersitzung des DGB-Bundesvorstandes einzuberufen. Sie soll am 24. März stattfinden. Vetter soll damit einer dringlichen Bitte des ÖTV-Chefs Kluncker nachgekommen sein.

Der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Merten hatte am Dienstag letzter Woche (9. März) vor ÖTV—Vertrauensleuten in Hannover erklärt, das Bedrückendste im Zusammenhang mit dem Konflikt um die Pfeiffer-Kandidatur sei das *„gegenseitige Ausstellen von Persilscheinen"*. Damit spielt Merten deutlich auf das Verhalten von Vetter und Loderer an. *Merten nannte das Verhalten seiner Funktionärskollegen „eine Schweinerei"*.

Merten erklärte vor den Vertrauensleuten ferner: *„Der Verrat an der Idee der Gemeinwirtschaft durch die Bereicherung einzelner"*, sei ein Schmerz, der noch Jahre nachwirken werde. Um so größer sei nun die Verantwortung aller Gewerkschaften, auch derjenigen, die wie die ÖTV personell nicht betroffen seien, zum *„saubermachen"*. Nicht *„negative Solidarität"* gegenüber Kräften, die den Neue-Heimat-Skandal eventuell gegen die Gewerkschaft auszunutzen versuchten, sei notwendig, sondern zusammenhalten müßten die Gewerkschaften vielmehr zum saubermachen.

Innerhalb der IG Metall hat sich die Unruhe in besonderem Maße verschärft. Dies spiegelt sich auch auf einer Sitzung des Beirats der IG Metall wider, die ebenfalls am 9. März in Frankfurt stattfand (der Beirat ist das höchste Gremium der IG Metall zwischen den Gewerkschaftstagen). Auf dieser Sitzung sei von den Beiratsmitgliedern quer durch die Bezirke beklagt worden, daß das Verhalten der DGB-Spitze in den Betrieben Enttäuschung, Wut und Resignation ausgelöst habe. Jetzt müßten endlich alle Informationen auf den Tisch gelegt werden.



In diesem Zusammenhang soll dann der stellvertretende IGM-Vorsitzende Hans Mayr eingeworfen haben, damit sei allerdings auch die Rolle Eugen Loderers angesprochen. Loderer war auf dieser Beiratssitzung bezeichnenderweise nicht anwesend. Er ließ sich als krank entschuldigen. Auf Anraten des Arztes habe Loderer am Tag zuvor das Krankenhaus aufgesucht, weil er Herzbeschwerden und Übelkeit verspürt habe. Die Ärzte hätten ihn wegen Herzrhythmusstörungen zur Beobachtung im Krankenhaus behalten. Es werde damit gerechnet, daß Loderer erst im April seine Tätigkeit wieder aufnehmen kann.

Die Zuspitzung der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung über die Abschreibungsgeschäfte von Loderer, Vetter und Pfeiffer im sozialen Wohnungsbau Westberlin steht offensichtlich auch im Zusammenhang mit einem Artikel in der Unternehmerzeitung „Handelsblatt". Überschrift *„Steuerspar-Oase Berlin — Vetters Geld war nicht günstiger anzulegen"*. Darin wird aufgezeigt, daß die Steuervergünstigungen im Westberliner sozialen Wohnungsbau bis zum Jahr 1975 geradezu *„phantastisch"* gewesen und daß es sogar möglich gewesen sei, sich ohne einen Pfennig eigenes Kapital *„dumm und doof"* zu verdienen.

Vermutlich war es dieser Bericht im „Handelsblatt", der den Landesvorsitzenden der Gewerkschaft HBV in Rheinland-Pfalz, Joachim Fürbeth, dazu bewog, seine inzwischen berühmt gewordenen „sechs Fragen" an Vetter zu richten (siehe nebenstehenden Kasten).

Vetter weigerte sich, diese Fragen auf der Sitzung des Bundesausschusses des DGB mündlich zu beantworten. Seine inzwischen vorliegende schriftliche Antwort wurde vom Pressesprecher des HBV-Vorstands als unbefriedigend gewertet; sie könne nur als „Zwischenantwort" gelten.

Die Antwort Vetters ist in der Tat verwaschen und unpräzise. Trotzdem mußte Vetter aber zugeben, daß auf die umstrittenen Geldanlagen der Gewerkschaftsführer tatsächlich Verlustzuweisungen von mehreren 100 Prozent gegeben wurden.

Der IGM-Vorstand hat (anstelle einer unmittelbaren Stellungnahme Loderers) zu den „sechs Fragen" einen sogenannten „Argumentations-Leitfaden" an alle Mitglieder des Beirates geschickt, der Rechtfertigungsargumente für die (mit dem Moralkodex der Arbeiterbewegung auf keinen Fall zu vereinbarenden) Abschreibungsgeschäfte des IGM-Chefs liefert.

Dabei fällt auf, daß besonders betont wird, Loderers Geldanlagen in Westberlin seien erst 1978 getätigt worden, also erst nachdem bereits gewisse Einschränkungen an den vom „Handelsblatt" als „phantastisch" bezeichneten Möglichkeiten vorgenommen worden sind, sich am sozialen Wohnungsbau Westberlins „dumm und doof" zu verdienen.



Alois Pfeiffer hat sich ein unschuldiges Gemüt bewahrt. Pfeiffers Antwort auf die drängenden Fragen bezüglich seiner obskuren Abschreibungsgeschäfte: „Die Frage ist, ob ein Gewerkschaftsfunktionär im Alter von 57 Jahren rund 100 000 Mark angespart haben und diese steuersparend im sozialen Wohnungsbau investieren darf."

Gewerkschaftsausschluß wegen „Unterstützung der *Volksfront*"

Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

LÜBECK. — Ein empörender Gewerkschaftsausschluß wird aus der ÖTV berichtet: die Kollegin Carmen Hansen aus Lübeck wurde mit der Begründung ausgeschlossen, durch das Verteilen von Flugblättern habe sie die Ziele und Politik der *Volksfront* unterstützt.

Auf Antrag des Kreisvorstands Lübeck der ÖTV faßte der ÖTV-Hauptvorstand in seiner Sitzung am 11./12. Februar 1982 folgenden Beschluß:

„Carmen Hansen wird gemäß § 6 Ziffer 1 und § 4 Ziffer 2 der ÖTV-Satzung in Verbindung mit dem Grundsatzbeschluß des Hauptvorstandes der ÖTV vom 25./26. Oktober 1973 (Abgrenzung gegen politische Extremisten) wegen gewerkschaftsschädigendem und satzungswidrigem Verhalten mit Wirkung vom 11. Februar 1982 aus der Gewerkschaft ÖTV ausgeschlossen."

Begründet wird dieser Ausschluß vom ÖTV-Hauptvorstand folgendermaßen:

„Das Mitglied Carmen Hansen hat am 1. Mai 1981 gegen 10.30 Uhr anläßlich der Kundgebung des DGB auf dem Marktplatz in Lübeck — in Höhe des Sporthauses Krech — Informationsmaterial der Volksfront verteilt.

In ihrer Stellungnahme nach § 6 Ziffer 3 der ÖTV-Satzung vom 10. Juni 1981 bestreitet Carmen Hansen den Vorwurf, Informationsmaterial der Volksfront verteilt zu haben, nicht.

Damit unterstützt das Mitglied Ziele und Politik der Volksfront. Ein solches Verhalten ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ÖTV."

Nach dieser empörenden Ausschlußerklärung heißt es in dem Mitteilungsschreiben des ÖTV-Vorstandes auch noch zynisch:

„Wir machen darauf aufmerksam, daß die Gewerkschaft ÖTV dem Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Mitgliedsgewerkschaften folgende Daten der ausgeschlossenen Mitglieder übermittelt: Namen, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum und ausschließende Gewerkschaft (ÖTV). Diese Daten werden dort gespeichert."

Nicht einmal die Mitgliedschaft sondern lediglich die „Unterstützung der Ziele und Politik" der Volksfront durch das Verteilen von Flugblättern dieser antifaschistischen Vereinigung ist der ÖTV-Führung bereits Grund genug, Gewerkschaftsausschlüsse zu verhängen!

Ausgerechnet jetzt, wo die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung brennender nötig ist als je zuvor, verschärfen diese Bonzen den Ausschlußterror gegen linke, fortschrittliche Gewerkschafter sogar noch! Dies schlägt dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft doch mitten ins Gesicht!

Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse müssen endlich aufgehoben werden! Schluß mit den Ausschlüssen von linken Gewerkschaftern!

Gewerkschaftsfeindliche Machenschaften

„Egal, ob diese Praktiken illegal oder legal sind, sie verstoßen gegen den Moralkodex der Arbeiterbewegung". Das schreiben Vertrauensleute der IG Metall bei Daimler Benz in Stuttgart in ihren Antrag auf Durchführung eines Untersuchungsverfahrens wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens gegen den Vorsitzenden Eugen Loderer.

Dieser Antrag wurde inzwischen von der Frankfurter Ortsverwaltung (an die die IGM-Zentrale ihn offensichtlich weitergeschoben hatte) abgewiesen. Für ein gewerkschaftsschädigendes Verhalten lägen — so die kühne Behauptung der Frankfurter Funktionäre — *„keinerlei Anhaltspunkte"* vor.

Die meisten Gewerkschafter sehen dies allerdings völlig anders. So z. B. auch die Vertrauenskörperleitungen der Hüttenwerke Union und Phoenix von Hoesch in Dortmund. In einem Brief an den DGB-Vorsitzenden Vetter fordern sie vom DGB-Vorstand, er solle *„auf alle Funktionäre, die an den Vorfällen beteiligt sind, einwirken, freiwillig und unverzüglich ihre Konsequenzen zu ziehen"*.

Und der erste Bevollmächtigte der IGM-Verwaltungsstelle Gummersbach schrieb in einem Brief an Eugen Loderer: *„Es tut für alle örtlichen Funktionäre weh, mit den Geschäftemachern, Bonzen, Lumpen, Betrügern und Strolchen, wie sie tituliert werden, in einen Topf geworfen zu werden"*.

Auf der Vertreterversammlung der IG Metall Berlin am 18. Februar dieses Jahres argumentierte ein Kollege folgendermaßen:

„Während meiner 15-jährigen Gewerkschaftsmitgliedschaft habe ich noch keinen derart gewerkschaftsschädigenden Skandal erlebt wie diesen Mit der ‚Neuen Heimat'.

Erinnern wir uns daran: Als in der Vergangenheit Kollegen das ‚Bonzentum' innerhalb der Gewerkschaft kritisierten, wurde das als ‚Verleumdung' abgetan. Solche Kollegen wurden sogar mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen bekämpft.

Die Wirklichkeit ist doch so, daß kein einziger dieser Kollegen der Gewerkschaft so geschadet hat, wie die arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Machenschaften von Leuten, die in den Vorständen und Aufsichtsräten gewerkschaftseigener Unternehmen wie der ‚Neuen Heimat' sitzen. Die haben sich nicht gemeinnützig verhalten, sondern ganz gemein, ordinär, eigennützig in die Tasche gewirtschaftet.

Wer Arbeiterinteressen vertreten will und dafür solche Mengen von Geld erhält, viel mehr als er zum Leben braucht, der entwickelt sich in seinem Bewußtsein ganz zwangsläufig hin zum Kapitalisten.

Muß denn so ein Vorstandsmitglied eine halbe Million Mark pro Jahr erhalten? Hat denn jemand von uns 100 000 Mark übrig wie das DGB-Vorstandsmitglied Pfeiffer? Haben wir vielleicht Probleme mit dem Geld, daß wir überlegen müssen, wie wir es durch Anlage in Berlin der Steuer vorenthalten?

Kolleginnen und Kollegen, es ist in der Tat so, daß, wer viel Geld hat, sich mit der Verwaltung, Erhaltung und Vermehrung beschäftigt, so vom Arbeitervertreter zum Unternehmer wird und dann auf der anderen Seite steht."

Diese Worten kann man nur zustimmen! Daß die Loderer, Pfeiffer und Vetter auf der anderen Seite stehen, haben sie in allen wichtigen Kämpfen der Gewerkschaftsbewegung der letzten Jahre zur Genüge bewiesen. Mehr noch als durch ihre zwielichtigen Geschäfte mit der Neuen Heimat haben sie der Gewerkschaftsbewegung mit ihren Verrätereien und mit ihrer Kumpanei mit den Unternehmern auf Kosten der Durchsetzung der Gewerkschaftsforderungen geschadet. Denken wir etwa an den Stahlarbeiterstreik für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Gewerkschaftsführer, die sich um Normen der Gewerkschaftsbewegung einen feuchten Dreck scheren und die den Moralkodex der Arbeiterklasse verhöhnen, müssen abgesetzt werden. Das ist keine Frage.

Noch entscheidender allerdings als die personelle Frage ist die Frage der Politik, des Kurses, den diese Bonzen gesteuert haben. Dieser Kurs, der Kurs der Sozialpartnerschaft, muß von Grund auf kritisiert werden. Nur so läßt sich das Übel an der Wurzel packen!

Zu dem stinkenden Morast von kapitalistischen Geschäften und Vetternwirtschaft an der Spitze unserer Gewerkschaften konnte es nur deshalb kommen, weil statt des unversöhnlichen Klassenkampfes gegen die Unternehmer die sozialpartnerschaftliche Kumpanei mit ihnen zum Leitprinzip des DGB geworden ist.

Rationalisierungsfeldzug bei HDW

Eine Kampffront im Betrieb aufbauen!

HAMBURG/KIEL. — HDW-Boß Henke hat angekündigt, daß auf den Werftbetrieben seiner Firma in Hamburg und Kiel innerhalb der kommenden 12 Monate rund 1 400 Arbeiter und Angestellte entlassen werden sollen (siehe letzter RM, S. 5). Zugleich sollen massive Leistungssteigerungen aus der Belegschaft herausgepreßt werden. Langfristig ist offenbar die Stillegung von HDW/Hamburg und die Halbierung der 12 000köpfigen Gesamtbelegschaft vorgesehen. Gegen diese brutalen Angriffe versuchen Kommunisten und kämpferische Gewerkschafter eine Kampffront im Betrieb aufzubauen.

In den vergangenen Jahren haben die Werftherren bereits tausende Arbeitsplätze in den HDW-Werken Hamburg und Kiel vernichtet. Seit der großen Fusion zwischen den Howaldtswerken und der Deutschen Werft im Jahr 1968 wurde die Belegschaft von mehr als 20 000 auf jetzt noch 12 000 heruntergedrückt. Dieser Mord an den Arbeitsplätzen soll jetzt verschärft weitergetrieben werden.

Seit etwa drei Jahren führt der HDW-Vorstand einen brutalen Rationalisierungsfeldzug durch, dessen Ziel darin besteht, die noch verbliebene Gesamtbelegschaft innerhalb weniger Jahre zumindest zu halbieren. Mit einer „olympiareifen" Belegschaft sollen dann nur noch in Kiel Schiffe gebaut werden und zwar in der Hauptsache Kriegsschiffe. Das Hamburger Werk mit seinen heute noch knapp 5 000 Beschäftigten steht auf der Stillegungsliste.

Der Arbeitsplatzabbau und die angekündigten Massenentlassungen sollen mit einer rücksichtslosen Verschärfung des Leistungsdrucks und rigoroser Steigerung der Produktivität einhergehen. Dazu soll zum Beispiel die Einführung neuer Antreiber-Lohnsysteme beitragen.

Im Kieler Werk wurde der Belegschaft ein solches Lohnsystem, genannt „Programmlohn", bereits vor einiger Zeit aufgezwungen. In Hamburg konnte das bis jetzt verhindert werden: Unter dem Druck der Belegschaft hatte der Betriebsrat vor etwa anderthalb Jahren seine Zustimmung zu einem entsprechenden Antrag des Werksvorstands verweigert.

Jetzt aber versuchen die Bosse, die Belegschaft zu erpressen. Motto: entweder ihr schluckt das neue Lohnsystem, oder aber der Schiffsneubau in Hamburg wird endgültig eingestellt.

Vorstandsvorsitzender Henke und seine Komplizen in den HDW-Chefetagen schrecken nicht einmal davor zurück, offen zu verkünden, daß die geplanten Entlassungen auf der Grundlage von schwarzen Listen erfolgen sollen, deren Erstellung bereits im Gange sei. Diejenigen sollen herausgegriffen werden, die *„durch überhöhte und nicht plausible Krankenstände und Leistungsmängel"* aufgefallen seien. Mit dieser unverhüllten Drohung wollen die Werftherren ein Klima der Angst in der Belegschaft erzeugen.

Ein anderer Bestandteil des Rationalisierungsterrors: Seit einem guten halben Jahr treiben die Experten der Arbeitsplatzkiller-Firma SCS („Unternehmensberatung") ihr Unwesen auf HDW. Sie forsten die Produktion und die Verwaltung der Werft von A bis Z auf alle Rationalisierungsmöglichkeiten hin durch. Ergebnisse sind bereits vorhanden: Inzwischen überhäuft der Werksvorstand den Betriebsrat Woche für Woche mit Dutzenden von Entlassungsanträgen.

„Henkes Horrorkatalog" hat noch viele andere Punkte. Einige Beispiele: Antrag auf Kurzarbeit für das Werk Hamburg mit Arbeitsausfall bis zu 50 Prozent; versteckte Lohnkürzungen (etwa durch Streichung von Erschwerniszulagen); Einführung von Schichtarbeit; Abschaffung des Bierverkaufs in den Kantinen.

In dieser Situation ist es zwingend geboten, auf die massierten Angriffe mit dem Aufbau einer Kampffront unter der Belegschaft zu reagieren. Dies wäre zuallererst Aufgabe der IG Metall.

Die IG Metall müßte zugleich eindeutig sagen: Schluß mit dem Rationalisierungsterror! Keiner einzigen Entlassung wird zugestimmt! Alle Maßnahmen, die zu weiterer Arbeitsplatzvernichtung und zu verschärftem Leistungsdruck führen, werden von jetzt an konsequent abgeblockt bzw. sind kompromißlos abzulehnen!

Ferner wäre es notwendig, daß die IG Metall in Hamburg und in Kiel umgehend Maßnahmen zur Mobilisierung der Belegschaft für Protestaktionen ergreift: dazu gehört z. B. die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung, die Vorbereitung von Warnstreiks und Demonstrationen Entsprechende Schritte müßten von den Ortsverwaltungen und den Vertrauenskörpern in Kiel und Hamburg kommen.

Die Kommunisten der KPD und die klassenkämpferischen Gewerkschafter in beiden Werken versuchen, genau diese Schrite durchzusetzen. Dementsprechende Vorschläge und Forderungen wurden auch in den Betriebszeitungen der KPD „Das Bollwerk" und „Frischer Wind" aufs Tapet gebracht (siehe letzter RM).

In die gleiche Richtung gehen auch die Aktivitäten der RGO. Ein Ausdruck davon ist die gemeinsame Erklärung „Gegen Arbeitsplatzvernichtung und Rationalisierung" (siehe nebenstehender Kasten), die in der letzten Woche von den RGO-Betriebsräten und den RGO-Betriebsgruppen auf HDW/Hamburg und HDW/Kiel verabschiedet wurde.

Was aber tut die IG Metall? Nichts! Sie ist als betriebliche Kraft durch die Bonzen lahmgelegt worden, die in der Bezirksleitung und den Ortsverwaltungen von Hamburg und Kiel das Sagen haben. Mehr noch: Die Hamburger Bezirksleitung spricht sich im Prinzip sogar für den Rationalisierungsfeldzug der HDW-Bosse aus. Sie lehnt lediglich einige besonders empörende Maßnahmen (wie z. B. die schwarzen Listen) verbal ab.

Diese sozialpartnerschaftliche Haltung geht soweit, daß die Bezirksleitung in einem offenen Brief an den HDW-Vorstand die beschleunigte Durchführung von bestimmten Rationalisierungsmaßnahmen fordert, die 1979 in einem sogenannten Interessenausgleich festgelegt wurden. Das bedeutet praktisch: Die Bonzen machen die Einführung des antreiberischen Prämienlohns und die sofortige Vernichtung von 660 Arbeitsplätzen zu einer offiziellen Forderung der Gewerkschaft!!

Die Betriebsratsspitze im Kieler Werk liegt voll auf diesem arbeiterfeindlichen Kurs. Dagegen versucht die Betriebsratsmehrheit im Hamburger Werk, die von der oppositionellen Gruppe „Aktive Metaller" gestellt wird, den Angriffen der Bosse entgegenzutreten, allerdings nicht konsequent genug. Zudem sabotiert die IGM-Ortsverwaltung und die mit ihr verbundene Clique, bestehend aus den alten Betriebsratsfürsten sowie der jetzigen Vertrauenskörperleitung, den Widerstand der Betriebsratsmehrheit mit allen Mitteln.

Die DKP, die auf beiden HDW-Betrieben ebenfalls mit ihren Betriebszeitungen präsent ist („Werftecho"), prangert zwar die Angriffe von Henke und Konsorten an, erhellt auch die Hintergründe und stellt teilweise richtige Forderungen auf. Jedoch hält man sich — getreu Parteilinie — opportunistisch an den von den IGM-Bonzen abgesteckten Rahmen.

Weder greift die DKP die Haltung der IGM-Bonzen an, noch unterstützt sie das Bemühen der oppositionellen Gewerkschafter, eine Mobilisierung der Belegschaft auch gegen den Willen der Verantwortlichen in den IGM-Gremien zu erreichen. Stattdessen diffamiert man die RGO-Betriebsgruppen sowie auch die Genossen unserer Partei als „Spalter" und tut so, als seien ausgerechnet sie und nicht etwa die reaktionären Bonzen und Betriebsratsfürsten die wahren Handlanger der Werftherren.

IGM, „Aktive Metaller" und RGO

In beiden HDW-Werken sowohl in Hamburg als auch in Kiel, gibt es eine Betriebsgruppe der RGO. Bei HDW/Kiel ist die RGO im Betriebsrat mit einer Minderheitsfraktion von fünf Betriebsräten vertreten. Die Betriebsratsmehrheit unterstützt hier einen extremen Sozialpartnerschaftskurs. Führender Vertreter dieser Politik ist der alteingesessene Betriebsratsvorsitzende Otto Böhm. Bei HDW/Hamburg konnte eine ähnlich reaktionäre Betriebsratsmehrheit bei der letzten Wahl 1981 gestürzt werden. Die oppositionelle Gruppe der „Aktiven Metaller", die zunächst auch im Vertrauenskörper der IG Metall eine starke Stellung besessen hatten, stellt jetzt die absolute Mehrheit des Betriebsrates. Die IGM-Führung bzw. die Bezirks- und Ortsverwaltungen in Hamburg unterstützten aber weiterhin die alten gestürzten Betriebsratsfürsten. Sie haben sechs Vertreter der „Aktiven Metaller" aus der IG Metall ausgeschlossen, darunter den Betriebsratsvorsitzenden Holger Mahler und seinen Stellvertreter Dieter Napiwotzki. 31 weitere Kollegen, die auf der Liste der „Aktiven Metaller" kandidiert hatten, und Mitglieder der im gewerkschaftlichen Vertrauenskörper waren, wurden mit zweijährigem Funktionsverbot belegt. Auf diese Weise konnten die Bonzen die gesamte Opposition im Vertrauenskörper ausschalten. Die Vertrauenskörperleitung liegt in den Händen der aus der Betriebsratsspitze verdrängten Betriebsratsfürsten. Die IGM-Bonzen nutzen den Vertrauenskörper skrupellos dazu aus, um die Arbeit der fortschrittlichen Betriebsratsmehrheit mit allen Mitteln zu behindern. Gegenwärtig steht allerdings die Neuwahl des Vertrauenskörpers an. Die RGO-Betriebsgruppe ist im Betriebsrat von HDW/Hamburg ebenfalls vertreten. Allerdings nur noch durch ein einziges Mitglied: den Kommunisten Christian Matthiessen. Vor dem „Erdrutschsieg" der „Aktiven Metaller" bei HDW/Hamburg war die RGO über eine Amtsperiode (drei Jahre) mit drei RGO-Betriebsräten vertreten gewesen. Im jetzigen Betriebsrat sind die Sitze folgendermaßen verteilt: 14 „Aktive Metaller"; 11 Vertreter der reaktionären offiziellen IGM-Liste, an ihrer Spitze die alten Betriebsratsfürsten; außerdem je ein Vertreter der RGO und der DAG. Die Abstimmungsverhältnisse sehen in der Regel so aus, daß sich „Aktive Metaller" sowie der RGO-Vertreter auf der einen und die reaktionäre Fraktion der IGM-Liste zusammen mit dem DAG-Vertreter auf der anderen Seite gegenüberstehen.

Gegen Arbeitsplatzvernichtung und Rationalisierung!

Gemeinsame Erklärung der RGO-Betriebsräte und RGO-Betriebsgruppen von HDW/Hamburg und HDW/Kiel

Die jüngsten Pläne des HDW-Vorstandes, 1 400 Kollegen zu entlassen, davon 60 Prozent in Kiel, stellen den vorläufigen Höhepunkt einer beispiellosen Kette von Rationalisierungs- und Arbeitsplatzvernichtungsmaßnahmen dar. Und das sind die Stationen:

1968: Fusion der Deutschen Werft Hamburg mit den Howaldtswerken. 1973: Schließung des Werkes Finkenwerder. 1979: Strukturplan des HDW-Vorstandes: Schließung der Werke Reiherstieg (Hamburg) und Dietrichsdorf (Kiel).

Während dieser Jahre wurden bei HDW/Kiel ca. 4 000 Arbeitsplätze und bei HDW/Hamburg ca. 7 000 Arbeitsplätze vernichtet.

Und auch die Liste der Rationalisierungsvorhaben kann sich sehen lassen: Seit 1970 gibt es in Kiel den Programmprämienlohn, ein ausgeklügeltes System der Akkordkürzung und Arbeitshetze. In Hamburg scheiterte seine Einführung am Widerstand der Kollegen.

Die neuesten Maßnahmen zur Gängelung der Kollegen sehen so aus:

- Versuche, die Kantinenöffnungszeiten zu reduzieren;
- Versuche, die Pausen zu verkürzen;
- Verbot des Bierverkaufs auf der Werft;
- Verlegung der Stempeluhren aus den Waschräumen an den Arbeitsplatz.

Und jetzt Massenentlassungen, massive Arbeitsplatzvernichtung mit Hilfe der Rationalisierungsfirma SCS.

Ziel der Maßnahmen des Vorstandes soll es sein, den Schiffsneubau in Hamburg stillzulegen und das Werk Schritt für Schritt bis 1985 zu schließen. HDW/Kiel soll dann als leistungsfähige und total durchrationalisierte Rüstungs- und Neubauwerft den Platz an der Sonne der europäischen Großwerften einnehmen.

„Wieder Wasser unter den Kiel durch drastische Abspeckung im Personalbereich" — diese zynische Formel des HDW-Vorstandes bedeutet: Verstärkte Arbeitshetze, frühzeitige Ruinierung der Gesundheit und Arbeitslosigkeit ohne Aussicht auf einen neuen Arbeitsplatz für Tausende von HDW-Kollegen.

Dagegen muß ein konsequenter gewerkschaftlicher Kampf unter folgenden Forderungen aufgenommen werden:

- Keine Entlassung auf HDW — Erhaltung des Schiffsneubaus in Hamburg!
- Beteiligung der Stadt Hamburg mit 25,1 Prozent an HDW und Aufwendung der Kaufsumme zur Arbeitsplatzsicherung!
- Keine Einführung des Prämienlohnes in Hamburg!
- SCS-Firma runter von der Werft!
- Kampf den Rationalisierungsmaßnahmen!
- Gegen die Entmündigung der Kollegen durch restriktive Maßnahmen wie Pausenkürzung und Bierverbot!



RGO-Betriebsrat Christian Matthiessen:

„Den ‚Aktiven Metallern' und der RGO-Betriebsgruppe kommt eine Schlüsselrolle zu"

Am 8. Februar dieses Jahres führte die KPD in Hamburg unter dem Motto „Keine Schließung von HDW/Hamburg" eine Veranstaltung durch, auf der Betriebsratsmitglied Christian Matthiessen sprach. Christian Matthiessen ist Kommunist. Er arbeitet seit fast zehn Jahren auf der HDW. 1976 wurde er zum Vertrauensmann gewählt und kurz darauf wegen angeblich gewerkschaftsschädigenden Verhaltens aus der IG Metall ausgeschlossen. Seit 1978 ist Christian Matthiessen Betriebsratsmitglied. Gewählt wurde er auf der Liste der RGO. Im Folgenden einige Auszüge aus Christians Rede:

„Die IG Metall wäre heute die einzige Kraft, die den Kampf der Belegschaft gegen die Kumpanei der Schiffbaubosse, des Salzgitterkonzerns, der Bund- und Länderpolitiker organisieren könnte. Dazu aber sind die führenden Funktionäre nicht bereit. Sie setzen weiter auf Sozialpartnerschaft. Sie sehen ihre Aufgabe weiterhin darin, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und natürlich die jetzige Betriebsratsmehrheit zu stürzen. (…)

Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf ist, daß in der Belegschaft Klarheit über die wirkliche Lage der HDW, über die Pläne der Gegner der Belegschaft, über die Rolle der IGM-Führung und über die tatsächlichen Möglichkeiten des Betriebsrates geschaffen wird. Den Kollegen muß bewußt gemacht werden, daß es ohne sie nicht geht, daß sie sich nicht als Manövriermasse mißbrauchen lassen dürfen, sondern sich selbst organisiert wehren müssen, daß sie ihre gewerkschaftliche Organisierung in die eigenen Hände nehmen müssen, d. h. sie den Bonzen entreißen und ihren Kampf selbst organisieren müssen. (…)

Die Politik der Sozialpartnerschaft hat keine Erfolge gebracht, sondern nur ‚abgefederte' Niederlagen. Dies ist sicherlich die Erfahrung der gesamten Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik. (…) Die Ausschließung der Belegschaften, die ‚Vertreterpolitik', schwächt die Kraft der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften aufs Äußerste und liefert sie letztlich schutzlos den Angriffen der Kapitalistenklasse aus.

Hier muß eine radikale Wendung einsetzen, eine wirklich radikale Wendung. (…)

Die Aktivierung der Belegschaft zu erreichen, muß Sinn und Zweck jeglicher Betätigung von Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten sein.

Alles, was das Bewußtsein der Kollegen schärft, was den Gegner als Feind zu erkennen ermöglicht, alles, was den Spielraum der Kollegen für eigene Aktivitäten erweitert, ist nützlich.

Alles Andere mag im Augenblick ganz gut zu verkaufen sein und einen gewählten Arbeitnehmervertreter als **auch** schlauen Taktiker erscheinen lassen, es führt aber nur zurück auf den Weg der Sozialpartnerschaft.

Maßnahmen wie die Einführung des Prämienlohns, die Einstellung des Schiffsneubaus, die Vernichtung weiterer Hunderter von Arbeitsplätzen, ja letztlich die Schließung des ganzen Hamburger Werkes, solche Maßnahmen sind nicht durch irgend ein schlaues Taktieren oder Hinhalten zu verhindern, sondern nur durch echte Kampfmaßnahmen; durch Warnstreiks, befristete und unbefristete Streiks und die solidarische Unterstützung der arbeitenden Hamburger Bevölkerung.

Und wie die Dinge auf der HDW liegen, kommt dabei der Mehrheit im neuen Betriebsrat, den ‚Aktiven Metallern' und der RGO-Betriebsgruppe eine Schlüsselrolle zu."



Das Erdgas-Röhren-Geschäft und die NATO

„...und plötzlich gab es Streit"

Ohne Zweifel ist es nicht alltäglich, wenn zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten von Amerika ein offener und in aller Öffentlichkeit ausgetragener Streit entsteht. Das mußte die Aufmerksamkeit selbst derjenigen auf sich ziehen, die nicht viel von diesen Auseinandersetzungen halten. Denn schließlich ist man es ja einfach kaum noch gewohnt, daß in Bonn etwas anderes verlautbart wird, zu welchem Problem es auch sei, als in Washington. Und jetzt plötzlich dieser Streit — warum?

Zwei Anmerkungen muß man bei der Behandlung dieser Auseinandersetzungen vorneweg schicken: zum einen fällt es ja sehr deutlich auf, daß es auch innerhalb der Bonner Bundesregierung noch gerade jene waren, die sich mit Reagans Leuten anlegten, die ansonsten am lautesten Hallelujah rufen zu jeder weisen Washingtoner Entscheidung. Die Herren von der FDP, Minister Genscher und der Graf Lambsdorff, und auch der Bundeskanzler in höchst eigener Person.

Und zweitens muß man hinzufügen, daß es ja nicht das erste Mal ist, daß es zwischen Bonn und Washington offenen und öffentlichen Streit gibt, und nie handelte es sich dabei um politische Fragen, sondern stets um Wirtschaftsabkommen. Sowohl untereinander, als auch und dann am stärksten und am schärfsten, bei Bonner Ostgeschäften. Bald zwanzig Jahre ist es her, als die SPD durch ihren Einsatz für die Erlaubnis der Lieferung von Mannesmann-Röhren an die UdSSR engste Kontakte zu den westdeutschen Stahlmonopolen bewies, sich gegen die CDU/FDP-Regierung und Washington stellte. Die Ereignisse um das damals so bezeichnete „Röhren-Embargo" waren ohne jeden Zweifel einer der Einschnitte, die die Verdrängung der CDU aus der Regierung markierten.

Also: weder sind solche Ereignisse so neu, noch sind innenpolitische Auswirkungen auszuschließen, noch ist dies ein Streitpunkt innerhalb der Bonner Koalitionsregierung.

Nur: Die Argumente, die heute benutzt werden, entspringen natürlich der heutigen politischen Lage und sind demgemäß anders als frühere. Die Regierung der USA sagt, der Abschluß eines solchen Geschäfts zwischen Bonn und Moskau, also die Lieferung von Röhren gegen sowjetisches Erdgas, ist eines jener Geschäfte, mit denen Moskau aufgepäppelt wird. Sie kriegen Röhren, die sie dringend brauchen und sie kriegen einen riesengroßen Einfluß auf die bundesdeutsche Energieversorgung — und so könnte Bonn, läßt man im Unterton anklingen, eigentlich auch ein ganz unzuverlässiger Partner werden.

Dagegen wird in Bonn gehalten, daß man weder mit Röhren Krieg führen kann, noch daß das sowjetische Erdgas einen wesentlichen Bestandteil der westdeutschen Energieversorgung darstelle, nicht mehr als 6 Prozent im äußersten Fall. Außerdem ginge es eben um Aufträge für die Wirtschaft und um die Fortsetzung der Bonner Entspannungspolitik, so weit als heute noch möglich.

Betrachtet man die Argumente, die beide Seiten für ihre Haltung hervorbringen, so fällt recht deutlich auf, wie notdürftig hier eines versteckt werden soll: daß es um einen Streit zweier kapitalistischer „Partner" ums Geschäft geht. Hier geht die Washingtoner Politik den westdeutschen Monopolen ans Eingemachte und da plötzlich setzt man sich zur Wehr, kritisiert jene, die sonst angeblich immer alles für uns tun...

Ein Zeichen mehr auch dafür, daß die sonstige Washingtoner und NATO-Politik von den westdeutschen Kapitalisten und ihrer Regierung eben nicht sozusagen zähneknirschend gerade noch akzeptiert wird, sondern den eigenen Bestrebungen entgegenkommt — nur hier, hier ist es anders. Nun ist es natürlich zunächst einmal so, daß ein Streit zwischen den Kapitalisten in der Bundesrepublik und jenen in den USA um ihre jeweiligen Geschäfte eigentlich nicht Sache von uns ist. Aber aufgrund der heutigen politischen Lage muß man dazu Stellung beziehen, denn es wurde, und wird noch viel darüber gesprochen, und es kann ja auch als Lehrbeispiel dafür gelten, wie Reagan mit den Interessen seiner „Partner" verfährt.

Denn dies ist doch das erste, was man politisch gesehen hervorheben muß, daß die Washingtoner Kriegstreiber die Politik der NATO-Staaten in möglichst allen Bereichen und möglichst weitgehend selbst bestimmen wollen.

Nicht umsonst gab es zahlreiche Stimmen in der westdeutschen Presse, die unterstrichen, daß ein Vollzug dieses Geschäftes der NATO nur nützen könne, denn dies wäre vor der Bevölkerung ein Beweis für den demokratischen Inhalt der NATO. Eine Widerlegung dessen, daß die NATO unter dem Diktat der USA steht. In der letzten Zeit hat Washington in diesem Streit eingelenkt, da mon dort sehen mußte, die westdeutschen Monopole sind in dieser Frage zu vielem bereit.

Und in diesem Zusammenhang muß man auch als zweites festhalten, daß heute jede Bestrebung, dem Kommando Washingtons zu entkommen, eigenständige Politik zu machen, für die westliche Bündnispolitik anscheinend schon ein Prüfstein wird. Die amerikanischen Argumente dabei ziehen wahrhaftig nicht. Wenn die Bundesrepublik von jemand abhängig ist in bezug auf Energieversorgung, dann von den Ölmultis aus den USA und sonst von niemandem.

So ist und bleibt es letztlich eine Frage der Souveränität, eine Frage der Eigenstaatlichkeit oder der Unterwerfung — wie in einer Reihe anderer Fragen auch, wo kein Widerstand von Seiten der bundesdeutschen Kapitalisten kommt, da es ihre Interessen zumindest nicht wesentlich berührt.

Heimlich, still und leise...

Herr von Finck auf Einkaufsbummel

August von Finck ist der Reichsten einer in unserem Lande. Und deshalb müßte es ihm eigentlich ziemlich schlecht gehen, denn den Reichen geht es ja allen schlecht, zumindest, wenn man ihre Zeitungen liest. Ganz auf den Hund gekommen ist er aber offensichtlich noch nicht, das zeigt auch sein jüngster Einkaufsbummel.

Er hat schon noch einiges, der Herr Baron. Zum Beispiel ist er der größte Grundbesitzer in Bayern. Oder: vom „Streubesitz" an Allianz-Aktien sind ihm 6 Prozent zugestreut. Ein bißchen Deutsche Bank, ein bißchen Siemens, das ist so seine Preisklasse.

Und nun hat er sich eben mal eine Brauerei gekauft. Nicht die erste, die er besitzt, nicht die größte, die er besitzt. Aber: sie ist — hinter dem Herrn Baron — einer der größten Grundbesitzer in Bayern. Der Einkaufsbummel, auf dem sich Herr von Finck schon seit Jahrzehnten befindet und den er nun mal wieder erfolgreich fortgesetzt hat, der gilt nicht diesem oder jenem, der gilt ganz einfach: Bayern. Wieviel vom größten deutschen Bundesstaat ihm gehört, weiß keiner außer ihm — oder besser: seinem Beauftragten — aber wenig ist es nicht. Und daß auf manchem seiner Grundstücke auch ein paar Häuser stehen wird ihm auch kein Schaden sein. Offensichtlich: sooo schlecht geht es ihnen dann auch wieder nicht, den Herren Baronen und ihren Vettern vom Geldadel...

Auseinandersetzung über Springer/Burda-Fusion

Und wieder sollen Arbeitsplätze gerettet werden

Der Anwalt des Hauses Springer gab sich bei der Anhörung vor der Monopolkommission des Bundeswirtschaftsministeriums volksnah: Jahrelang hätten alle gefordert „Enteignet Springer" und jetzt, da er 51 Prozent seines Besitzes abgeben wolle, sei es auch nicht recht. Aber natürlich steht die Verhandlung über die Fusion des zweit- mit dem viertgrößten Medienverlag der Bundesrepublik nicht auf der Grundlage einer Enteignungsforderung. Um was geht es?

Als zum ersten Mal die Pläne bekannt wurden, daß bis zum Juli 1983 der Burdaverlag 51 Prozent am Springerverlag übernehmen soll, äußerte das Kartellamt sofort seinen Widerspruch. Das Kartellamt, geschaffen um den Anschein einer funktionierenden Marktwirtschaft zu erhalten, sah in diesem Plan eine übergroße Zusammenballung der Marktmacht.

Aber: als das Kartellamt geschaffen wurde, wurde zugleich auch dem Bonner Wirtschaftsministerium das Recht eingeräumt, die Urteile des Kartellamts vom „gesamtwirtschaftlichen Standpunkt" aus aufzuheben. Und dies war ja auch schon mehrere Male geschehen.

Bekanntestes Beispiel dieses Vorgehens war bisher die Übernahme von VEBA-Raffinerien durch den britischen Ölmulti BP. Sonst, so hieß es damals, müßten diese Raffinerien geschlossen werden. Also stimmte der Wirtschaftsminister — wegen der Erhaltung der Arbeitsplätze, wie es offiziell hieß — zu. In diesen Tagen gerade werden nun diese angeblich erhaltenen Arbeitsplätze vernichtet, die Raffinerien stillgelegt.

Und die Sicherung von Arbeitsplätzen ist auch für Springer/Burda eines der beiden Hauptargumente für die Fusion. Dabei geht es vor allem um die Springer-Zeitung „Die Welt", die ohne Fusion, so das Springer-Trio Walden, Tamm und Kracht, möglicherweise eingestellt werden müßte, wobei leider 1000 Arbeitsplätze vernichtet werden müßten.

Und daß man sich bei Springer wirklich und ehrlich Sorgen um Arbeitsplätze mache, das unterstreichen die drei mit der Entwicklung im Münchner Zeitungsverlag, wo ja erst nach dem Verkauf durch Springer die Entlassungen begonnen hätten — als ob dies unter den Umständen des Verkaufs nicht eine logische Folge daraus gewesen wäre.

Die zweite Argumentation aber, die „medienpolitische", ist der eigentliche Kern des Ganzen. Es gehe, so die Springer-Beauftragten bei der Anhörung durch die Monopolkommission, darum, im Angesicht der neuen Medien (Kabelfernsehen vor allem) wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Einrichtung des Kabelfernsehens als Bedrohung der Existenz von Springer und Burda?

Nun, so stimmt dies gewiß nicht. Schließlich ist es kein Geheimnis, daß gerade Springer seit langer Zeit der lautstärkste Befürworter der Einführung neuer Medien ist. Vor allem eben des Kabelfernsehens, das von vielen Gewerkschaftern beispielsweise nicht zu Unrecht als Unternehmerfernsehen bezeichnet wird. Und Burda will da mit einsteigen. Die beiden anderen Großkonzerne in diesem Bereich, der Bauerverlag und vor allem der Branchenriese Bertelsmann haben hier ebenfalls seit langem alles dafür vorbereitet.

Dieser Zusammenschluß von Springer und Burda ist also weniger unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten, als vor allem unter politischen. Es geht darum, hier einen zweiten Großkonzern zu schaffen, der mit seiner Tätigkeit natürlich dazu beitragen würde, kleinere Verlage noch schneller entweder in den Konkurs oder in die Übernahme durch die Großen zu treiben, also einen ganz entscheidenden Schritt in der weiteren Konzentration der Medien zu tun.

Ergebnis einer solchen Fusion wäre die Entstehung eines Kabelfernsehens, das nur noch von zwei Gruppen bestritten werden würde: Springer/Burda auf der einen Seite und Bertelsmann auf der anderen. Wobei Bertelsmann kein Wort gegen die Fusion gefunden hat, wohl in der Erwartung, daß dieser Schritt ihm einerseits eine Reihe „schutzsuchender Kleinverlage" zutreiben würde und andererseits trotzdem seine führende Position nicht antasten.

So waren denn auch neben dem konkurrierenden Bauerverlag die Vertreter der IG Druck und Papier bei der Anhörung im Bundeswirtschaftsministerium die einzigen, die sich gegen eine solche Fusion aussprachen. Und zwar aus beiden von Springer angeführten Gründen.

Zum einen, so unterstrichen die Gewerkschaftsvertreter, solle man ihnen ein einziges Beispiel einer Fusion zeigen, bei der nicht in großem Stil Arbeitsplätze vernichtet worden seien — darauf bekamen sie, wie es zu erwarten war, keine Antwort.

Zum anderen, so unterstrichen vor allem die Vertreter der Journalisten in der IG Drupa, sei die Pressekonzentration und die sich nun anbahnende Medienkonzentration eine äußerst große Gefährdung der Pressefreiheit.

Und in der Tat, wer die Gleichförmigkeit der heutigen westdeutschen Presse kennt und die stetigen Unternehmerkritiken an kritischen Produktionen im Fernsehen und Rundfunk, der hat eine Ahnung davon, was es bedeuten würde, wenn ein solcher fusionierter Konzern die Kabelfernsehwelle teilweise übernehmen würde — eine „Bild"-Zeitung auf dem Fernsehschirm, kombiniert mit Einsprengseln aus „Quick" oder „Neue Revue".

Daß diese neuen Medien deshalb vor allem von der CDU seit langen Jahren gefordert werden und in den von ihr seit langem regierten Südwestbundesstaaten auch schon verschiedene Experimente in dieser Richtung gemacht wurden, überrascht nicht. Und daß sie natürlich auch in der FDP viele Befürworter haben ist bekannt — der Herr Graf gehört zu ihnen.

Neue staatliche Anschläge auf Ausländerfamilien

Es ist noch nicht lange her, daß die Altersgrenze für Kinder, die in Deutschland lebende ausländische Familien zu sich holen dürfen, von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt wurde. Jetzt ist eine weitere Herabsetzung dieser Grenze um zehn Jahre im Gespräch — nur noch Kinder unter 6 Jahren sollen zu ihren Eltern kommen dürfen!

Mit dieser Politik der Zerstörung der Familien will die Bundesregierung einen noch stärkeren Druck auf die ausländischen Arbeiter ausüben, nicht auf Dauer in Westdeutschland zu bleiben. Die Menschenfeindlichkeit dieser Maßnahme soll wie immer durch scheinheilige Phrasen überdeckt werden, ein solches Vorgehen sei letztendlich im Interesse der Ausländer selber. Der für Ausländerfragen zuständige Abteilungsleiter im Arbeitsministerium, Wolfgang Bodenbender, erklärte auf einer Veranstaltung in Westberlin, bei Kindern, die nicht von Beginn an auf deutschen Schulen unterrichtet würden, könnten Bemühungen um Integration nicht erfolgreich sein.

In Wahrheit steckt etwas anderes dahinter: Der Wunsch, Arbeitskräfte aus dem Ausland zu einem möglichst niedrigen Preis zu bekommen, sich zum Beispiel alle Kosten zu sparen, die bei deutschen Arbeitern für die Reproduktion der Arbeitskraft anfallen — dazu gehört ja auch die Familiengründung und Erziehung von Kindern, die dann wiederum arbeiten gehen können. Man bevorzugt auch aus diesem Grunde ein „Rotationsprinzip" für ausländische Arbeiter, soweit man sie braucht und nicht in der augenblicklichen Krisensituation ganz raus haben will. (Daß **alle** Ausländer raus sollen, ist sowieso keine Forderung der Kapitalisten; man läßt die Nazis eine derartige Propganda entfalten, um die reaktionärsten rassistischen Stimmungen anzuheizen, die dann von den Herrschenden im jeweils gewünschten Sinne konkret ausgenutzt werden können.) Die Familie ausländischer Kollegen, soweit sie nicht direkt ausgebeutet werden kann, wird allein als Kostenfaktor angesehen. Ein Standpunkt, den kein deutscher Arbeiter, kein Demokrat und Antifaschist hinnehmen darf. Das Auseinanderreißen von Familien unter dem Gesichtspunkt des Profis ist bei den Ausländern genauso unmenschlich, wie es das bei Deutschen wäre!

Daß der Gesichtspunkt der maximalen Ausbeutung der allein ausschlagebende in der Politik des kapitalistischen westdeutschen Staates ist, ist auch schuld daran, daß alle sogenannten Integrationsbemühungen, die auch heute noch vorgezeigt werden, kein positives Ergebnis gezeitigt haben. Das betrifft auch die schulische Ausbildung, der Bodenbender eine so entscheidende Bedeutung bemißt. Was ist denn zum Beispiel die Ursache dafür, daß die Faschisten mit ihrem Appell zur Einrichtung von Apartheidsschulen auf verhältnismäßig große Resonanz stoßen, daß sie sich nicht von der Hand zu weisende Hoffnungen auf einen Erfolg eines Volksbegehrens mit dieser Stoßrichtung machen können, wie sie es jetzt in NRW zu starten versuchen? In verschiedenen Bundesländern wird die Trennung von deutschen und ausländischen Schülern schon vollzogen, Vorreiter sind Baden-Württemberg und Westberlin. Das Argument für solche Politik: In gemischten Klassen lernen deutsche Kinder weniger, weil die Ausländer nichts kapieren, weil sie ja nicht einmal richtig deutsch sprechen. Das stimmt nich einmal immer, wie z. B. in Westberlin, wo bestens funktionierende gemischte Klassen auseinandergerissen werden, aber oft stimmt es tatsächlich.



„Macht ein Gesetz für Menschen!" — Ein Bild von einer Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit in Hamburg.

Die Ursachen allerdings werden verschwiegen. Die westdeutschen Kapitalisten haben von Anfang an die ausländischen Kollegen als minderwertige Menschen betrachtet und behandelt und dabei auf die Möglichkeit rassistischer Verhetzung der deuschen Bevölkerung gebaut. Man wollte nur ihre Arbeitskraft. Diesen Menschen werden Rechte vorenthalten, die Familien der Arbeiter interessieren nicht, in die Bildung der Kinder wurde also auch fast nichts investiert, die Möglichkeiten der Integration wurden von vornherein bewußt gering gehalten oder zerstört. Es ist nicht die Integrationspolitik, die gescheitert ist, wie es die Reaktionäre sagen, die auf bestimmte Mißstände hinweisen und die Schuld daran den Ausländern geben. Es müssen viel mehr Mittel für die Integration bereitgestellt werden, natürlich auf Kosten derer, die von der Ausbeutung der Ausländer profitieren, auf Kosten der Kapitalisten. Es müssen Geldmittel für Vorschulbildung, für außerschulische Bildungsmaßnahmen bereitgestellt werden; in den Schulen müssen die Lehrer auf ihre Aufgabe entsprechend vorbereitet und geschult werden, es müssen ausländische Lehrer beschäftigt werden, es müssen kleinere Klassenverbände geschaffen werden und ähnliches mehr. Das sind die richtigen Forderungen zur Verteidigung bzw. Herstellung der elementaren Grund- und Menschenrechte unserer ausländischen Kollegen und Mitbürger und ihrer Familien.

Soviel an dieser Stelle zur Schulpolitik. Wolfgang Bodenbender äußerte sich außerdem noch zum Wahlrecht für Ausländer: Er warnte davor, ihnen das kommunale Wahlrecht zu gewähren, wie das heute bereits sehr viele westdeutsche Demokraten fordern. Wenn man dies in der gegenwärtigen Situation tue, würden „in den großen Städten Gruppen mit roten und schwarzen Fahnen durch die Straßen ziehen und unsere Bevölkerung in Angst und Schrekken versetzen". Unter dem Deckmantel freier Wählervereinigungen würden dann Kommunisten und Faschisten in die Parlamente einziehen.

Die Ausländer sind eben alle politisch verwirrt und „extremistisch", unfähig, freiheitlich, demokratisch und grundordentlich zu denken. Da müssen die deutschen Behörden natürlich den Daumen drauf haben.

Im Grunde eine ungeheuerliche Beschimpfung und Entmündigung unserer Kolleginnen und Kollegen, unserer Mitbürger aus dem Ausland. Die Gleichsetzung von Kommunisten und Faschisten als Schreckensgespenst verwundert dabei schon nicht mehr. Unser Antwort auf Bodenbenders demagogische Beschwörung ist klar, und wir meinen, daß es die für Demokraten und Antifaschisten einzig denkbare Antwort ist: die faschistischen Ausländerorganisationen, die es ja tatsächlich gibt und die, wie etwa die Grauen Wölfe, bereits mehrfach durch Morde und bewaffnete Aktionen hervorgetreten sind, müssen verboten und zerschlagen werden! Faschistische politische Betätigung muß für Ausländer und Deutsche gleichermaßen verboten und mit strengsten Strafen bedroht und geahndet werden. Das Wahlrecht aber muß unseren Mitbürgern aus dem Ausland genauso garantiert sein wie Deutschen. Und nicht nur das Wahlrecht, **alle** politischen Rechte. Man darf nicht mal gegen, mal für eine Spaltung der Werktätigen sein. Und es gibt nur eine Möglichkeit, alle Halbheiten auszuschließen, und die findet ihren Ausdruck in der Forderung der KPD nach automatischer Einbürgerung aller Ausländer bei dem Recht auf gleichzeitige Beibehaltung der bisherigen Staatsbürgerschaft.

Die neuesten Bonner Pläne müssen auf entschiedenen Widerstand stoßen!

Kriminell ist der BND

MÜNCHEN.— Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München hat am 6. März die Privatwohnung und die ehemaligen Diensträume des suspendierten bayrischen Staatsschutzchefs und früheren BND-Agenten Langemann durchsucht und Material sichergestellt. Über den Inhalt wird strengste Geheimhaltung gewahrt.

Vor der Aktion hatte sich das Innenministerium dahingehend versichert, daß die vom Anwalt des Frank Heigl, der mit Langemann einen Vertrag über die Veröffentlichung seiner Aufzeichnungen abgeschlossen hatte, vorgelegte Geheimdokumentation über das Attentat auf dem Münchener Oktoberfest echt ist. Auch sie wird natürlich nicht veröffentlicht.

Langemann bestritt unterdessen die Weitergabe dieser Dokumentation an Heigl, erklärte aber grundsätzlich, die Herausgabe von Unterlagen sei im Rahmen seines Dienstauftrages geschehen, er sei im Innenministerium auch für das Sachgebiet „Verfassungsschutz durch Öffentlichkeitsarbeit" zuständig gewesen. Einer solchen Amtsauffassung hat allerdings das Innenministerium widersprochen.

Im Münchener Landtag ist inzwischen ein Parteienstreit ausgebrochen, der sich allerdings nur darum dreht, was die bayerische Landesregierung dafür kann, daß Langemann zu seinem Posten kam und sich derartig aufführen konnte. Die durch Langemanns „Pressepolitik" bekanntgewordenen kriminellen Machenschaften des Bundesnachrichtendienstes (BND) auf internationaler Ebene, zu denen unter anderem Maßnahmen gehörten, führende bundesdeutsche Politiker wie den ehemaligen Bundeskanzler Kiesinger davor zu schützen, daß ihre Vergangenheit im Dienste der Hitler-Faschisten öffentlich bekannt gemacht und belegt wurde, stören die Damen und Herren Politiker offensichtlich nicht im geringsten. An Maßnahmen gegen den Geheimdienst ist nicht gedacht.

Das aber wäre zweifellos erforderlich. Es ist ja auch ganz interessant, wie verschiedene einflußreiche Politiker bei der Personalpolitik in Bonn ihre Beziehungen und ihre politische Macht ausspielen, aber das ist wahrlich nicht das Entscheidende am Fall Langemann. Denn schließlich muß man ja froh sein über alles, was über die wirkliche Tätigkeit des bundesdeutschen Geheimdienstes an die Öffentlichkeit gelangt.

Deshalb darf man auf die Fortsetzung des Berichts in der Zeitschrift „konkret" gespannt sein. Franz Josef Strauß hat sich nun auch dazu geäußert, daß er selbst im Rahmen der nächsten Folge der Enthüllungen eine Hauptrolle spielen soll — in altgewohnter Weise: „Die Produkte von Schmeißfliegen und Ratten interessieren mich nicht!" Er hat die Sprache der Unmenschen nicht verlernt.

Aktionen gegen die DVU

Die Deutsche Volksunion (DVU), die faschistische Vereinigung des Dr. Frey (Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung"), organisiert zur Zeit in mehreren Städten Propagandaauftritte des sogenannten „Historikers" David Irving unter dem Titel: „Nürnberger Prozesse — Gerechtigkeit oder Siegerjustiz?" Irving ist seit Jahren durch seine Bemühungen bekannt, die Nazi-Führer von allen Verbrechen reinzuwaschen und Geschichtsfälschung im Sinne des Faschismus zu betreiben. Er ist einer der „Wissenschaftler", den die Neonazis für ihre Propaganda-Kampagnen einsetzen.

Neben dem Referat Irvings sol auf den Veranstaltungen für die ganze Palette faschistischer Aktivitäten geworben werden, die die DVU anzettelt; dazu gehört besonders die ausländerfeindliche Tätigkeit der DVU-Hilfsaktion „Initiative für Ausländerbegrenzung".

Die Auftritte der faschistischen Hetzer rufen überall Antifaschisten auf den Plan. Diese haben auch noch dagegen anzukämpfen, daß städtische Behörden der DVU Räume zur Verfügung stellen und die Veranstaltungen durch Polizeitruppen schützen lassen, statt sie zu untersagen.

Uns liegen Berichte vor aus Mainz und aus München. In der bayrischen Landeshauptstadt demonstrierten über 100 Antifaschisten gegen die Veranstaltung im Löwenbräukeller. (Siehe Bild.) In Mainz waren es mehr als 400 Menschen — darunter zahlreiche ausländische Kollegen —, die den Veranstaltungssaal blockierten und schließlich die Nazis vertrieben. Gegen Ende der Aktion verhaftete die Polizei einen türkischen Kollegen. Er wurde aber wieder freigelassen, nachdem etwa 150 noch anwesende Antifaschisten zum Polizeipräsidium marschierten.

Die Volksverhetzer von der DVU dürfen keine Ruhe finden!



Protestaktion gegen die DVU in München.

Kampagne gegen Graue Wölfe

Aktionen gegen das von der faschistischen türkischen Terrorbande Graue Wölfe betriebene Versammlungslokal Türk Ocagi in Bremen-Walle hat die Ortsgruppe der *Volksfront* aufgenommen. Es wurden Infostände organisiert, Plakate geklebt und in der Umgebung des Lokals Flugblätter in deutscher und türkischer Sprache gesteckt.

Neben der Aufklärung über die terroristischen Aktionen der Grauen Wölfe weist die *Volksfront* vor allem darauf hin, daß diese Bande systematisch darauf hinarbeitet, die Beziehungen zwischen deutschen und türkischen Mitbürgern zu vergiften und beide Bevölkerungsteile gegeneinander aufzuhetzen. Über die Aktivitäten der Grauen Wölfe in Bremen heißt es in dem erwähnten Flugblatt unter anderem:

„Am 13. Februar dieses Jahres enthüllte eine Sendung von Radio Bremen die verbrecherischen Aktivitäten von Türk Ocagi in dieser Stadt. Daraufhin waren am nächsten Tag die Gebäude der Arbeiterwohlfahrt mit faschistischen Parolen des Vereins beschmiert. Mitarbeiter der AWO, die sich besonders für die Integration der ausländischen Mitbürger einsetzen, fanden ihre Autos aufgebrochen, beschmiert und teilweise zerstört." Ein besonderer Skandal ist die Tatsache, daß der Vorsitzende dieses Vereins der Grauen Wölfe von der Stadt als Lehrer beschäftigt wird.

Die *Volksfront* in Bremen fordert die Schließung des Lokals Türk Ocagi und darüber hinaus das Verbot der Grauen Wölfe und aller anderen faschistischen Organisationen.

Volkskorrespondenz

„Nazi-Terrorbanden raus aus Witten!"

Die gewalttätigen Terroraktionen faschistischer Banden, bei denen am 26. Februar in Witten die Fensterscheiben türkischer Geschäfte eingeworfen, die Scheiben von Autos, die vor einem Ausländerheim parkten, eingeschlagen, die Schaufenster des türkischen Arbeitervereins und des jugoslawischen Bürgervereins zerschossen wurden, ein türkischer Arbeiter nur durch Flucht einem Attentat durch fünf Schläger entrann, und schließlich auch noch die Scheibe des SPD-Büros zu Bruch ging, waren der Anlaß zu einer Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit, die am 12. März durchgeführt wurde.

Zeitweise waren es über 500 Menschen, Deutsche und Ausländer, die sich an Demonstration und Abschlußkundgebung beteiligten, die sich auch durch das kalte, regnerische Wetter nicht davon abhalten ließen, ihren Widerstand gegen Nazi-Terror und offiziell geduldete und geförderte Ausländerfeindlichkeit deutlichzumachen.

Im Rahmen dieser Aktion wurden die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen der Terror gedeiht und ausländerfeindliche Parolen Anhänger finden, klar benannt. In einem Flugblatt des Deutsch-Ausländischen Freundschaftskreises heißt es unter anderem:

„Ein Nährboden für die verstärkte Hetzpropaganda gegen die ausländischen Arbeitnehmer und Asylanten ist die zunehmende Verschärfung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der BRD. 2 Millionen Arbeitslose führen nicht nur zur Angst um die Existenz, sondern auch zum Nachdenken über die Ursachen dieser Zustände, die Bereitschaft, sich dagegen zu wehren. Um von den wirklichen Problemen abzulenken, werden die Ausländer zu Sündenböcken gemacht, die angeblich 2 Millionen Arbeitsplätze blockieren. In Wirklichkeit gibt es genügend Beweise, daß die Ursachen der Arbeitslosigkeit bei denjenigen liegen, die

1. Arbeitsplätze mit staatlichen Investitionen wegrationalisieren;

2. Arbeitsplätze in Billiglohnländer verlegen;

3. Kurzarbeit einführen bei gleichzeitiger Produktionssteigerung;

4. einst Ausländer als billige Arbeitskraft ins Land holten, an ihnen verdienen.

Hierbei wird deutlich, daß ausländische und deutsche Arbeitnehmer die selben Interessen haben. Nur gemeinsam können wir unsere Arbeitsplätze verteidigen! (...)

Für das gleichberechtigte Zusammenleben deutscher und ausländischer Mitbürger fordern wir:

schnelle und rückhaltlose Aufklärung der faschistischen Überfälle in Witten;

- **Schutz der ausländischen Vereine, der Asylantenheime;**
- **Aufhebung des Verbots für Asylanten, das Stadtgebiet zu verlassen;**
- **Schluß mit der Zwangsarbeit für Asylanten, die als generelle Vorbereitung des Arbeitseinsatzes aller Sozialhilfeempfänger geplant ist;**
- **Schluß mit der Ausländerfeindlichkeit! Solidarität und Völkerverständigung!**"



Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit in Witten am 13. März

Diese Forderungen bestimmten auch das Bild der Demonstration.

Beschämend ist, daß der DGB, der direkt über die Anschläge und die beabsichtigte Protestdemonstration informiert und um Unterstützung gebeten worden war — ist nicht die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter seine Aufgabe? — diese Unterstützung verweigerte, daß die SPD, obwohl selbst auch betroffen, sich gänzlich ausschwieg und zum Beispiel auch die DKP keine Hand in dieser Angelegenheit rührte. Die KPD hat diese Aktion selbstverständlich aktiv mitgetragen.

Auch unter diesem Gesichtspunkt ist die Zahl der Demonstranten für Witten sehr beachtlich.

Auf der Abschlußkundgebung machten deutsche und ausländische Antifaschisten und Demokraten die Notwendigkeit der Solidarität und des gemeinsamen Widerstandes deutlich. Zu den Rednern gehörte Pfarrer Ecke, der aus seiner persönlichen Erfahrung heraus den Vergleich zu Ideologie und Politik des Hitler-Staates zog, und es sprach auch eine Kollegin von der GEW. Eine GEW-Mitgliederversammlung hatte ein Grußwort an die Demonstranten beschlossen, in dem darauf hingewiesen wurde, daß es die vom Staat verschuldeten unzureichenden Zustände an den Schulen sind, die die Probleme in der gemeinsamen schulischen Erziehung deutscher und ausländischer Schüler aufwerfen, daß es viel zuwenig Förderungsmöglichkeiten gibt, daß dauernd der Unterricht ausfällt, daß zu wenig Lehrkräfte da sind usw. Die Rednerin forderte eine Ausbildung, in der alle die gleichen Chancen haben, und ein Recht auf Arbeit für alle.

Eine sehr zu begrüßende Aktion der GEW-Gewerkschafter, die die Verantwortlichen der Industriegewerkschaften nur noch mehr beschämt. Gewerkschaftsführer, die bewaffnete Überfälle auf Arbeiter nicht einmal dazu bringen, ihre Stimme zu erheben, sind fehl am Platze. Sie mißachten die Interessen der Wittener Arbeiter und schädigen die Gewerkschaft. Ein solches Verhalten kann es z. B. nur erschweren, die ausländischen Kollegen stärker in die aktive Gewerkschaftsarbeit einzubeziehen.

Ein Sprecher beschloß die Kundgebung und damit die Aktionen dieses Tages mit dem Aufruf, die Arbeit des Deutsch-Ausländischen Freundeskreises aktiv zu unterstützen. Es ist zu hoffen, daß die gute Aktion ein weiterer Anstoß zur Ausweitung des Kampfes gegen Ausländerfeindlichkeit gewesen ist.

Leserbrief

Betr.: Internationaler Frauentag

Liebe Redakteurinnen und Redakteure!

Ich hab's ja gleich geahnt. Wie jedes Jahr gibt es in der Woche zum 8. 3. im RM eine Seite, die die Überschrift „Frauen" trägt. In den restlichen Ausgaben sucht man so eine Rubrik, ja überhaupt Artikel zur Frauenfrage, meistens umsonst. Finden Frauenkämpfe nur in der Woche zum 8. 3. statt? Von Arbeitskämpfen, in denen Männer und Frauen zusammenstehen, wird ja auch nicht nur am 1. Mai berichtet.

Was ich damit sagen will: es hat meiner Meinung nach keinen Zweck, einmal im Jahr eine Seite mit z. T. schon inaktuellen Meldungen (der Prozeß der Adler-Frauen) zusammenzustellen, weil der 8. März halt mal wieder ansteht. Es müßten das ganze Jahr über mehr Berichte über Kämpfe von Frauen kommen, aus allen Bereichen (Betrieb & Gewerkschaft, Frauenhäuser, § 218, Frauenkampf international etc.) Aber es sollte keine spezielle „Fauenseite" geben, da die leicht zu einem Ghetto werden kann (wie z. B. in der TAZ).

Ich kann mir auch vorstellen, daß es euch auf diesem Sektor einfach an Korrespondenzen mangelt, so daß ihr einfach nicht mitkriegt, was da so alles läuft. Das ist dann ja nicht eure Schuld. Es sollten sich vielleicht alle Leserinnen & Leser des „Roten Morgens" aufraffen (mich natürlich eingeschlossen) und, wenn sie in der Richtung was mitkriegen, einen Bericht für den RM schreiben. So hätten dann alle was davon.

Viele Grüße & Rot Front
Susanne M., Karlsruhe

Stellungnahme der Redaktion

Diese Kritik ist berechtigt, und sie ist sicher auch vielen anderen Leserinnen und Lesern aus dem Herzen gesprochen. Eine Frauenseite, wie wir sie zum 8. März gemacht haben, ist Krampf, ist unsinnig. Hier offenbart sich ein Mangel in der Arbeit der RM-Redaktion, der mit einem Mangel der gesamten Parteiarbeit zusammenhängt: die nur in ganz geringen Ansätzen vorhandene Befassung mit den speziellen Problemen der Frauen, die es nach wie vor gibt, denn auch wie vor haben Frauen unter besonderer Unterdrückung zu leiden, wird ihnen eine untergeordnete gesellschaftliche Stellung zugewiesen, ist die Gleichberechtigung, die Emanzipation der Frau nicht gegeben.

Das muß in der fortlaufenden Arbeit der „Roten Morgens" auch zum Ausdruck kommen. Das heißt zum einen eine **ständige** Vermittlung von Nachrichten, Stellungnahmen usw. zu diesem Bereich, das kann auch mal heißen eine „Frauenseite", ohne daß sich daraus ein „Ghetto" entwickelt wie bei der „taz", die ja die Frauenfrage von einem total kleinbürgerlichen Gesichtspunkt aus betrachtet und sie damit notwendigerweise fälschlich isoliert und aus den tatsächlich existierenden und nicht bloß eingebildeten oder konstruierten gesellschaftlichen Zusammenhängen löst.

Wir haben im „Roten Morgen" auch bisher schon über Kämpfe und Aktionen von Frauen oder die Beteiligung von Frauen an Kämpfen und Aktionen berichtet, im Rahmen der verschiedenen Themenbereiche. Das reicht noch nicht. Außerdem führte gerade die strenge Einordnung der Berichte in die vorgegebenen „Schubfächer" (Betrieb und Gewerkschaft, antifaschistischer Kampf usw.) dazu, daß wesentliche Aspekte der Frauenfrage unter den Tisch fielen, weil das aktuell vorliegende jeweils nicht ausreichte, eine eigene Seite zu machen. (Wobei festzuhalten ist, daß wir das nicht systematisch geprüft haben.) Überhaupt haben wir bei der Diskussion festgestellt, daß wir eigentlich mindestens noch eine aktuelle „vermischte" Seite zu wenig haben, weil auch aus anderen Bereichen über bestimmte Sachen nichts geschrieben wurde, die nicht ins Schema paßten und anderer seits keine eigene Seite rechtfertigten.

Wir haben in der Redaktion die Notwendigkeit einer gewissenhaften Behandlung der Frauenfrage besprochen; was dabei herauskommt, wird im „Roten Morgen" nachzuprüfen sein. Klar ist, daß sich nicht alles von heute auf morgen ändert. Klar ist auch, daß wir auf die Unterstützung unserer Leserinnen und Leser angewiesen sind, auf die Vermittlung ihrer Erfahrungen, wobei die insgesamt noch geringe Arbeit der Partei auf diesem Gebiet natürlich ihre Auswirkungen hat. Wir hoffen, mit euch zusammen, einen Schritt vorwärtszukommen.

I. Spenden für den „Roten Morgen"

Zelle Moabit DM	450,—
H. B., Stuttgart	1000,—
K. P., Jembke	25,—
Buchladen Roter Morgen, Bremen	82,25
Überzahlung von Orten an den Verlag Roter Moren	2266,09
D. H., Moers	40,—
E. B., Ludwigshafen	15,—
B. S., Bremen	30,25
C. M., Bremen	30,25
W. M., Nürnberg	30,25
J. P., Bremen	20,—
J. B., Hamburg	30,25
F. C., Eschweiler	40,—
M. L., Bielefeld	350,—
R. B., Vilshofen	20,—
E. G., München	10,—
R. K., Selm	40,—
T. R., Hamburg	50,—
F. S., Mannheim	40,—
H. W. H., Bielefeld	30,25
Doppelkopfrunde Northeim	71,—
O. H., Duisburg	800,—
S. B., Bochum	400,—
KPD Reutlingen	264,—
T. R., Hamburg	50,—
Zelle Kiel-Wellingdorf	450,—
B. u. M. M., Wolfsburg	10,—
I. L.	500,—
I. R., Hamburg	300,—
OG Bochum	100,—
S. S., Mülheim	20,—
DM	7564,59

Damit sind bisher 51445,79 DM an Spenden für den „Roten Morgen" bei uns eingegangen.

II. Spenden zur Unterstützung unserer Genossen in der DDR

Zelle Ost, Bremen DM	1000,—
Buchladen RM, Bremen	50,—
LBV Weser-Ems	40,—
B. u. M. M., Wolfsburg	10,—
OG Bochum	214,—
Insgesamt DM	1314,—

Damit sind für die Genossen in der DDR insgesamt 4345,34 DM Spenden eingegangen.

III. Spenden für die Hinterbliebenen der ermordeten Genossen aus Kossovo

P. P., Bochum	10,—
E. P., Hamburg	100,—
D. K., Gelsenkirchen	200,—
H. B.	10,—
Insgesamt DM	320,—

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.Nr. 321004547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1800,— DM im Jahr, Ehepaare 3600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

ROTER MORGEN

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... **Unterschrift:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Voraussichtlich im Mai:

Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen

Der Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen sollte ursprünglich vom 19. bis zum 21. März in Osnabrück stattfinden. Nach dem provokativen Auftreten sogenannter Antiimperialisten, auch als „Anti-Impis" bekannt — kleinbürgerlich-anarchistische Gruppen, die RAF-Aktionen wie das Attentat auf den General der US-Besatzertruppen Kroesen als vorbildlich hinstellen wollen und die RAF als Teil der Friedensbewegung ausgeben, sagten die Osnabrücker, die für die Organisierung des Kongresses sorgen sollten, die Veranstaltung ab.

Aber der Kongreß wird wahrscheinlich doch noch stattfinden, voraussichtlich im Mai. Verschiedene Initiativen, darunter die Hamburger Friedenskoordination (die „Anti-Impis" treten besonders in Hamburg und Norddeutschland auf) stellten klar, wie unbedeutend diese Gruppen sind und daß es ein Unding wäre, sich von deren Drohungen — „Wenn ihr uns nicht zum Zuge kommen laßt, habt ihr auf dem Kongreß keine ruhige Minute" — an der Arbeit hindern zu lassen. Eine Friedensinitiative aus Freiburg bot sich an, für die Ausrichtung des Kongresses in ihrer Stadt zu sorgen. Die Tage vom 19. bis zum 21. März sollen nun für ein weiteres Vorbereitungstreffen genutzt werden, auf dem der Ablauf des Kongresses besprochen werden soll. Besonders begrüßenswert ist, daß hier auch die konkrete Diskussion über die Teilnahme an der Demonstration anläßlich des Reagan-Besuches in Bonn auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

In verschiedenen der autonomen Initiativen gibt es Probleme bei der „Standortbestimmung" gegenüber anderen gesellschaftlichen Kräften. Geleitet von dem an sich positiven Bemühen, sich nicht von den „Bonner Parteien ... parteipolitisch instrumentalisieren zu lassen (erster Aufruf zum Kongreß), gehen einige nicht nur auf Distanz zu diesen Parteien, sondern beispielsweise auch zur Arbeiterbewegung.

„Autonom" sein von der Arbeiterbewegung aber hieße, sich selbst weitgehend zur Bedeutungslosigkeit zu verdammen, sich freiwillig ins Abseits zu stellen.

Ein positives Beispiel dafür, wie innerhalb der autonomen Bewegung gegen einen solchen schädlichen Standpunkt angegangen wird, liefert die *Aachener Friedensinitiative* (AFI) mit einem von ihr eingebrachten Vorschlag für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Aufrüstung/Sozialabbau — Arbeiterbewegung", den wir hier im Wortlaut wiedergeben.



Die AFI auf der Demonstration gegen die AWACS-Stationierung in Geilenkirchen.

Arbeitsgruppe Aufrüstung/Sozialabbau — Arbeiterbewegung

(Aachener Friedensinitiative)

Auf einem SPD-Parteitag in Essen Anfang Februar sagte Bundeskanzler Schmidt sinngemäß: Die SPD braucht die Gewerkschaften und ist nichts ohne die Gewerkschaften; umgekehrt brauchen die Gewerkschaften aber auch die Sozialdemokratie.

Solche Sätze sollten uns, die wir in der Friedensbewegung arbeiten, schwer zu denken geben.

Warum braucht denn die SPD, warum braucht die Regierung die Gewerkschaften, die Arbeiter, die Werktätigen?

Doch offensichtlich, um ihr Programm des Sozialabbaus, das u. a. dazu dient, die Aufrüstung zu finanzieren, ohne größeren Widerstand durchzusetzen. Der Bundesregierung ist klar, daß sie die Mehrheit der Bevölkerung zum Stillhalten kriegen muß, um ihr die Lasten der Krise und der Aufrüstung aufzubürden. Was heißt das denn für die Friedensbewegung?

Mit diesem Thema setzt sich nur eine der für den BAF angekündigten Arbeitsgruppen auseinander. Wir meinen, daß dies bezeichnend ist für die Haltung, die ein Großteil der Friedensinitiativen einnimmt. Sie sehen nicht, daß die Arbeiterbewegung die entscheidende Kraft zur Durchsetzung einer wirklichen Friedenspolitik ist und war. Sie sehen ganz einfach nur die Tatsache: Die Gewerkschaften beteiligen sich im großen und ganzen nicht an den Aktionen der „Friedensbewegung". Der Friedensaufruf des [illegible] fordert nicht einmal den Wegfall des Nachrüstungsbeschlusses. An der Demonstration am 10. 10. 81 haben zwar viele Gewerkschafter entgegen dem DGB-Beschluß als Gewerkschafter teilgenommen. Aber in Bonn waren 300 000. In der Mehrheit wahrscheinlich keine Gewerkschafter.

Der DGB hat acht Millionen Mitglieder. Was tun wir „Aktiven" in der Friedensbewegung, um die Kraft, die in dieser Zahl von Menschen liegt, für eine aktive Friedenspolitik zu mobilisieren?

Da reicht es doch nicht, festzustellen, daß wir „autonom und basisorientiert" sein müssen, und daß „unser Adressat in erster Linie die betroffene Bevölkerung" sein muß.

Wie wollen wir die „betroffene Bevölkerung" denn ansprechen? Indem wir ihnen ständig den atomaren Holocaust vor Augen führen? Das ist für die meisten einfach so unvorstellbar, daß es lähmt.

Für den 7. 11. 81 rief die IG Metall Baden-Württemberg unter der Überschrift: „Widerstand" zu einer Kundgebung gegen die Sozialabbau-Politik der Regierung auf. Statt erwarteter 20 000 kamen 70 000 Kolleginnen und Kollegen.

Anläßlich der Demonstration zur Stationierung des ersten AWACS-Flugzeuges in Geilenkirchen konnten wir feststellen, daß für die Bevölkerung dort die Auswirkungen der Stationierung z. B. hohe Arbeitslosigkeit oder, daß die Mieten steigen, weil NATO-Angehörige Wohnungen brauchen, zunächst wichtiger waren, als die Gefahr eines drohenden Atomkrieges.

Was trifft denn die Regierung? Sicher auch 300 000 Demonstranten. Aber wie wär's mit einem Warnstreik von 300 000 Arbeitern gegen den Nachrüstungsbeschluß?

Die wirtschaftliche Krise fällt zusammen mit einem verstärkten Aufrüstungskurs, der Milliardenlöcher in den Staatshaushalt reißt. Gestopft werden soll dieses Loch durch Sozialabbau.

In einem Sozialappell an die Bundesregierung — initiiert von den Falken und der Zeitschrift „Revier" — heißt es dazu: „Wohin führt eine solche Politik? Steuern wir englischen Zuständen mit mehr als drei Millionen Arbeitslosen entgegen? Werden die Enttäuschten, Verzweifelten, Hoffnungslosen abermals rechtsradikalen Rattenfängern in die Arme getrieben? Wer den Sozialstaat abbaut, muß wissen, daß er einen Grundpfeiler der Demokratie ins Wanken bringt."

Die Regierung und die herrschenden Kreise in diesem Land wissen ganz genau, wohin diese Politik führt, im Gegenteil schüren sie diese Sachen. Woher kommt denn die innere Militarisierung, die Faschisierung in diesem Staat, die sich ausdrückt z. B. im Polizeiterror auf der Startbahn West (die Demonstranten verlangen ein Volksbegehren!)?

Wem dient die Ausländerfeindlichkeit, über die Politiker aller Parteien so besorgte Worte äußern, ohne an die Ursachen heranzugehen? Wer hat etwas davon, wenn verschiedene gesellschaftliche Gruppen (Arbeitslose, Ausländer, Studenten, Arbeiter, Rentner) gegeneinander ausgespielt werden? Wer braucht eine gewisse Friedhofsruhe, um ein Programm des Sozialabbaus, der Aufrüstung und Kriegstreiberei durchzuführen? Wer hat ein Interesse daran, von den wahren Verantwortlichen dafür abzulenken? Und wer braucht dazu die Gewerkschaften?

Die „Friedensbewegung" aber, die sich gerade zur Aufgabe gesetzt hat, Aufrüstung und Kriegstreiberei zu verhindern, pflegt ihre Autonomie!

Wir sagen ganz einfach: Friedensbewegung ohne Arbeiterbewegung, ohne die Mitglieder der Gewerkschaften kann einpacken, wird die Aufrüstung und den Krieg nicht verhindern können.

Wir müssen also gemeinsam mit der Arbeiterbewegung, mit den Mitgliedern der Gewerkschaften arbeiten. Das geht natürlich nicht, wenn wir uns als Elite und Vorreiter der Friedensbewegung aufspielen und dadurch notwendige Lernprozesse abblocken und verhindern. Daß das schwierig ist, weil wir auch eine Menge dabei zu lernen haben, ist klar.

Deshalb sollte die Diskussion im Arbeitskreis folgende Schwerpunkte haben:

Wie können wir in gemeinsamer Arbeit gegen Sozialabbau und Aufrüstung vorgehen?

Wie soll diese Arbeit aussehen?

Wo müssen wir ansetzen?

In diesem Jahr wird es eine ganze Reihe von Ostermärschen geben. Aktionen, mit denen nach Verlautbarungen der Hauptveranstalter angeknüpft werden soll an die Traditionen der Ostermarschbewegung der sechziger Jahre. Die uns vorliegenden Aufrufe sind von einer Allgemeinheit und Unklarheit, daß sich das Unterzeichnen als unzweckmäßig erweist. Genossen der KPD werden dennoch in verschiedenen Orten, die von Märschen berührt werden, anwesend sein und die Politik der Partei im Friedenskampf deutlichmachen, für einen wirksamen Zusammenschluß gegen NATO-Raketen und NATO-Kriegspläne, gegen die Kriegsvorbereitungen beider Supermächte, für die Durchsetzung der in unserem Lande notwendigen friedenssichernden Maßnahmen werben.

Ostermärsche

Im Mittelpunkt der Ostermarsch-Aufrufe steht der Widerstand gegen die Stationierung neuer US-Atomraketen in unserem Land. Dieser Widerstand ist notwendig, und er wird von der KPD mit voller Kraft mitgetragen. Es ist auch klar, daß er für viele Menschen der aktuelle Anlaß ist, sich im Friedenskampf zu engagieren.

Daß die Ostermärsche als Märsche „für den Frieden" aber über die Benennung dieser Aufgabe kaum hinausgehen und ansonsten auch noch auf die Verhandlungsrunden der imperialistischen Supermächte in Genf usw. orientieren, ist ein schwerwiegender Mangel. Hier geht man noch hinter das zurück, was die gemeinsame Basis für die große Friedensdemonstration vom 10.10.81 in Bonn bildete. Kein Wort über die Ursachen der Kriegsgefahr, über die Rivalität der Supermächte, kein Wort gegen die Politik der Sowjetunion, die sich seit dem 10.10. noch deutlicher als aggressiv und friedensgefährdend entlarvt hat, auch am Beispiel Polens.

Bestimmten Kreisen, die den maßgeblichen Einfluß auf die Organisierung der Ostermärsche '82 haben — vor allem der DKP — geht es auch ganz bewußt darum, ein Fortschreiten der Friedensbewegung, wachsende Klarheit ihrer Aussagen zu verhindern, alles mit der angeblichen Rechtfertigung, die Breite der Bewegung wahren zu wollen und nicht vom aktuellen Kampf gegen Curise Missiles und Pershing II abzulenken. Musterbeispiele dafür liefern Vertreter der DKP und ihr nahestehende Organisationen auf allen Verhandlungen. Einer der in der Friedensbewegung bekanntesten Funktionäre dieser Organisationen, Gunnar Matthiessen, äußerte sich auch in einer grundlegenden Stellungnahme in der „Tat" (Nr. 11/82, S. 2).

Matthiessen wendet sich gegen jede weitergehende Stellungnahme, wobei er bewußt wörtlich nur den unsinnigen Vorschlag der Grünen anführt, in den Aufruf den Widerstand auch gegen Kernkraftwerke aufzunehmen. Es ist klar, daß der Versuch, dies zur Voraussetzung für die Teilnahme zu machen, gerade viele Kollegen abhalten wird, was maßgeblichen Kreisen bei den Grünen egal ist, aber keinem, der ernsthaft um den Frieden besorgt ist.

Matthiessen aber formuliert: „... mit der Forderung ... Die Frage der Atomkraftwerke **oder anderes** in die Aufrufe mit aufzunehmen, verbinden sich eine Reihe von politischen Problemen, die zu diskutieren sind." Und er sagt auch, wo: „... auf Seminaren, Podiumsdiskussionen, Bildungsabenden usw. ..." Diskutieren im kleinen Kreis — ja, aber nach außen tragen — um Himmels willen!

Was ist es denn konkret „**anderes**", das für die Aufnahme in die Aufrufe zur Diskussion stand?

Das sind vor allem zwei Sachen: an erster Stelle Stellungnahmen gegen die kriegstreiberische Politik der Sowjetunion, und an zweite Stelle Forderungen gegen die NATO insgesamt, Forderungen nach NATO-Austritt. Das sind für Matthiessen, der Aufklärung über die UdSSR natürlich ganz ablehnt, bestenfalls „allgemeine Überlegungen und Forderungen", die, „so wichtig sie auch im speziellen Bereich scheinen mögen, von ihnen (den Gefahren eines begrenzten europäischen Atomkrieges) objektiv ablenken". Das nennt er „Selbstdarstellungsaktionen, die den Durchführenden vielleicht phantasievoll erscheinen, aber der Öffentlichkeit nicht zu vermitteln sind", und: „eine der Erfahrungen und Erkenntnisse ist über die letzten Jahre hin, daß die Friedensbewegung nur dann politisch erfolgreich in unserem Lande sein wird, wenn sie konkrete, realistische, durchsetzbare Forderungen erhebt, zu denen sich Millionen Menschen bekennen können".

Diese Stellungnahme den genannten Gesichtspunkten gegenüberzustellen, ist reine Demagogie.

Wer der Friedensbewegung eine breitere Basis sichern will — und die DKP behauptet ja gerade, das zu wollen, und wirft andren vor, das zu verhindern — der muß Stellung nehmen zur Politik der Sowjetunion. Das fordern gerade die arbeitenden Menschen in unserem Lande in großem Maße. Hier zu schweigen, heißt sie der Hetzpropaganda der reaktionärsten, kriegslüsternsten Kreise auszuliefern. Und auch die Klarstellung, daß nicht allein die **neuen** US-Raketen, sondern die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO generell unser Land zum Kriegsschauplatz stempelt, engt die Front nicht ein; eine Massenbewegung gegen NATO-Mitgliedschaft ist „konkret, realistisch, durchsetzbar" und lebensnotwendig. Und immer mehr Menschen fordern schon heute die Lösung von der NATO, und derartige Gedanken kann man nicht erst nach dem Herbst nächsten Jahres gelten lassen wollen. Derartiges geht der DKP-Führung gegen den Strich, weil es die von ihr betriebene Orientierung auf die scheinheiligen Verhandlungsrunden der beiden größten Kriegstreiber gefährdet.

Beides lenkt also nicht ab vom Kampf gegen die US-Raketen, sondern stärkt ihn. Es bringt überhaupt nichts, dauernd immer unverbindlichere Aufrufe zu unterschreiben. Deshalb werden wir das in der Regel bei den Ostermarsch-Aktionen auch nicht tun. Aber wie gesagt, mit unseren Vorstellungen und nach den vorhandenen Kräften in den Orten, die Demonstrationen und Kundgebungen mitgestalten, die Friedenspolitik der KPD verbreiten.

Re(a)gan-Tropfen

„Anti-Reagan-Demo Schmidt: Wer mitmacht, fliegt aus der SPD!" In schreienden Lettern bejubelt die „Bild"-Zeitung die jüngste Eskalation der SPD-Politik zur Unterdrückung der Rüstungsgegner in der eigenen Partei. Noch immer steht auch die Drohung im Raum, eine Demonstration gegen Reagan überhaupt zu verbieten. Für die SPD-Führung eine reine Frage der Taktik. Wo es um die „Bündnisinteressen" geht, hören für sie alle demokratischen Freiheiten auf. Hoffentlich öffnet das noch mehr SPD-Mitgliedern oder Anhängern die Augen!

...

Reagan soll auch nach Westberlin. Eine entsprechenden Vorschlag hatte Genscher, bevor er zu seinem USA-Trip startete, bereits mit Kanzler Schmidt und dem Regierenden Bürgermeister der Stadt, von Weizsäcker, abgestimmt. Vorgesehen ist der 11. Juni. Man sei sich des Risikos bewußt, daß es „Krawalle" geben dürfte — die Hetze gegen die Gegner des US-Kriegskurses in Berlin läuft schon auf Hochtouren — aber damit werde man fertig werden. Auch hier steht ein Verbot im Raum, mit Sicherheit werden die aufgebotenen Bürgerkriegstruppen der Polizei und der Sonderkommandos neue Rekorde aufstellen. Was aber kaum dafür sorgen wird, den Protest von den Straßen Berlins zu verbannen.

...

Reagan soll vor dem Bundestag sprechen. Das fordern mittlerweile alle Fraktionen. Und sie wetteifern darum, wer's zuerst so gewollt hat. Als Wehner eine entsprechende Äußerung vor dem Bundestagspräsidium machte, beeilten sich CDU und CSU, zu beteuern, ihre Abgeordneten Werner Marx und Friedrich Zimmermann hätten diese Anregung zuerst gegeben. Jürgen Möllemann von der FDP wiederum erklärte in der „Bild", diese würden damit nur eine von ihm selbst vorgebrachte Forderung unterstützen.

Eigentlich fällt der Reagan-Besuch in eine sitzungsfreie Woche. Aber was tut man nicht alles für solch hohen Besuch.

★★★★★★★★★

Die Überlegungen sehen entweder eine Sondersitzung des Parlaments oder die Einlegung einer ganzen Parlamentswoche vor.

Diese hündische Gefälligkeit veranlaßte sogar die „Süddeutsche Zeitung" zu einem leicht angewiderten Kommentar mit dem Titel „Peinlicher Bonner Eifer"...

Ja, wir haben schon ziemlich einmalige „Volksvertreter". Das zeigt auch ein Blick ins Ausland. In England, das Reagan am 7. und 8. Juni heimsuchen will, rief das Bekanntwerden einer an ihn gerichteten Einladung der Thatcher-Regierung zu einer Ansprache vor dem Gesamtparlament große Empörung hervor. Nicht allein deshalb, weil Reagans Gesinnungsgenossin die Opposition nicht vorher gefragt hatte, sondern grundsätzlich wegen der Person des ungebetenen Gastes. Michael Foot kündigte den Widerstand der Labour-Abgeordneten an. Reagan soll wider ausgeladen werden. Geschieht das nicht, werden vermutlich die Mitglieder der Opposition der entsprechenden Sitzung fernbleiben.

...

Von heftigen Protesten der belgischen Arbeiterbewegung begleitet

Martens beginnt die dritte Runde im Sozialabbau

Arbeitslose bis 25 Jahre: 12,50 Mark pro Tag

BRÜSSEL. — Das dritte Paket von Maßnahmen will die konservative Regierung Martens in Belgien in diesen Tagen durchsetzen. Gestützt auf das Ermächtigungsgesetz für die Wirtschaftspolitik und angetrieben von einer wie tollwütig gegen die Arbeiter hetzenden Unternehmerschaft geht es weiter. Nach den Steuerbegünstigungen für die Kapitalisten und der mit der Abwertung verbundenen Streichungswelle im sozialen Bereich zum Kernprojekt der Martenschen Wirtschaftspolitik für Belgiens Krise: die Beseitigung der Versicherungen der Arbeiter.

Schon bei der Debatte über die Sondervollmachten für die Regierung hatten Martens und Co. klar gesagt, worauf sie dabei hinauswollen. Auf die Einführung des von ihnen — und nur von ihnen — so bezeichneten amerikanischen Sicherheitssystems, also jener Form der Ausbeutung, in der die arbeitenden Menschen niemals in irgendeiner Sicherheit, sondern in der ständigen Angst vor Arbeitslosigkeit und Krankheit leben müssen.

Das will man nun nicht auf einmal durchpeitschen, dafür war wohl der bisherige Widerstand der Arbeiterbewegung zu groß. Zunächst will man sich auf drei Maßnahmen beschränken, die aber bereits ein großes Loch in das bisherige System schlagen.

Zum einen soll auch in Belgien eine Selbstbeteiligung am Kauf von Arzneimitteln eingeführt werden und zwar gleich in Höhe von über vier Mark pro Mittel. Zum zweiten sollen sämtliche Kosten, die im Zusammenhang und als Folge von Verkehrsunfällen entstehen, aus der staatlichen Versicherung genommen werden und den privaten Versicherungen übergeben werden, die darauf bereits mit der Ankündigung einer Gebührenerhöhung um 5 bis 10 Prozent reagiert haben.

Und drittens soll die Arbeitslosenunterstützung ganz entschieden gekürzt werden. Vor allem den jugendlichen Arbeitslosen in Belgien, jenen zwischen 18 und 25 Jahren wird eine Existenz faktisch unmöglich gemacht. Sie sollen jetzt nur noch 12,50 Mark pro Tag bekommen — zum Leben zu wenig zum Sterben zuviel.

Die so geplante Sanierung der Wirtschaft, wie Martens diesen Kahlschlag gegen die Arbeiter nennt, soll dazu dienen, das besondere staatliche Hilfsprogramm an die Monopole zu finanzieren, das für die nächsten drei Jahre allein an direkten Hilfen rund sechs Milliarden Mark vorsieht. Steuergelder hatten schon in den 70er Jahren rund 12 Prozent des Kapitalaufkommens der belgischen Monopole bestritten, mit Sicherheit einer der wesentlichsten Gründe für die enorme Staatsverschuldung, die auch dort als Begründung für die Sparmaßnahmen angeführt wird.

Dementsprechend haben die sozialistischen Gewerkschaften erneute Kampfaktionen angekündigt, über die Fortführung der Stahlarbeiterstreiks hinaus. Die katholischen CSC-Gewerkschaften, deren Basis sich immer mehr solchen Streikaktionen angeschlossen hatte, unterstrich nochmals, daß sie sich nicht an „politischen Streiks“, wie sie den Widerstand bezeichnet, beteiligen werde, aber dafür mußte sie eine Reihe anderer Kampfmaßnahmen ankündigen, wie einen Marsch auf Brüssel, an dem sich nun auch sozialistische Gewerkschafter beteiligen wollen.



Belgische Stahlindustrie: Jahrelange Massenentlassungen machten sie zum Zentrum des Arbeiterwiderstands

Wütende US-Kampagne gegen Nicaragua

Mister Haigs Reinfall

US-Außenminister Haig hat zwar die Uniform seit einiger Zeit abgelegt, aber trotzdem erlebte er so etwas ähnliches wie Napoleon bei Waterloo. Denn als Höhepunkt der vom CIA nach altbekanntem Muster gesteuerten US-Propagandakampagne gegen Nicaragua sollte nun ein in El Salvador gefangener Soldat aus Nicaragua bezeugen, daß alle Unruhe in Mittelamerika von Managua aus gesteuert sei. Allein: Er verdarb den großen Auftritt Al Haigs. Als nämlich alle da waren, Presse, Fernsehen und was dazu gehört sagte dieser Mensch doch einfach, er sei gefoltert worden, um diese Aussagen zu machen — Licht aus, Vorhang.

Dieser „Zeuge“ sollte der Höhepunkt einer Kampagne sein, die mit dem Dokumentarfilm des CIA-Spionageflugzeuges über sowjetische Panzer in Nicaragua eine neue Stufe erreicht hatte. Die der Vorbereitung und Rechtfertigung unmittelbarer militärischer Maßnahmen der USA-Imperialisten gegen Nicaragua nämlich.

Diese Dokumente, die nach CIA-Vorstellungen einen Aufmarsch Nicaraguas im Dienste Moskaus beweisen sollen, waren die Antwort der Regierung Reagan auf Enthüllungen amerikanischer Journalisten über die Organisierung und Bezahlung einer Söldnerbande aus verschiedenen Nationen, die von den USA an verschiedenen Grenzen Nicaraguas in Stellung gebracht wurden, wofür 44 Millionen Mark losgemacht wurden.

Immer deutlicher zeichnet sich so ab, daß während die USA ihr direktes Eingreifen zur Hilfe für die blutige Junta in el Salvador verstärken, sie auch immer weitere Maßnahmen treffen, um gegen Nicaragua vorzugehen — besser gesagt, einstweilen, vorgehen zu lassen. Dazu soll eine jener Lügenkampagnen der Verbrecher im CIA dienen, mit denen schon so viele amerikanische Überfälle und Putschhilfen vorbereitet wurden. In diesem Zusammenhang fällt ebenfalls auf, daß die Washingtoner Oberherren in den letzten Wochen dazu übergegangen sind, nicht nur El Salvador und Nicaragua in ihren Reden stets zu verknüpfen, sondern auch immer regelmäßiger die „ernste Situation“ in Guatemala mit unterstreichen.

Während also Reagan und seine Leute ihre reaktionären Pläne gegenüber den Völkern Mittelamerikas immer heftiger verfolgen, immer deutlicher zeigen, daß sie zu allem bereit sind, um eine Entwicklung in Richtung auf die Unabhängigkeit dieser Länder zu verhindern, wächst in den USA selbst die Bewegung gegen Reagans Kriegspolitik in Mittelamerika. Diese Bewegung hat in der letzten Woche auch zahlreiche Kongreßabgeordnete und Senatoren sowie einige Bundesstaatsregierungen erreicht.

Nachdem sie in der Gewerkschafts- und Jugendbewegung begonnen hatte und schon zuvor in Kirchenkreisen zahlreiche Menschen aufgewühlt hatte, trägt diese weitere Verbreiterung der Opposition gegen Reagan nun dazu bei, daß der Widerstand in den USA selbst allmählich nicht mehr übersehen werden kann. „Kein zweites Indochina“ ist die Losung, die die amerikanischen Kriegsgegner und die Völker Mittelamerikas vereint.

Immer neue Enthüllungen

Türkische Junta will die Gewerkschaftsbewegung vernichten

Neue Terrorurteile

Immer mehr häufen sich in den letzten Wochen die Beweise und Zeugenaussagen über den wahren Charakter der türkischen Junta. Dabei wird deutlich, daß der Schlag von Evrens Folterknechten der türkischen Gewerkschaftsbewegung, der Arbeiterbewegung also, gilt.

Nach dem bisherigen skandalösen Verlauf des Prozesses gegen die leitenden Funktionäre des Gewerkschaftsbundes DISK, der ja bis hin zur Verhaftung der Verteidiger ging, sind in der letzten Woche erneut Tatsachen bekannt geworden, die zeigen, wie wild das Regime des Generals Evrens gegen die Arbeiterbewegung vorgeht.

Freiheitsstrafen von je zehn Jahren gab es für 21 Funktionäre der Gewerkschaft Bank-Is, weil sie sich angeblich an der „marxistischen Ideologie Albaniens“ ausrichten würden. Wohlgemerkt waren sie vom Vorwurf der „kommunistischen Propaganda“ freigesprochen worden. Aber es genügt in Evrens Türkei, eine andere Meinung zu haben, als die Generale und schon wandert man für sage und schreibe zehn Jahre in die Folterkeller der Junta.

Zur gleichen Zeit, da neue Massenverhaftungen von etwa 200 revolutionären Gruppierungen angehörenden Menschen gemeldet werden, hat der frühere Vorsitzende der Druckergewerkschaft der Türkei, Burhan Sahin, in der „Frankfurter Rundschau“ seine eigenen Erfahrungen in den Händen der Folterknechte geschildet. Seine Aussagen widerlegen einmal mehr die Behauptungen Evrens und seiner Bonner Hintermänner, es gehe lediglich um die Beseitigung von Terroristen, um die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und wie sonst noch die Rechtfertigungsphrasen der Reaktion alle lauten mögen.

In seiner Aussage wird nicht nur deutlich, daß alle jene Anklagen über die verbrecherischen foltermethoden der Juntaschergen, in der westdeutschen Propaganda stets bestenfalls als Entgleisung dargestellt, zutreffen, die von einem ganzen Arsenal von Methoden zur Zerstörung von Menschen berichten. Elektroschocks, Bastonnaden und Scheinhinrichtungen gehören offensichtlich zum alltäglichen Werkzeug der Militärdiktatur. Wobei Sahin unterstrich, daß nicht nur die leitenden Funktionäre einer solchen Behandlung unterzogen wurden, sondern auch alle jene Arbeiter, die mit Streiks den Putsch der Militärs beantwortet hatten.

Sahin selbst verlor in 105 Tagen Haft 22 Kilogramm Körpergewicht, ein Maßstab dafür, wie in den türkischen Gefängnissen Menschen zugrunde gerichtet werden sollen.

Ausdrücklich unterstrich er, daß es beim Putsch keineswegs um irgendwelchen allgemeinen Ziele gegangen sei, sondern um die Sicherung der Interessen vor allem der USA und auch anderer NATO-Staaten, und daß dies langfristig vorbereitet worden sei. So unterstreicht er auch in seiner Aussage die Tatsache, daß der Terror, der vorher von den Banden Türkes' auf den Straßen ausgeübt wurde, heute in die Kasernen und Gefängnisse verlegt ist, wo die Überlegenheit der türkischen Rasse anerkannt werden muß — notfalls unter Folter.

Wie weit dies geht, zeigt sich an einem Urteil der letzten Woche, das auch in mehreren westdeutschen Zeitungen veröffentlicht wurde. Dabei unterstrichen die Militärrichter auf die Anklagen von Verurteilten hin, ihre Geständnisse seien unter der Folter zustandegekommen, daß auch solche Aussagen, unabhängig von der Überprüfung der geäußerten Vorwürfe, für sie vollkommen rechtsgültig seien...

Die Saat geht auf

China modern

Die großen Modernisierungen des Teng Hsiao Ping schlagen in der VR China offensichtlich voll durch. Nicht mehr wie einst, zu Zeiten des großen Steuermanns die Billigung kapitalistischer Existenz hinter revolutionären Phrasen, sondern ganz handfeste, modern korrupte Geschäftemacherei — so wird heute die privilegierte Klasse reich und reicher. „Wer es zu Reichtum bringt, muß fähig sein“ — so schreibt es die „Pekinger Volkszeitung“, angeblich Organ einer Kommunistischen Partei.

So ging jetzt auch durch verschiedene westdeutsche Organe eine Nachricht — von deren Sorte es in chinesischen Zeitungen täglich massenhaft gibt —, daß man sich jetzt vorgenommen habe, die Korruption besser zu bekämpfen.



Die neuen Reichen werden mit Autospekulation zu Millionären

Aufgeworfen hat diese Probleme vor allem der Fall des Schwarzhändlers Chen Xihai, der es mit seinen Bestechungsaffären zu sage und schreibe anderthalb Millionen Mark Privatvermögen brachte. Bei einem Monatslohn von 80 Mark für einen chinesischen Arbeiter wahrhaft ein Traumbesitz.

Sein Königreich war der Autohandel: Er beschleunigte die Lieferungen und ließ sich dies fürstlich bezahlen. Klar: wer schneller an einen LKW kommt, kann früher in weitere Bereiche liefern, mehr liefern, mehr verdienen und läßt dafür auch einiges springen. Und die Funktionäre der Teng-Partei sorgen schon für eine frühere Zuteilung, wenn man für sie auch etwas übrig hat. Und diese Schaltstelle hatte eben jener Chen Xihai besetzt, der in wenigen Jahren vom kleinen Angestellten zu einem der reichsten Männer Chinas wurde.

Mit ihm flogen jetzt übrigens nicht nur 95 bestochene Staatsfunktionäre auf, sondern es wurde auch bekannt, daß sich die Leitungen von 125 Betrieben oder sonstigen wirtschaftlichen Einrichtungen an diesen Schiebergeschäften nicht nur beteiligt, sondern auch bereichert haben.

So kann man leicht eine gewisse Verallgemeinerung ziehen. Also im Fall des Schieberkönigs waren rund 500 Personen beteiligt — die übrigens mit rund einer Million Mark bestochen wurden — und für 2000 Mark, die das pro Kopf ausmacht, muß ein Arbeiter eben 25 Monate arbeiten — was den Schluß zuläßt, daß wenn täglich Dutzende solcher Fälle, wenn auch kleineren Ausmaßes bekannt werden, daß diese Schiebereien, mit denen Grundstöcke für ein Kapitalvermögen geschaffen werden, doch mit der Beteiligung von einigen zehntausend Funktionären vor sich gehen... Daß übrigens unter den Beteiligten mehrere sind, die früher wegen Bestechung verurteilt worden waren und als „Opfer der Viererbande“ aus den Gefängnissen kamen, zeigt auch, wer Tengs Freunde und Nutznießer sind.

Die Führungsspitze jedenfalls ist ärgerlich, denn so gerät ihr Programm, mit dem sie eigentlich selbst reich werden wollte, ganz und gar aus seinen Fugen. Der Bestechung überführte Staatsfunktionäre, die auch Mitglieder der sogenannten Kommunistischen Partei in China waren — und trotz Prozesse noch sind — verteidigten sich mit Hinweis darauf, daß dies ja alle täten.



Bewaffnete Kräfte der FDR kontrollieren heute einen Großteil des Staatsgebiets

Vor den „Wahlen“ in El Salvador: CDU-Propaganda

ITT kandidiert

Die für den 28. März großartig angekündigten Wahlen in El Salvador sind eine einzige Farce, und dies aus verschiedenen Gründen. Zum einen hat die Opposition des Landes, die in der FDR (Demokratische Revolutionsfront) vereinigt ist, sich geweigert sich an diesem Schauspiel zu beteiligen. Weshalb auch der sogenannte Wahlkampf hauptsächlich darauf abzielt, die Einwohner überhaupt zur Wahl zu bewegen, egal, für wen sie stimmen. Und zum zweiten weiß niemand, wer eigentlich wahlberechtigt ist, wer wo lebt und ob überhaupt, da nahezu die gesamte Verwaltung des Landes zusammengebrochen ist und lediglich noch Zettel als Ausweise bestehen, die beliebig auszufüllen sind. Unter diesen Umständen überrascht es nicht, wenn außer der CDU, selbst die europäischen konservativen Parteien sehr distanziert zu diesen Wahlen Stellung nehmen, mehrere Regierungen sie offen ablehnen.

Wer steht denn da zu Wahl — das ist die erste Frage, die man sich stellen muß Und das ist in der Tat bereits sehr bezeichnend Denn, zur Wahl steht eigentlich nur die Junta. Und zwar zum einen jene Fraktion der Christdemokraten, die es mit Napoleon Duarte hält, dem zivilen Strohmann der Militärdiktatur Ein anderer Teil der Partei hat sich der FDR angeschlossen Die Junta aber, das ist der amerikanische Multi ITT, der den starken Mann Oberst Jorge Garcia zum Manager und Terroristen ausbildete und auch den Oberst Gutierrez, den zweiten Mann der Diktatur Diese beiden Obristen standen und stehen von jeher im Sold von ITT, die ja bereits den chilenischen Schlächter Pinochet an die Macht brachte.

In Konkurrenz zu diesem blutigen Trio steht ein Mann mit einer „Partei“, der nur einen Unterschied zu seinen Konkurrenten aufweist: daß er noch blutiger ist als sie: Roberto d'Abuisson, der Chef der „Union der weißen Guerilla“, die im Massenmorden Garcias berüchtigte ORDEN-Truppen schon fast eingeholt haben. Dieser d'Abuisson, ein Schüler des in Uruguay von den Tupamaros hingerichteten CIA-Folterexperten Mitrione, hat die besten Verbindungen zu eben jenem Mister Lafontaine, der als Autor der vor einiger Zeit bekannt gewordenen „Santa-Fe-Studie“ traurigen Ruhm erlangte. Lafontaine ist heute Reagans Mittelamerikaberater

Ob nun die rechten Christdemokraten, die ORDEN, oder die „Weißen“ diese Wahl gewinnen, das ist wahrlich nicht interessant. Denn sie wollen sich lediglich gegenüber dem Geldsegen, der aus den USA kommt, wichtig machen. Und es steht mit Sicherheit zu erwarten, daß sie ebensolche „Wahlerfolge“ verbuchen werden wie jüngst ihre Nachbarn und Freunde in Guatemala.

Daß nun gerade die westdeutsche CDU als einer der wenigen Parteien selbst der Rechten diese Wahl auch noch unterstützt, hängt nicht allein mit der Propaganda des Herrn Geißler zusammen, der auf seiner Reise durch das Land etwas sah, was außer ihm noch kein menschliches Auge erblikken konnte: eine Landreform.

Es hängt auch damit zusammen, und dies vor allem, daß es lange gepflegte Verbindungen der Christdemokraten mit jenem Mann gibt, der für die Organisierung dieser Wahl zuständig ist Innenminister Delgado Daß er nebenbei auch für die Verfolgung der Opposition zuständig ist und langjähriges Mitglied der faschistischen ORDEN-Banden, das macht den Leuten Helmut Kohls ja nichts aus, tötet er doch für die freie Welt des Ronald Reagan Diese Beziehungen zu Delgado waren auch die Quelle für mehrere hunderttausend Mark, die die dortigen Sicherheitskräfte von der CDU-Adenauer Stiftung erhielten.

Daß verschiedentlich Spezialisten des Terrors zu Besuch bei der westdeutschen Polizei waren und sich fachmännisch mit modernen Methoden der Überwachung usw. unterrichten ließen, war schon verschiedentlich durch die Presse gegangen, auch der „Rote Morgen“ berichtete darüber Auch diese Besuche, wie auch Beratungen des Verfassungsschutzes, waren von der CDU organisiert, wobei aus der SPD niemand dagegen protestierte

Die Wahlfarce in El Salvador soll ja nicht vor allem dazu dienen, das eigene Volk zu betrügen — dort weiß man heute schon sehr gut, wo man dran ist, sondern es soll damit eine offenere internationale Unterstützung von allen reaktionären Kräften ermöglicht werden. Dafür setzt sich eben auch und gerade die CDU ein, ihrem „Vorsitzenden“ Reagan treu ergeben Tragen wir dazu bei, daß es nicht gelingt!

Solidarität mit dem Befreiungskampf in El Salvador!
Solidarität mit der FDR!


Duarte — Strohmann der USA-Imperialisten.

Immer mehr Kräfte gegen die Junta in El Salvador

Zweieinhalb Jahre wachsende Isolation

Als im Oktober 1979, vor zweieinhalb Jahren also, der Oberst Romero durch einen Militärputsch gestürzt wurde, sollten die Putschisten zunächst als Kräfte des Fortschritts und der Reformen dargestellt werden. Ein Putsch fortschrittlicher Kräfte der von den USA organisiert war — wie konnte das sein? So fragte man sich damals. Wobei viele antiimperialistischen Kräfte sich zunächst dadurch täuschen ließen, daß auch Sozialdemokraten und Mitglieder der revisionistischen KP El Salvadors sich an der Junta beteiligten, bzw. sie unterstützten. Die großen Organisationen der Volksopposition, die sich damals bereits seit anderthalb Jahren im bewaffneten Widerstand befanden, weigerten sich von Beginn an, an der Junta teilzunehmen.


Auch dieses Massaker sollte zunächst den Guerillas in die Schuhe geschoben werden, bis klar wurde, daß es die Regierungstruppen waren.

Die Hintergründe dieser Entwicklung sehen folgendermaßen aus Die Widerstandsbewegung des Volkes gegen die Diktatur der 14 Familien, denen das Land gehört, war in den Jahren zuvor erneut mächtig angewachsen. Die Reaktion wußte darauf nur eine Antwort blutige Unterdrückung

Das trieb aber eben dieser Bewegung immer mehr Menschen zu — was die US-Regierung Carters dazu brachte, wie auch schon in anderen Ländern vorher, auf eine Mäßigung zu drängen — vergeblich. Also suchte man sich solche Kräfte, die proamerikanisch waren und reformwillig und inszenierte einen Putsch. Landreform und Aussöhnung waren die Parolen Aber die Großgrundbesitzer waren gegen die Landreform und ihre ORDEN-Banden gegen die Aussöhnung Und was in Persien beispielsweise eine gewisse Zeitlang funktioniert hatte und in Vietnam mit Brachialgewalt durchgesetzt worden war, nämlich eine Pseudolandreform, dies wurde hier abgeblockt zumal die putschenden Militärs sich gegen ihre reaktionären Mitverschwörer, die nur an Romeros Stelle gelangen wollten, nicht durchsetzen konnten.

Binnen weniger als einem halben Jahr hatte die Junta sich in ihrer Zusammensetzung nahezu völlig gewandelt es waren nur noch jene übrig, die von Beginn an gegen jede Reform eingestellt waren. 800 Bauern, die ein paar Stückchen Erde erhielten, waren dann auch das gesamte Ergebnis dieser „Reform“ Heute sind die meisten von ihnen tot

Inzwischen waren immer mehr derjenigen Kräfte, die ursprünglich an der Junta nach Romeros Sturz teilgenommen hatten, zur Opposition übergewechselt sowohl die sozialdemokratische Partei als auch die revisionistische KP, als auch Teile der christdemokratischen Partei und der Armee

Nach der Ermordung des Bischofs Romero war auch die Basis der christdemokratischen Partei in Massen von den Verantwortlichen auf der Regierungsseite abgefallen und zur FDR übergegangen. Die FDR wurde durch diese Entwicklung von einer Frontorganisation, die die linken politischen Organisationen, einen Teil der Gewerkschaften und die Mehrheit der Landarbeiterbewegung vertrat, zu einer breiten Volksbewegung, die nahezu alle Schichten umfaßte und vertrat — bis auf die Reichen und ihre staatlichen und privaten Truppen.

Die bestialischen Vergeltungsfeldzüge, mit amerikanischen und israelischen Waffen ausgeführt, von amerikanischen Beratern angeleitet, vor allem die vier „Großoperationen“ der beiden letzten Jahre, haben schließlich auch noch jenen bis dahin apathischen oder neutralen Teil der Bevölkerung im Land und in den kleinen Orten gegen die regierende Junta aufgebracht

So ist es sicherlich nicht übertrieben zu sagen, daß die zweieinhalb Jahre Junta ein Zeitraum wachsender Isolation der Regierung vom Volk, des immer mächtigeren Ansturms des bewaffneten Widerstands waren Und die einzige feste Stütze, die dieses Regime noch hat, sind die Dollars, die Waffen und die Militärs aus den USA und die von ihnen kontrollierten Söldnerarmeen Und obwohl dieser Hilfsstrom aus Washington seit Reagans Amtsantritt entscheidend verstärkt wurde, reichte er nicht dazu aus, der Opposition entscheidende Schläge zu versetzen, bestenfalls zur Aufrechterhaltung eines Gleichgewichtszustands reichte es.

Deshalb wird von den äußersten Reaktionären im Lande, in einem Zuge mit dem Santa-Fe-Komitee des „Ehrenguerillas der Weißen Union“, Mister Lafontaine, und inzwischen auch offiziellen Regierungssprechern der USA immer mehr der Einmarsch von US-Truppen verlangt


Ehemalige Soldaten bilden Kämpfer der Befreiungsbewegung aus.

Das Märchen von den „Verbrechen beider Seiten“

Die Nonnenmörder von Salvador

Am 2. Dezember 1980 waren vier amerikanische Nonnen ermordet worden — für die amerikanische Propaganda zunächst ein Mittel der Hetze gegen den Widerstand. Dann, ganz schnell, zu einem Beispiel für „arme und unschuldige Opfer zwischen den Fronten“ benutzt. So funktioniert die Lügenpropaganda, die die 30 000 Todesopfer der Reaktion einem Kampf zwischen Regierung und Opposition zuschreiben möchte, unter dem die neutrale Bevölkerung leide. Daß es sich ganz anders verhält, beweist aber gerade der Mord an den Nonnen.

Am Tag zuvor hatte, laut Auskunft eines später geflohenen Junta-Mitglieds, Oberst Garcia bei einer Sitzung der Junta gesagt, die Nonnen aus USA, die sich im Lande befänden, würden alle für die Guerilla arbeiten.

Am nächsten Tag waren vier Nonnen ermordet und verscharrt worden. Wegen des allgemeinen Aufsehens untersuchte eine Kommission der Regierung der USA (!) diesen Vorfall und kam schnell zum Ergebnis, daß dies ein Werk irgendwelcher extremistischer Kräfte gewesen sei.

Erst ein Jahr später, nachdem in den USA die Regierung ausgewechselt worden war und mit ihr auch der Botschafter der USA in El Salvador, packte der frühere US-Botschafter White aus. Er gab zu, daß es natürlich Mitglieder der Regierungsstreitkräfte gewesen seien und, daß die Mörder auch namentlich bekannt seien.

Zwei Tage später wiederum gab die Junta bekannt, sechs Mitglieder der Nationalgarde seien wegen Mordverdachts verhaftet worden. Neues gibt es darüber bis heute nicht. Dafür aber fand die US-Vertreterin bei der UNO, die sehr ehrenwerte Mistress Kirkpatrick wiederum einen Tag später eine neue Erklärung: Es habe sich um ein Feuergefecht gehandelt, die Nonnen hätten unabsichtlich eine Straßensperre durchbrochen..

Als sie daraufhin daran erinnert wurde, daß drei der Opfer mit Kopfschüssen aus nächster Nähe ermordet worden seien, zudem zwei davon noch lebend vergewaltigt, hörte sie auf, neue Erklärungen zu bieten.

Bonner Parteien solidarisieren sich mit Spendenbetrügern

„Generalangriff gegen die ganze Führungsschicht“

Es gibt sie noch, die vielbeschworene „Solidarität der Demokraten“. Trotz allen Gezänks zwischen den Koalitions- und Unionsparteien hat sich jetzt in der Bonner Szene eine Allianz zwischen allen Parteien herausgebildet. Ihr gemeinsamer Nenner: Solidarität mit all



„Im Namen der Parteien: Freispruch“

jenen Spitzenpolitikern, gegen die wegen des Verdachts auf Steuerbetrug und Bestechung ermittelt wird.

Der Kanzler persönlich gab die Richtung an: „Mein Vertrauen in diese Männer ist überhaupt nicht beeinträchtigt. Wenn man angegriffen wird, braucht man die Solidarität des Nebenmanns.“ Minister Baum bemühte im Zusammenhang mit einer Ehrenerklärung für „diese Männer“ sogar den Vergleich mit der RAF: „Auch Regierungsmitglieder haben einen Anspruch auf Schutz vor einer öffentlichen Hinrichtung, bevor ein Gericht gesprochen hat. Nicht nur Horst Mahler und Astrid Proll.“

Man versucht also, die Mitleidtour ins Spiel zu bringen, indem man die Sache so hindreht, als stünden die Herren Lambsdorff, Matthöfer, Kiep usw. schlimmer da als irgendein Mitglied oder Sympathisant der RAF. Von einer solchen Verdrehung der Tatsachen ist es dann nicht mehr weit bis zu einer Position, aus der die der Korruption verdächtigten Politiker als arme, unschuldige Opfer erscheinen. Hier hat Franz Josef Strauß die deutlichsten Worte gesprochen, als er kürzlich sagte, nicht das Verhalten der Lambsdorff und Matthöfer sei der eigentliche Skandal; skandalös sei vielmehr, daß aus den Ermittlungsakten öffentlich zitiert und so das Ansehen „bedeutender Politiker“ herabgesetzt würde.

Die eigentlichen Verbrecher sind nach dieser Logik also nicht diejenigen, die sich durch Millionenspenden politische Macht erkauft haben, nicht diejenigen, die fortgesetzt Steuern hinterzogen und die sich haben kaufen lassen. Die Verbrecher sind vielmehr unter denen zu suchen, die solche kriminellen Praktiken enthüllt und den Bonner Sumpf der Korruption offengelegt haben. Zu dieser reaktionären Logik paßt auch die Tatsache, daß inzwischen gegen Beamte im Justizapparat, die im Verdacht stehen, Akten an die Presse weitergegeben zu haben, Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden. Um weiteren Enthüllungen vorzubeugen, um den Spendenskandal im Interesse der Bonner Allianz und ihrer Geldgeber unter Ausschluß der Öffentlichkeit abwickeln zu können, lassen sich Bundesjustizminister Schmude und seine Amtskollegin in NRW, Donnepp, übrigens seit einiger Zeit nur noch mündlich über die Ermittlungsergebnisse in Sachen Flick Bestechung und Spendenaffäre unterrichten.

Die Springer-Presse hat zu der Bonner „Solidarität der Demokraten“ ein Scherflein nach Art des Hauses beigetragen. Sie „enthüllte“, daß alles vom „Spiegel“ und vom „Stern“ über den Spendenskandal veröffentlichte Material aus dem Archiven der DDR stammt. Beweise dafür wurden natürlich — wie üblich — nicht vorgelegt. Aber der Zweck ist auch so erfüllt: Jeder, der in die Pestbeule der Bonner Korruption hineinsticht, kann als Handlanger des Stasi diffamiert werden. Oder, um noch einmal Strauß zu zitieren, als ein übles Element, das sich an einem „Generalangriff gegen die ganze Führungsschicht der Bundesrepublik“ beteiligt.

Daß sich gerade der CSU-



Erneut belastet: Leisler Kiep

Boß in der letzten Zeit für die der Bestechung verdächtigen Minister der Koalition so stark gemacht hat, ist nicht verwunderlich. Denn im Rampenlicht stehen heute zwar Regierungsmitglieder der SPD und der FDP. Aber Strauß aber dürfte hinlänglich über die Verwicklung seiner eigenen Partei in die Korruptionsaffäre unterrichtet sein. Wenn im Hause Flick beispielsweise — wie jüngst der „Stern“ berichtete — prominente Politiker mit dem Koffer angereist sind, um Barspenden von jeweils über 100 000 Mark abzuholen, dann kann man wohl davon ausgehen, daß diese Herren nicht nur von den Parteizentralen der SPD und der FDP ausgeschickt worden waren.

Zudem steht im Walter Leisler Kiep auch nach wie vor ein Spitzenpolitiker der Union im Zentrum der Spendenaffäre, der immerhin in wenigen Monaten Bürgermeister in Hamburg werden will. Kieps Name — der „Rote Morgen“ berichtete darüber — war unter Briefen gefunden worden, in denen befreundete Unternehmer zum Steuerbetrug aufgefordert wurden. Um seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen, hatte der CDU-Politiker daraufhin alle Verantwortung auf einen Mitarbeiter abgewälzt, der die betreffenden Briefe mittels eines Schreibautomaten mit dem Schriftzug „Walter Leisler Kiep“ versehen hätte.

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft Bonn alle fraglichen Briefe überprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß einige nicht von dem Automaten, sondern von Kiep selbst unterzeichnet wurden. Darunter auch ein Schreiben an einen Industriekaufmann aus Meerbusch, der von Kiep ausdrücklich dazu aufgefordert wurde, eine angekündigte Spende nicht auf das Konto der CDU einzuzahlen, sondern zum Zweck der Steuermanipulation über einen „staatsbürgerlichen Verein“ laufen zu lassen.

Ein weiterer Betrug aus dem Umkreis von Kiep ist jetzt bekannt geworden. Im Bundestagswahlkampf 1980 hatten seine Mitarbeiter eine Kampagne unter dem Motto „Treffpunkt 80“ organisiert, mit der gezielt Jungwähler angesprochen werden sollten. Ausgerichtet wurden die Veranstaltungen im Rahmen dieser Kampagne von der Agentur „Team-Promotion“. Am 5. September 1980 war man in Lüneburg. Die Rechnung aber für „die Durchführung einer Werbeveranstaltung“ schickte „Team-Promotion“ nicht an die CDU, sondern an die örtliche Kronen-Brauerei. Was in Wirklichkeit eine Politshow der Union war, wurde also als Reklame für Bier ausgegeben. Der Effekt: Die CDU brauchte keinen Pfennig auszugeben, und die Brauerei setzte das Geld als Betriebsausgaben von der Steuer ab.

Fundsache

„Das, was es jetzt an Indoktrination und Beeinflussung an hessischen Schulen gibt, das gab es in der Nazi-Zeit, als ich Abitur machte, nicht.“

Walter Picard, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Rodgau, bei einem Heringsessen der CDU [illegible]



Kalle Winkler

Mit Andreas Bortfeldt im Gefängnis

„Rebell“-Interview mit einem Jugendlichen aus der DDR

Kalle Winkler ist 21 Jahre alt, in der DDR geboren und seit drei Monaten im Westen. Genossen der KJD haben ihn für den „Roten Rebell“ interviewt. Schon wegen dieses Interviews lohnt es sich, den in dieser Woche erschienenen Rebell zu kaufen und zu lesen.

Denn Kalle Winkler hat wirklich interessante Dinge zu erzählen. Man erfährt nicht nur aus erster Hand Einzelheiten über das Alltagsleben der Jugendlichen in der DDR, sondern auch viele im Westen unbekannte Tatsachen über die Opposition gegen das SED-Regime. Kalle Winkler war bei der Straßenschlacht am Alexanderplatz dabei, als Liedermacher nach Feierabend ist er mit Bettina Wegner zusammen aufgetreten, er war bei dem unter Hausarrest stehenden Regimekritiker Robert Havemann und er hat Andreas Bortfeldt kennengelernt — im Gefängnis.

Auch Kalle Winkler landete wegen „staatsfeindlicher Hetze“ hinter Gittern. Anschaulich beschreibt er in dem RR-Interview die Bedingungen, unter denen auch die gefangenen Genossen und Freunde der KPD leben müssen. Imfolgenden veröffentlichen wir einen Ausschnitt aus dem RR-Interview.

KJD: Wie war es denn so im Knast?

Ich hab zunächst fast 8 Monate in Pankow gesessen, in der Stasi-U-Haft. Davon zwei Monate in der Nachbarzelle von Andreas Bortfeldt. Wir haben uns da immer unterhalten, mit Klopfzeichen.

KJD: Hast du rausgekriegt, warum der sitzt?

Wir haben uns so unterhalten, und er signalisierte „KPD/ML Sektion DDR“, und da wußte ich Bescheid.

KJD: Hast du da schon vorher was von gehört?

Ja, ich habe schon mal Flugblätter bekommen, Freunde haben die auch bekommen. Mehr weiß ich eigentlich nicht, weil die sich ja auch unheimlich abgeschirmt haben, was ja auch richtig ist. Wir haben immer gesagt, man kann zwei Sachen machen. Entweder macht man Öffentlichkeitsarbeit, das, was wir versucht haben mit den Liedern — oder man macht illegale Sachen und muß sich dann ziemlich abschotten nach außen.

In Pankow hab' ich dann immer gehört, wie die die Erkennungsmelodie von Radio Tirana gepfiffen haben, ich schätze sechs, sieben Leute müssen da

Ich hatte noch das Glück, daß ich nach etwa sieben Monaten mit einem zusammengelegt wurde, der mit dem Andreas in einer Zelle zusammengelegen hatte. Der hat auch 'ne Menge erzählt.

Mit dem Andreas hab' ich oft Schach gespielt, so durch die Wand, mit Klopfzeichen. Das haben natürlich irgendwann die Stasi-Typen mitgekriegt. Andreas wurde dann eine Zelle weitergelegt, da war dann eine frei zwischen uns.

Ich hab' ihn übrigens niemals gesehen. Da ist die absolute Isolierung. Man sieht nie einen anderen. Bei der Stasi in Pankow, wo auch die Genossen der KPD sind, hat man keinerlei Kontakt.

KJD: Erzähl man was von den Haftbedingungen.

Wo der Andreas ist, in Pankow, da hast du überhaupt nichts, nicht mal was zu schreiben. Manchmal kriegt man mal das ND zu lesen. Der einzige Kontakt nach außen läuft über Besuche, das können nur Verwandte ersten Grades, also Geschwister, Ehefrauen/Männer oder Eltern machen, die haben auch Schreibkontakt.

Beim „Sprecher“, also beim Besuchstermin, sitzen immer die Vernehmer dabei, zweie gleich.

Dann kommt man in einen anderen Raum, kann die Knastkleidung, so 'nen Schlosseranzug, ausziehen, kriegt seine Privatklamotten — das ist auch schon mal ein schönes Gefühl. Dann sitzt man in der Zelle und wartet bis man dran kommt und in den Besucherraum geführt wird. Da haben die mit mir ein paarmal solche „Spielchen“ gemacht. Da haben die mich vier Stunden hocken lassen, und dann hieß es: „Wieder umziehen“ und zurück!

Wenn man aber Besuch hat, dann sitzt man so einem gegenüber, direkt daneben sitzt der Vernehmer und in der Ecke noch ein Wachbulle.

Man darf nicht reden über den Fall, also warum man drinnen ist, man darf keinen Leuten Grüße bestellen, man darf nicht übers Gefängnis reden, über die Haftbedingungen, nicht über andere Gefangene, über nichts, was mit der ganzen Sache zu tun hat. Da bleibt dann noch das Wetter, „Wie gehts dir?“ „Gut.“, mehr ist nicht.

Das ist auch nur eine halbe Stunde. Mit dem Briefeschreiben ist es ähnlich. Die Sachen, die man nicht erzählen darf, darf man auch nicht schreiben. Trotzdem ist der Entzug des „Sprechers“ ein großes Druckmittel, genau wie Einzelhaft, das hatte ich auch mal



Preis 0,50 DM.
Zu bestellen bei: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.



Samstag, 20. März
21.25 Uhr, WDR III
Die Marx Brothers auf See. In dieser Komödie von Norman McLeod aus dem Jahr 1931 geben die vier Marx-Brüder Groucho, Harpo, Chico und Zeppo als blinde Passagiere auf ein Schiff nach Europa.

***

Sonntag, 21. März
10.25 Uhr, ZDF
Clavigo. Goethes Trauerspiel um den Dichter Clavigo wird in einer Aufführung des Westberliner Schloßpark-Theaters (Inszenierung: Willi Schmidt) gezeigt. Mit Klaus Kammer, Erich Schellow und Karin Remsing.

***

Sonntag, 21. März
20.30 Uhr, WDR III
Aus der Geschichte der Arbeit. Im Mittelpunkt der vorletzten Folge dieser Serie steht die Entwicklung von Computertechnik und Mikroelektronik in der jüngsten Zeit.

***



Montag, 22. März
20.15 Uhr, ZDF
Faust. Noch mal Goethe aus Berlin: Klaus Michael Grüber hat Goethes absolutes Meisterwerk mit Bernhard Minetti in der Titelrolle an der Freien Volksbühne inszeniert. Mit Peter Fitz, Nina Dittberner u. a.

***

Montag, 22. März
23.30 Uhr, ARD
Vier Gesichter einer Stadt. Antonio Eguino schildert in diesem Spielfilm vier Schicksale aus der bolivianischen Hauptstadt La Paz.

***

Dienstag, 23. März
21.20 Uhr, ZDF
Schwierigkeiten beim Atmen. In der „Reihe Betroffen“ berichtet Rudolf Blank über einen ehemaligen Asbestspritzer, der sich bei seiner Arbeit eine schwere Lungenkrankheit zugezogen hat.

***

Mittwoch, 24. März
21.45 Uhr, WDR III
Afghanistan — ein Land leistet Widerstand. Im vergangenen November sind zwei französische Reporter mit einem Trupp von Partisanen bis in die Nähe der Hauptstadt Kabul vorgedrungen und haben über ihre Erlebnisse diese Bericht gemacht.

***

Donnerstag, 25. März
21.00 Uhr, ARD
Scheibenwischer. Neue Folge von Dieter Hildebrandts satirischer Sendung.

***

Freitag, 26. März
21.50 Uhr, NDR III
Der Aufstand. In der Reihe „Fernsehspiel des Zuschauers“ wird Peter Lilienthals Spielfilm über den Kampf des Volkes von Nicaragua gegen die Somoza-Diktatur wiederholt.

Die neue LP von Peter Maffay

„Ich will leben"

Einen „Siegeszug durch Deutschland" meldete jüngst triumphierend die „Bild"-Zeitung. Keine Angst: Da hatte sich nicht die US-Eingreiftruppe auf den Weg gemacht. Zu berichten war lediglich von einer Konzert-Tournee der Herren Roland Kaiser, Peter Alexander, Howard Carpendale und Heino — letzterer übrigens gerade zurück von einer Sing-Safari durch die frühere deutsche Kolonie Namibia.


Siegeszug durch Deutschland

Sie singen Ja zum Leben, Ja zur Liebe

Auszug aus der „Bild"-Zeitung

Nun gehört es ja zum üblichen Stil von „Bild", solchen bedeutenden Großereignissen auch entsprechend bedeutsame und groß aufgemachte Artikel zu widmen. Zumal der Springer-Konzern bei der Alexander-Tour auch mit im Geschäft war. Dennoch ging es hier nicht nur um eine Investition, die sich irgendwie bezahlt machen mußte. Es ging um viel mehr. Die Herren Heino und Co. nämlich — das war dem erwähnten Artikel zu entnehmen — standen im Konzertsaal auf Kampfposten. Als sie so siegreich durch Deutschland tingelten, haben sie einen regelrechten Kreuzzug führen müssen.

Gegen wen? Nun, hören wir die „Bild"-Zeitung: „Linke Medienmänner haben jahrelang versucht, das Gefühl schlecht zu machen. Doch je mehr die Miesmacher das Träumen verbieten wollen, desto mehr wollen die Menschen träumen." Roland Kaiser weiß: „Die Jugend will wieder romantisch sein." Und Heino, treu und trutzig wie der Schäferhund auf seinem letzten Plattencover: „Die Welt ist nicht nur kaputt und schlecht, sie ist auch schön und liebenswert. Ich singe davon, so lange ich kann." Ein Heino gibt eben nicht auf. Und wenn die ganze Welt voll linker Miesmacher wäre!

Was aber soll der arme „Bild"-Leser von der ganzen Geschichte denken? Hatte man ihm nicht immer wieder gesagt, der gute deutsche Schlager wäre gerade darum so gut, weil er mit Politik nichts am Hut hat? Nun aber wird von ihm verlangt, für sein Recht zum Träumen, für sein Recht auf die Schnulze gegen die vereinte linke Miesepeterei in Kampfposition zu gehen. Nun werden all diejenigen, die im Konzertsaal den „Siegeszug" ihrer Stars beklatschen, gar allen Ernstes zu Demonstranten erklärt. „Bild": „Da findet ein eindrucksvoller Protest statt: Die Menschen wissen, daß sie Welt schlimm ist, aber sie wissen auch, daß sie schön sein kann." (Dann nämlich, wenn Howard Carpendale seufzt, wenn Peter Alexander schmalzt und Heino die Erinnerung an große Zeiten wachruft.)

Aber wenn „Bild" jetzt schon zum Kampf für die Schnulze aufruft, dann muß es ihr ja wirklich schlechtgeben.

Und tatsächlich: Der angebliche Siegeszug der Schmalzköpfe entpuppt sich bei näherem Hinsehen als reine Schaumschlägerei. Man muß sich nur einmal die jüngsten Zahlen über die Garantiesummen der Stars vor Augen halten — immer och das untrüglichste Zeichen dafür, wer tatsächlich die meiste Popularität genießt (und damit den Plattenkonzernen die vollsten Kassen verspricht). Ganz oben steht im Augenblick Peter Maffay mit einer jährlichen Garantiesumme von 1,8 Millionen Mark, gefolgt von Udo Lindenberg, der es immerhin noch auf 1,3 Millionen bringt. Von den Kreuzrittern der heilen Welt erscheint als erster Peter Alexander, der seinem Konzern 700 000 Mark wert ist; die übrigen sind abgeschlagen, zum Teil mit deutlich sinkender Tendenz.

Wenn man also, wie das „Bild" getan hat, von einem „eindrucksvollen Protest" der Schlagerkonsumenten sprechen will, dann gilt das gerade umgekehrt: Weg von der Schnulze, die nichts anbietet als eine Flucht aus der Realität in irgendwelche verlogenen Scheinwelten. Vor allem bei der Jugend kommt so etwas längst nicht mehr an. Sie verlangt nach Liedern, die Stellung beziehen, in denen sie ihre Erfahrungen und Probleme wiederfinden kann. Peter Maffay, der Spitzenreiter hat sich darüber so seine Gedanken gemacht. Er sagte in einem Interview: „Der Schlager kann nicht mehr lügen, daß sich die Balken biegen. Es gibt einen anderen Anspruch. Wenn die Leute hier vor der Haustür Probleme haben, und ich pack das nicht an, fragen sie: Was macht der denn überhaupt? Und ich bin doch ein Teil der Leute. Ich lebe mittendrin. Würde ich mich alldem, was um mich herum passiert, verschließen, müßte ich lügen."

In diesem Bekenntnis liegt der Schlüssel für den kometenhaften Aufstieg des Peter Maffay. Da ist zunächst einmal der immer wieder plakativ herausgestellte Anspruch auf Ehrlichkeit. Maffay vermitteln seinen Zuhörern das Gefühl: Hier ist einer, der uns nicht mit den alten Herz-Schmerz-Reimen und all dem üblichen Tralala verarscht, sondern einer, der zu dem steht, was er sagt. Wie schon auf der LP „Revanche" finden sich auch auf der neuen Platte „Ich will leben" ständig bekennerhafte Sätze wie „Ich bin dafür" oder „Ich schwöre: Dazu stehe ich."

Hinzu kommt die Tatsache, daß Maffay seine jugendlichen Fans nicht wie Idioten behandelt, sondern sich schon auf ihre Gefühlswelt einläßt. Im Titellied der neuen LP beispielsweise spricht er den in dieser Gesellschaft immer wieder enttäuschten Wunsch nach persönlicher Entfaltung an: „Alles zu entdecken, was ich noch nicht kenn' / und daran zu glauben / daß es keine Grenzen gibt." Und dann eben auch: „In mir ist die Kraft, die sagt mir, ich schaff's." Gerade dieser trotzige Verweis auf das eigene Widerstandspotential, der sich in vielen Maffay-Liedern findet, trägt wohl ganz entscheidend zu deren Erfolg bei. Er trifft nicht nur die reale Lage der Jugendlichen, die sich ja tatsächlich in einer ständigen Kampfsituation befinden, sondern ermutigt auch, die eigene Kraft gegen alle Widerstände einzusetzen.

Was nun die in dem oben zitierten Maffay-Interview erwähnten Probleme „vor der Haustür" betrifft, so kann sich die neue LP wahrlich sehen lassen. Allein auf dem Titel „Ihr nicht" beispielsweise werden der Reihenfolge nach abgehakt: Kriegsgefahr, Rüstung, Walfang, Vergiftung der Meere, Robbenbabies, Beton, Chemie, Sanierung und dann wieder Bomben. Bei „Dafür" ist es noch arger: Da werden dem Hörer auf nur drei Strophen zwölf „Probleme" geboten: vom Welthunger über Friedensdemos und alleinstehende Mütter bis zu den Schwulen.

Solche Aufzählungen machen schon deutlich, wo bei Peter Maffay selbst das Problem liegt. Er spricht all diese Dinge nur an, gebraucht sie sozusagen als Zitate der Wirklichkeit, ohne sich näher mit ihnen auseinanderzusetzen. Die Konzepte, die er anbietet, sind denn auch vergleichsweise platt: „Jeder achtet jeden / Miteinander reden / Gemeinsam überlegen / wenn ihr euch entgegengeht." Dieser Schluß des Titels „Jeder gegen jeden", in dem der allgemeine Konkurrenzkampf in der bürgerlichen Gesellschaft angetippt wird, klingt schon fatal nach der Springerschen Devise „Seid nett zueinander". Vor allem dann, wenn die Wirkung solcher Texte auch noch durch den Einsatz einer gehörigen Protion Schmalz verstärkt wird. (Wobei nicht verschwiegen werden soll, daß sich Maffay auf manchen Titeln durchaus als ordentlicher Rocksänger präsentiert).

Trotz all dieser Mängel — von dem unsäglichen Titel „Lieber Gott" auf der neuen LP soll hier erst gar nicht die Rede sein — muß man Maffay aber auch vor einer vereinfachenden Kritik in Schutz nehmen. Hier hat sich vor einiger Zeit der DKP-Barde Dieter Süverkrüp hervorgetan, der dem Sänger vorwarf, mit „kaltschnäuzigem MCDonald-Sound," eine besonders abgefeimte Form der „bürgerlichen Schlagerideologie" zu praktizieren. Seine Thesen, daß auch bei Maffay alles „wieder auf das isolierte Privatglück oder -unglück" hinauslaufe, hat Süverkrüp übrigens peinlicherweise gerade an dem bekannten Hit von den „Sieben Brücken" entwickelt, den Maffay (was Süverkrüp verschweigt) von der DDR-Gruppe „Karat" übernommen hat.

Nun ist zu solcher Kritik zweierlei zu sagen. Zum einen muß man einmal das Verhältnis zwischen Maffays Produktionen und denen der „etablierten" fortschrittlichen Sänger und Gruppen betrachten. Was man Maffay an Unverbindlichkeiten zu Recht vorwirft, ist teilweise an Titeln beispielsweise der Bots genauso zu kritisieren (auch was die musikalische Belanglosigkeit betrifft). Gerade wo es um den Frieden geht, kommt auch die fortschrittliche Musikszene zum größten Teil nicht darüber hinaus, a) den Weltuntergang zu beschwören und b) ganz allgemein zum Widerstand aufzurufen. Und das leistet Maffay auf seiner letzten LP schließlich auch.

Entscheidender ist aber der zweite Gesichtspunkt: Was die „bürgerliche Schlagerideologie" auch heute erfordert, haben wir am Anfang dieses Artikels dargestellt. Diesen Forderungen jedenfalls genügt Peter Maffay nicht. Es ist eben nicht die schöne/liebenswerte/heile Welt der Heino, Kaiser und Alexander, die er besingt, es ist vielmehr die — um mit Heino zu sprechen — „kaputte", also die wirkliche Welt. Bei aller Unverbindlichkeit und Flachheit der Texte stößt er doch sein Millionenpublikum immer wieder auf die Probleme des wirklichen Lebens hin, statt es zur Flucht ins Reich der Träume einzuladen. Und Peter Maffay verliert sich auch nicht in den Zynismus, wie er jetzt in vielen Bereichen der Neuen Deutschen Welle hervorgebracht wird, sondern er bietet in der hausbackenen Form, wie es ihm seine Texter liefern, immerhin in seinen besten Liedern ein Bekenntnis zum Widerstand. Für einen Schlagersänger ist das ja schon eine ganze Menge.

Peter Maffay: „Ich will leben." Metronome 0660.482



Steinzeit im Kino

Jean-Jaques Annauds Film „Am Anfang war das Feuer"

Jeder Großfilm braucht heutzutage seine Voraus-Propaganda, vor allem, wenn er wie dieser in jahrelangen Dreharbeiten 15 Millionen Dollar verschlungen hat. So konnte man denn auch über Annauds Steinzeit-Epos, bevor es in die Kinos kam, schon Wunderdinge hören und lesen: über einen noch nie dagewesenen Standard der Maskentechnik etwa, über einmalige Dressurkünste mit gezähmten Raubtieren und anderes mehr.

Wer aber nun von dem fertigen Produkt nur ein Feuerwerk aus der Trickkiste modernster Filmtechnik mit kräftigen Showeffekten erwartete, wurde angenehm enttäuscht. Annaud hat seinen Film über das Leben in der Steinzeit ganz unspekulativ und natürlich, fast in Form einer Reportage inszeniert. Die einfache Fabel ist aus einem vor siebzig Jahren erschienenen Roman übernommen, der in der französischsprachigen Welt seinerzeit ähnlich hohe Auflagen erlebte wie bei uns die Bücher von Karl May.

Irgendwann in der eiszeitlichen Epoche vor etwa 80 000 bis 40 000 Jahren entwickelt sich diese Abenteuergeschichte: Die Sippe der Ulam wird von einem im Vergleich zu ihr primitiveren Stamm überfallen und fast gänzlich dezimiert. Die Angreifer treten das sorgsam gehütete Feuer aus, das zum Überleben der Sippe unerläßlich ist. Weil es die Ulams nicht verstehen, Feuer selbst zu entfachen, schikken sie ihre drei stärksten Männer aus, die nun die wärmende Glut neu herbeischaffen sollen.

Die Expedition dieses Trupps durch eine Landschaft voller unberührter Schönheit (gedreht wurde in Kenia, Kanada und Schottland) macht den eigentlichen Inhalt des Films aus. Vielfältige Gefahren sind zu bestehen, als da sind Attacken von Säbelzahntigern, Mammuts und Bären, aber auch Auseinandersetzungen mit einem Kannibalenstamm. Schließlich geraten die Feuersucher an einen Stamm, der schon auf einer höheren Entwicklungsstufe steht: Er lebt in Hütten, fertigt einfache Keramikgefäße und vor allem — er versteht sich auf die Kunst des Feuermachens. Es entwickelt sich zwischen dem Anführer des Ulam-Trupps und einem Mädchen dieses Stammes so etwas wie ein steinzeitliche Liebesgeschichte. Das Mädchen folgt den drei Feuersuchern auf dem Weg zurück zu deren Sippe und führt den staunenden Ulams vor, wie man mittels zweier Holzstücke Funken schlagen kann.

Jean-Jaques Annaud hat sich für seinen Film von dem britischen Schriftsteller Anthony Burgess („Uhrwerk Orange") eine 100 Worte umfassende primitive Ursprache konstruieren lassen, die von den handelnden Personen gesprochen wird. So dürfte „Am Anfang war das Feuer" wohl der einzige Film sein, der überall ohne Synchronisation eingesetzt werden kann. Die Maskenbildner haben wirklich Erstaunliches geleistet, nicht nur bei der Umwandlung der Schauspieler in Steinzeitmenschen, sondern beispielsweise auch bei den indischen Elefanten, die hier als Mammuts agieren.

Annaud ist es gelungen, diesen beträchtlichen Aufwand bruchlos in seinen Film einzuschmelzen und seine Geschichte so natürlich zu erzählen, als handle es sich um ein heute erlebtes Abenteuer. Gerade der Verzicht auf vordergründige Effekte, das Bemühen um geschichtliche Wahrheit — soweit das überhaupt möglich ist — macht diesen Film sehenswert. Man kann diesen Streifen als realistisches Märchen aus der Urzeit der Menschheit betrachten, als eine Abenteuerfilm vor ungewohnter Kulisse.

Er enthält aber auch eine Reihe von anrührenden Bildern, die es dem Betrachter erlauben, sich in diesen Menschen derFrühzeit wiederzuerkennen.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Her hafta Cuma günü çıkar

Sayı: 11 19 Mart 1982 Yıl: 16 1 DM

Geçen hafta cumartesi günü Frankfurt'ta El Salvador halkı ile dayanışma yürüyüşüne 15 000 insan katılarak ABD emperyalizmine olan nefretini dile getirdi. Bu yürüyüş ABD emperyalizminin Orta Amerika halklarına karşı izlediği saldırgan tutumunun daha da yeni boyutlar kazanmasına paralel olarak tüm dünyada Reagan'ın kışkırtmacı politikasına karşı yükselen direniş hareketinin bir göstergesidir. Dostu Reagan'a karşı böylesi bir kitle gösterisinin Frankfurt'ta yapılmasını kendisine yediremeyen Belediye Başkanı CDU'lu Wallmann önce yürüyüşü yasaklama tehdidini savurdu. Ancak bunu başaramayınca polisleri vahşice yürüyüşe katılan kitlenin üzerine saldırttı.

Sabotajlarla darbe hazırlığı mı yapılıyor?

Nikaragua'dan elinizi çekin!

MANAGUA. — ABD emperyalistleri tarafından satın alınan çeteler Nikaragua'da iki köprüyü havaya uçurdular. Bunun üzerine Sandinista devrimci hükümeti pazartesi günü ülkede sıkıyönetim ilan etti. Köprüyü havaya uçuran kiralık çetelerin yıkılan Samoza diktatörlüğünün gerek ülke içerisindeki gerekse de ülke dışındaki ücretli askerlerinden oluşturulduğu uzun zamanda beri bilinmekteydi. Geçen hafta içerisinde bu çetelerin kendilerine Reagan tarafından yapılacak olan güçlü bir desteğe sevinmeleri gerektiği belirtildi. ABD emperyalizminden güç alan çeteler şimdi ilk olarak yönetime karşı yoğun bir saldırıya geçtiler.

Görüldüğü gibi ABD emperyalistleri yakın zamanda özgür Nikaragua'ya başlattıkları kışkırtma kampanyasının başarısızlığı ile yetinmek istememektedirler. Onlar şimdi kendileri için esas konunun ne olduğu açıkca ortaya koymaktalar. Reagan ve onun arkasındaki dolar kiralları için esas konu, Nikaragua devrimci hükümetinin devrilmesi demektir.

Sandinista Hükümeti'nin sıkıyönetim ilan etmesi ve ülkedeki silahlı kuvvetleri seferberliğe çağırması ABD'nin savaş provakosyonuna verilmesi gereken en doğru cevaptır. Hükümet bununla en geniş yığınların ABD emperyalizminin uşaklarına karşı mücadelede kazanılan özgürlüğün kararlı bir şekilde korunması talebini yerine getirmektedir.

Nikaragua'ya karşı yoğun ve merkezi olarak yönlendirilen sabotaj eylemlerine başvurulması, ABD emperyalizminin Orta Amerika'yı işgal etmesi yönünde yapılığı bir başlangıçtır. ABD emperyalizminin bu rotayı izleyeceği uzun zamandan beri bilinmekteydi.

Reagan ve şürekası Nikaragua'da tekradan eski saltanatlarını elde etmek istiyorlar. Onlar El Salvador kurtuluş hareketini döktüğü kanda boğmayı amaçlamaktadır. Guatemala'da ise bu yönde gelişebilecek direnişi ise şimdiden önlemek istemekteler.

Onlar kan ve barutla insan haklarını çiğnemekten, Orta Amerika halklarına karşı açık bir savaş rotası izlemekten şimdi daha da az çekinmekteler. Onlar ABD gıda, petrol, kimya ve elektrik tröstlerinin Orta Amerika halkları üzerindeki sınırsız hakimiyetini yeniden kurmayı, onların eski cennetini yaratmayı amaçlamaktalar. Ama nafile. Nasıl ki bugüne kadar halkların özgürlük istemlerini etrafa kan ve vahşet saçarak hiç bir güç bastıramadıysa, şimdi de ABD emperyalistleri de bastıramaz.

Orta Amerika halklarına karşı açık bir saldırgan savaş tehlikesi bugünlerde olduğu kadar hiç bir zaman bu şekilde artmamıştı. Ve böylesi bir saldırgan savaşın çıkmasının yegane sorumluları ABD emperyalist çetesinin elebaşlarıdır.

ABD emperyalist çetesinin saldırganlığını önlemek için Orta Amerika halklarının elinde sadece mücadeleye atılma ve dünya çapında onların mücadelelerine gösterilecek dayanışma alternatifi vardır.

Nikaragua'dan elinizi çekin!
Yanke El Salvador'dan defol!

(„Hände weg von Nicaragua")



Samoza'nın sürgündeki çeteleri ABD'de Nikaragua'ya saldırmak için hazırlanıyorlar.

Kamu İşverenleri yüzde 2 ücret zammı teklif etti

Şimdi protesto eylemleri gereklidir!

STUTTGART. — Federal İçişleri Bakanı Baum yüzde 2 ücret artışı teklifi ile toplu sözleşme turlarını başlatmaya cesaret etmektedir.

Bilindiği gibi Baum ve şürekası, bakanlar, devlet sekreterleri vs. kamu işletmelerinde çalışan bütün sıradan ücretli emekçilere göre yağlı bir sermayenin içerisinde yüzmekteler. Buna karşılık ise gene özel kurbanlar olarak seçilmek istenen kamu hizmetlerinde çalışan işçi ve emekçiler oluyor ki, bunların ücretleri, ortalama işçi ücretlerinin bile altındadır.

Kamu emekçilerine bir provakasyon anlamını taşıyan yüzde 2'lik ücret artışı teklifi ile Baum kamu emekçilerinin gerçek ücretlerinin düşürülmesini kabul etmeleri gerektiğini çok açık bir şekilde belirtmek istiyor. O bununla daha önce yüzde 1'lik kısıtlanması düşünülen maaşları bir elle verip diğeri ile geri almayı istemektedir.

Kamu emekçilerinin gerçek ücretlerinde en küçük bir düşüşü kabul etmeleri için hiç bir neden yoktur. Çünkü bugün devlet bütçesindeki açıklığın sorumlusu onlar değildirler. Bunun sorumlusu patronlar ve onların Bonn'daki sözcüleridir. Ekonomik krizin, issizliğin, patronlara ve silahlanmaya yapılan korkunç yatırımların hesabını onlar vermelidirler!

Yüzde 6,5 ücret zammı tam olarak gerçekleştirilmelidir!
Buhranın faturasını zenginler ödemelidir!

(„2 Prozentig-Provokation im öffentlichen Dienst")

Faşist cuntanın azgınca terör ve katliamları sürüyor

Üç anti-faşist daha idam edildi

İZMİR. — En küçük bir muhalefeti dahi kendisi için tehlikeli gören beşli generaller çetesi geçen hafta cuma günü de Türkiye "Komünist Emek Partisi" üyesi üç gencin daha canına kıyarak idam kararlarını onayladı. Onlar ikinci günü sabahı katledildiler. Faşist cunta onları MHP'nin bir üyesini öldürmekle suçlamaktaydı. Daha önce aynı suçlamalar faşistlerin saldırısına karşı direnenlere de yapıldı.

İdam kararlarını onaylama konusunda yurtdışında yükseltilen protestoların ve eleştirilerin sonucu belirli bir dönem sessizliği tercih eden Kenan Evren cuntası tekrar harekete geçti. Uluslararası alanda tecrit olmayı yeğlemeyen faşist cuntanın geçici sessizliği çeşitli AET temsilcileri tarafından idam cezasından vazgeçme olarak yorumlandı. Ne varki faşist cunta dün olduğu kadar bugünde bu amacından vazgeçmiş değildir. O yeni idamlarla birlikte şimdiye kadar 11 anti-faşistin canına kıyarken, buna karşı sadece iki faşist katilin idam kararını onayladı.

Ülkede kendisine karşı gelişen en küçük bir muhalefete dahi gözü dönmüşcesine saldıran faşist generaller çetesi bir taraftan MHP'li katilleri ardarda suçsuz göstererek serbest bırakırken, öte yandan ise şubat ayının sonunda başta DİSK'in avukatı Orhan Apaydın olmak üzere çeşitli bilim adamını gazeteciyi, CHP eski milletvekillerini ve öğretmenleri tutukladı.

Faşist generaller çetesi Türkiye halkının özgürlük istemini etrafa kan, vahşet saçarak bastırabileceğini sanıyor. Fakat generaller çetesi bunda yanılıyorlar. Tarihte hiç bir güç hakların özgürlük istemini zorla bastıramamıştır. Bunun için Türkiye halkı da faşist generaller çetesine hakkettiği cevabı er geç verecektir.

Kapitalizmin bunalım politikasına karşı direniş yükseliyor

İşten atmalara karşı mücadele eylemleri yaygınlaşıyor

FRANKFURT/MAINZ. — Hessen ve Rheinland Pfalz Eyaletlerinde son iki hafta içerisinde bir dizi işyerinin kapatılmak istenmesine karşı bundan etkilenen işçi ve emekçiler direnişe geçtiler. Magirus-Deutz firmasının kapatılmak istenmesi en büyük protestonun yapılmasına yol açtı. İlk olarak petrol rafinerilerinde çalışan emekçiler de seslerini yükselttiler.

Magirus-Deutz firması Mainz'ta bulunan tesislerini kapatarak 1600 işçisini sokağa atmak istemektedir. Gene komşu şehir Wiesbaden'de ise Rotaprint firması orada bulunan şubesini kapatacağını açıkladı. Firmanın kapatılması ile 400 işçi işyerini kaybetmekle karşı karşıya kalmaktadır. Ayrıca Gross-Gerau'nun Rauheim bölgesinde bulunan Caltex rafinerisi de 150 işçinin çıkışını vereceğini açıkladı. İşletme yönetimi daha önce de 100 işçinin çıkışını vermişti.

Bu nedenle bölgede uyarı grevleri yapıldı, miting ve yürüyüşler düzenlendi. Aralarında Türkiyeli işçilerinde yer aldığı Magirus emekçilerinin eylemi, en fazla katılımın olduğu eylemdi.

Bu eyaletlerdeki gelişmeler bir taraftan işçi ve emekçilerin direnişe geçerek kapitalistlerin rasyonalleştirme planlarına karşı sessiz kalmadığını gösterirken, öte yandan ise şimdiye kadar diğer bölgelere ve endüstri dallarına göre bunalımdan az etkilenen bu bölgede de kapitalist buhranın daha da ağır bir şekilde baş gösterdiğine işaret etmektedir.

Hessen ve Rheinland Pfalz eyaletlerindeki eylemlerin yanı sıra Münih'te gazete yayın evinde de protesto eylemlerine gidildi.



Rotaprint'te protesto eylemi

"Naziler Witten'den defolun!"

Yerli ve yabancıların birliğini sağlama yönünde ileri!

WİTTEN. — 26 Şubat'ta Alman faşistleri seri saldırılara geçerek Türkiyelilerin ev ve dükkanlarının, yabancıların kaldığı bir yurdun önünde parketmiş arabaların, Witten Demokratik İşçi Derneği'nin, Yugoslavların bir derneğinin ve SPD'nin Yöresel Bürosunun camlarını kırdılar. Onların saldırılarına uğrayan bir Türkiyeli işçi ise kaçarak zor kurtuldu. Bunun için faşist saldırıların ardından kurulan "Deutsche-Ausländische Freundschaftskreis" adlı komite geçen hafta bir protesto yürüyüşüne çağrı yapmıştı. Bu eyleme 500'ü aşkın insan katıldı.

Faşist saldırılara karşı düzenlenen bu eylemin çağrı bildirisinde yabancı düşmanlığının filizlenmesinin, şu ya da bu faşist örgüt ve çetenin duvarlara yazdığı yabancı düşmanlığını kışkırtan yazıların, dağıttıkları bildirilerin bazı çevrelerde yankısını bulmasının toplumsal nedenleri ortaya koyulmaktadır. Bu bildiride şöyle denilmekte; "Yabancı işçilere ve ilticacılara karşı yoğunlaşan kışkırtma kampanyasının temeli, Federal Almanya'daki ekonomik krizin derinleşmesidir. 2 milyon işsizin olması bizde sadece geçim korkusuna yol açmamakta, aynı zamanda bizi sorunların gerçek nedenleri üzerine düşünmeye ve buna karşı koyma hazırlığına sevketmektedir. Gerçek problem üzerine olan dikkatleri başka yöne kanalize etmek için 2 milyon işsizin olmasının sorumluları olarak yabancılar damgalanmak istenmektedir. Ama gerçek durumun hiçte böyle olmadığına dair bir dizi kanıt vardır. İşsizliğin sorumluları ;

1. Devletin yaptığı yatırımlar ile işyerlerini rasyonalleştirenler,
2. İşyerlerini ücretlerin düşük olduğu ülkelere nakledenler,
3. Üretimin artırılması temelinde kısa devre çalışmaya gidenler,
4. Yabancıları ucuz işgücü olarak buraya getiren ve onların sırtından kârlar edenlerdir.

Burada açıkca görüldüğü gibi yabancı ve Alman işçilerinin çıkarları ortaktır. Bunun için biz işyerlerimizi ancak ve ancak birlikte koruyabiliriz! (...)

Alman ve yabancı emekçilerin eşit şekilde yaşamaları için taleplerimiz:

★ Witten'deki faşist saldırılar hızlı ve açık bir şekilde ortaya çıkarılmalıdır.
★ Yabancıların dernekleri ve ilticacıların yurtları korunmalıdır.
★ İlticacıların şehri terketme yasağı kaldırılmalıdır.
★ Tüm sosyal yardım alanları çalışmaya tabii tutmanın hazırlığı doğrultusunda ilticacıların zorunlu olarak çalıştırılmasına son.
★ Yabancı düşmanlığına son! Dayanışma ve Halkların kardeşliği için!"

Komitenin Witten'deki faşist terörü protesto etmek için çıkardığı yürüyüşe çağrı bildirisindeki bu talepler aynı zamanda da yürüyüşte gür bir şekilde dile getirildiler.

Protesto eyleminde dikkatleri çeken bir nokta ise şuydu: DGB Bölge Yönetimi'ne eylemi desteklemesi için çağrı yapılmasına rağmen, o buna katılmayı reddetti. Ama diğer yandan da sendika patronları işçilerin çıkarını savunmak kendilerinin bir görevi olduğunu ileri sürerler. Peki yabancı işçi ve ailelerine yönelen bu saldırıyı protesto etmek DGB'nin de bir görevi değil midir?

Ayrıca saldırıya uğrayan SPD Bölge Yönetimi de eyleme katılmayarak sessiz kalmayı tercih ettiği gibi, aynı zamanda DKP'lilerde (Alman revizyonist partisi) bir yabancılara yönelen bu saldırıya karşı çıt dahi çıkarmadılar.

Partimiz KPD bu eylemin yapılabilmesi için kendi payına düşeni yerine getirmeye çalıştı.

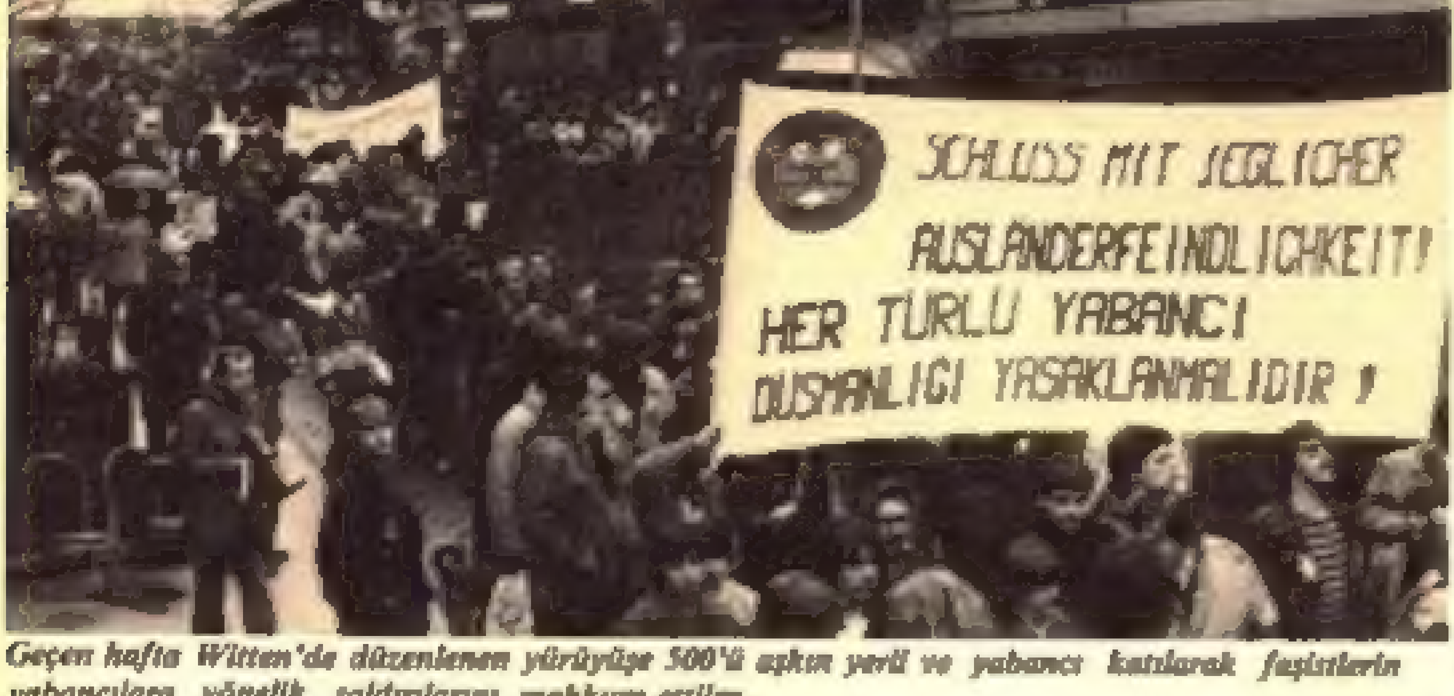
Tüm olumsuzluklara rağmen, 13 Mart Cumartesi günü Rathausplatz'ta başlayan yürüyüşe 500'ü aşkın yerli ve yabancı katılarak Nazilerin yabancılara yönelik faşist saldırılarını kınadı ve devletin bu faşist saldırganları cezalandırmak yerine, onların yabancı düşmanlığını kışkırtan eylemlerine izin vermelini, hatta bunları maddi olarak desteklemesini mahkum ettiler.

Miting alanına varıldığında papaz Ecke yaptığı konuşmada bugün yoğun bir şekilde kışkırtılan yabancı düşmanlığının Hitler Almanya'sında Yahudilere karşı sürdürülen düşmanlık ile bağını kurdu. Ondan sonra GEW adına konuşan bir bayan arkadaş ise, GEW üye toplantısında yürürüyüşü desteklemek için kararlaştırılan bir mesajı okudu. Bu mesajda devletin eğitim politikası eleştirilerek, yerli ve yabancıların okul eğitimi sorunlarını çözmek için yeterli önlemler almadığı, öğretmenlerin azlığından dolayı okullarda derslerin yapılamadığı belirtilmektedir. Konuşmacı arkadaş yerli ve yabancıların eşit hakların tanındığı bir eğitim talebini ve herkese iş hakkını ileri sürdü.

GEW sendikacılarının bu tutumu, endüstri sendika patronlarının utanç verici tavırlarına karşı selamlanması gereken bir adımdır. İşçilere yönelen saldırılara sessiz kalan sendika patronlarına ihtiyacımız yok. Onlar bir taraftan bu tutumları ile Witten'li yerli ve yabancıların çıkarlarını hiçe sayarken, öte yandan ise sendiya zarar vermekteler . Ve sendika patronlarının bu tutumu Türkiyeli işçi arkadaşların güvenini sarsan bir tutumdur.

Miting kapanış konuşmasını yapan bir arkadaş "Deutsche-Ausländische Freundschaftskreis"ın çalışmalarını aktiv bir şekilde desteklemeye çağırdı. Yabancı düşmanlığına karşı yapılan eylemler bundan sonra da daha yoğun bir şekilde sürmeli ve bir eylemle sınırlı kalmamalıdır.

(„Nazi-Terrorbanden raus aus Witten!")



Geçen hafta Witten'de düzenlenen yürüyüşe 500'ü aşkın yerli ve yabancı katılarak faşistlerin yabancılara yönelik saldırılarını mahkum ettiler.

Şimdi gençliğin işsiz kalmasına karşı savaşım vermek gereklidir!

"Ya çıraklık yerler yaratırsınız ya da sessiz kalmayız!"

"Ya çıraklık ve işyeri yaratırsınız ya da sessiz kalmayız!" şiarı altında 25/26 Şubat'ta Hamburg sendika binasında işsiz gençliğin bir kurultayı yapıldı. Bu kurultayı DGB Gençliği ve İşsiz Gençleri ve Temel Okulu Bitirmemiş Genç Yetişkinleri Koruma Derneği düzenledi.

Oturuma yaklaşık olarak 250 işsiz genç, işsizlerle Dayanışma Girişimlerinin üyeleri, İşyeri İşçi temsilcileri, Gençlik temsilcileri ve sosyal pedagoglar katıldılar. Bu kurultay şimdiye kadar işsizlerin ve sendikanın örgütlü bir eylemini yapmak için birlikte attıkları ilk adımdı.

Kurultayda çeşitli çalışma grupları kuruldu. Kurulan çalışma gruplarının bazıları iki gün boyunca şu sorunlar üzerinde durdu: "Yabancı işsiz gençlerin durumu, işsiz kız ve kadınların durumu, işsizliğin nedenleri ve işsizliğe karşı mücadelede atılması gereken adımlar."

Gençlikte baş gösteren işsizlik sorununa değinen DGB Nordmark Bölgesi Sekreteri Irene Börjes şöyle konuştu: "Eğer biz tüm gücümüzle harekete geçmezsek durum giderek daha da kötüleşir. Bunun için biz şimdi eylemler örgütlemeye girişmeliyiz."

Bölge sekreterinin yaptığı bu çağrı daha kurultayın sürdüğü anda gerçekleştirildi. Kurultayın ikinci günü Hamburg şehir merkezinde kendiliğinden bir yürüyüş gençlikte baş gösteren işsizliğe karşı düzenlendi.

Yürüyüş korteji "Hamburg Morgenpost" gazetesi Yazı Kurulu'nun bulunduğu yere giderek gazete de gençliğin işsizlik sorunu üzerine çıkan haberlerin genellikle yanlış ve yetersiz olduğu yönünde protestosunu dile getirdi.

"Morgenpost" gazetesinin başyazarı bunun üzerine genç sendikacılar ile birlikte gençliğin işsizlik sorunu üzerine hazırlanmış olan bir dizinin gazetede seri halinde yayınlanacağına söz verdi.

(„Aktionen gegen Jugendarbeitslosigkeit dringend nötig!")

İlticacılar hükümetin ve eyalet yönetimlerinin saldırılarını protesto etmek için

Açlık grevine başladılar

RIEDEN/AUGSBURG. — Son dönemlerde bir taraftan yabancı düşmanlığı yoğun bir şekilde kışkırtılır ve yabancılara yönelik fiili saldırılar artırılırken, öte yandan ise buna paralel olarak ilticacılar üzerindeki baskılarda giderek daha katmerleştirilmektedir. İlticacı emekçiler üzerindeki baskı ve sömürü had safhaya ulaşmış durumdadır. Önce iltica hakkını kuşa çeviren kararlar alınır, ilticacı emekçilerin normal saat ücreti karşılığı çalışması önlenir ve bu yönde iki yıllık bekleme süresi konurken, şimdi de faşist Hitler Almanya'sında uygulanan aynı metodla ilticacı emekçiler zorunlu çalışmaya tabii tutulmaktalar.



Toplama kamplarındaki küçücük ve doğru dürüst sıhhi tesisleri olmayan odalara kalabalık bir şekilde ilticacılar doldurularak oturmaya zorlanmaktalar.

Ne varki Alman makamları bu kadarını yeterli görmemekte. Onlar daha da ileri giderek iltica isteminde bulunanları toplama kamplarına doldurarak para yerine sadece yiyecek ve giyecek maddesi vermekteler.

Ayrıca bu kadarı ile de yetinilmemektedir. İlticacılar kalabalık bir şekilde toplama kamplarındaki daracak odalara doldurulmaktalar. Bu toplama kamplarındaki sıhhi tesisler oldukça yetersiz. Çıkarılan yemekler ise yenebilecek şekilde bile değil.

İlticacı emekçiler defalarca toplama kamplarındaki sıhhi tesislerin kullanılır hale getirilmesini ve oturmaya uygun odaların verilmesini makamlardan talep etmelerine rağmen bugüne dek en küçük bir adım dahi bu yönde atılmadı, aksine ilticacıların haklarını daha da kısıtlayan önlemlere başvuruldu.

Bu durumu protesto etmek için Ostallgau ve Augsburg toplama kamplarında Seylanlı ilticacılar direnişe geçtiler. İlticacı emekçiler eylemleri ile sıhhi tesislerin bozuk olduğunu ve yemeklerin iyi olmadığına dikkatleri çekerek, bu doğrultuda adımların atılmasını talep etmekteler. Direnişe geçen Seylanlı ilticacılara karşı polis vahşice saldırıya geçti. Polisle ilticacılar arasında çıkan çatışmalarda bir ilticacı ağır yaralanarak hastaneye kaldırılırken, 23 ilticacı ise polis tarafından göz altına alındı.

Öte yandan Augsburg'taki iltica kampında ise Hintli ve Pakistanlı ilticacılar açlık grevine başladılar.

İlticacı emekçilere yöneltilen saldırılar halkasını sürekli yenileri izlemektedir. Batı Berlin CDU azınlık hükümetinin ilticacı emekçileri 1,25 Mark adi ücretle sokak temizliğinde çalıştırmaya zorlayan kararını Kuzey Ren Westfalye Eyaleti'nden sonra şimdi de Baden-Württemberg Eyaleti de uygulama doğrultusunda hazırlık yapmaktadır. Gerçi henüz karar tasarısı tartışılmakta, ama bu tasarının kabulü sonucunda Horb toplama kampında bulunan 1824 ilticacı emekçi de aynı "ücret" karşılığı zorunlu çalışmaya tabii tutulacak.

İlticacı emekçilere yönelen bu saldırılara karşı sessiz kalınılmamalı ve bu kararların geri püskürtülmesi için adım atılmalıdır. Çünkü bu kararlarla yanında tüm sosyal yardım alanları zorunlu çalışmaya tabii tutmanın ön hazırlığı ve gösterilecek tepkinin denemesi yapılmaktadır.

(„Asylanten-Hungerstreik in Augsburg")

Lummer Berlin'de NPD'nin de çalışmalarına izin verilmesini istiyor!

Batı Berlin'in Charlottenburg semtinde "Hiristiyan Demokrat İşçiler Derneği"-nin yaptığı bir toplantıda Lummer 80 kişinin önünde faşist NPD'nin Batı Berlin'de yasak olmasına üzüldüğünü açıkladı. Bu toplantıda Nazi Partisi NPD'nin siyasi faaliyetine izin verilmesini talep eden bir NPD yanlısının sorusuna cevap veren Batı Berlin İçişleri Senatörü Lummer "aşırı sol partilere izin verildiğini, aşırı sağın ise yasaklandığını ve bu duruma çok üzüldüğünü" belirtti.

Ev işgalcilerinin üzerine en vahşi bir şekilde polisi saldırtarak bir kişinin ölümüne yol açan ve bugün ise başta biz Türkiyeliler olmak üzere tüm yabancılara karşı aldığı insanlık dışı ve katı kararları ile Batı Berlin'de şimdiye kadar yönetime gelmiş geçmiş politikacıları geride bırakan Lummer şimdi bir adım daha ileri atma cesaretini nereden alıyor? O bu açıklaması ile biz anti-faşistlere karşı saldırıya geçmenin zeminini yaratmaya çalışıyor. Ona göre ya faşist NPD'nin çalışmasına da hak tanınmalı ya da "denge" sağlansın diye anti-faşist örgütler de yasaklanmalı.

Batı Berlin'de ikinci dünya savaşının ardından yapılan Potsdam anlaşması ile faşist Hitler'in Partisi olan NSDAP, onun alt ve yan kuruluşlarına siyasi faaliyet gösterme hakkı yasaklanmıştır. Gerçi bu karara Batı Almanya'da bağlı kalınmayarak faşist NPD ve tüm yan kuruluşlarının faaliyetine konan yasak kaldırıldı.

Lummer'in açıklanmasının ardından Batı Berlin'deki üçlü işgal kuvveti (ABD, İngiltere, Fransa) bir taraftan NPD'ye konan yasağın kaldırılmayacağını belirtirlerken, öte yandan ise sol partileri de yasaklamayı gözardı etmedi. CDU'nun zaten istediği de budur.

Bunun için anti-faşistler ve demokratlar bir taraftan Potsdam anlaşmasına bağlı kalınmasını talep ederken, öte yandan ise anti-faşist örgüt ya da partilerin yasaklanması yönünde atılacak her adımı geri püskürtmelidirler. CDU'lu Lummer faşistlere sağladığı katkıdan dolayı hesap vermeye zorlanmalıdır. Bunun için Partimiz KPD Lummer'in İçişleri Bakanlığından istifasını ev işgalcilerine karşı vahşice saldırıya gidildiği dönemde talep ettiği gibi şimdide aynı talebi ileri sürmektedir.

(„Lummer bedauert NPD-Verbot in Berlin")

Batı Alman devleti yabancılar üzerindeki baskıları artırmak istiyor

Derinleşen iktisadi buhrana ve artan işsizliğe paralel olarak Batı Alman devleti Almanya'daki işçi ve emekçiler üzerindeki baskısını da artırmaktadır. Bir yandan işyerleri ardı arkası kesilmez bir şekilde kapatılır ve binlerce işçi sokağa atılırken, öte yandan ise Batı Alman hakim sınıfları ve onların sözcüleri buhranın faturasını emekçi halka ödettirmek için her türlü önlemi almaktadırlar. Buna bağlı olarak burada yaşayan yabancı işçi ve emekçilerin hak ve özgürlüklerini daha da kısıtlama ve onlar üzerindeki baskıyı artırma yönünde daha da yoğun bir şekilde adım atılmaktadır.

Yabancı işçi ve emekçilerin aile bütünlüğünü bölen insanlıkdışı kararların alınmasının ardından kısa bir zaman geçmeden Bonn Hükümeti ve Eyalet Yönetimleri yabancılara karşı daha da sert önlemlerin alınması, "yabancıların sayılarının dondurulması" çığlıklarını atmaktalar. Önce Batı Almanya ve Batı Berlin'de yaşayan yabancı işçi ailelerinin çocuklarını yanlarını getirme sınırı 18'den 16 yaşına indirildi. Şimdi ise bir adım daha da ileri atılarak gelecekte yaş sınırının 16'dan 10'a, hatta 6 yaşına düşürülmesi üzerine görüşmeler sürdürülmektedir.

Bu vb. kararları ile Batı Alman devleti burada yaşayan biz yabancı işçi ve ailelerinin aile bütünlüğünü bölmeyi ve böylece yabancıların kendiliğinden Almanya'yı terketmesi için baskı uygulamayı amaçlamaktadır. Tabii ki her alınan kararın ardından yapılan açıklamalarda olduğu gibi yeni atılmak istenen adımlarında yabancı düşmanı, insanlıkdışı birer adım olduğu izlenimini uyandırmamak için, bunun "yabancıların lehine" olduğu tumturaklı sözlerini ileri sürmekteler. Çalışma Bakanlığının Yabancılar Sorunları ile görevli kısım şefi Wolfgang Bodenbender Batı Berlin'de yapılan bir toplantıda başından itibaren Alman okullarında ders görmeyen yabancı çocukların entegre edilmesi başarılı olamaz dedi.

Ancak bunun arkasında yatan gerçek başka şeydir. Batı Alman burjuvazisi yurtdışından getirilen işçiler için mümkün olduğunca az masraf yaparak onların sırtından fazla kâr elde etmek istemektedir. Elbette bu yabancı işçi aile çocuklarının eğitimi için de geçerlidir. Onlar yabancı çocukları geleceğin iş köleleri olarak yetiştirmek istemekteler.

Bunun için bugün buhranın olmasına rağmen yabancı işçilerin tümünü sınırdışı etmek onların çıkarlarına aykırıdır. Çünkü yabancılar hala onlar için ucuz işgücünü oluşturmaktalar ve kapitalistler bugün zaten *bütün* yabancıların sınırdışı edilmesi şiarını atmamaktadır.

Batı Alman emperyalist burjuvazisi bugün neofaşist örgüt ve çetelerin emekçi halk arasında ırkçı ve şövenist düşüncelerin propagandasını yapmasını teşvik etmekte ayrıca yerli ve yabancı emekçi halkın birbirine düşman edilmesine imkan sağlamaktadır. Çünkü o böylece yarın emekçi halkta gelişen eğilimleri istediği yönde somut olarak kullanabilir.

Kapitalistler bugün doğrudan sömürüye tabii tutulmayan her yabancı işçi ailesi için yapılan "harcamaları" masrafa yol açan bir faktör olarak ele almaktalar. Ve bunun içinde işçi ailelerinin haklarını tamamen ortadan kaldırmak istemekteler. Batı Alman burjuvazisinin bu planının üzerine her anti-faşist, demokrat ve komünist kalın bir çizgi çekmelidir.

Batı Alman hakim sınıfları biz yabancı işçi ve emekçiler için mümkün olduğunca en düşük harcamayı yaparak bizden en fazla kâr elde etmek istemekteler. Bunun için de onlar bugün bir taraftan çocuklarımızın doğru dürüst bir eğitim görmesini engeller ve onların eğitimi için kayda değer hiç bir masraf yapmazken, öte yandan ise onları sınırdışı etmenin planını yapmaktalar.

Başka bir deyişle onlar Hitler Almanya'sında gerçekleştirilen şekilde, bugün biz yabancı işçileri hiç bir hakkı olmayan iş köleleri yapmak istemekteler.

Kapitalistler politikalarının merkezine yabancı işçilerin sırtından aşırı kârlar elde etmeyi koyduğundan ötürü onların sözcüleri üzerine velvele koparak piyasaya sürdükleri entegrasyon girişimleri yönünde de hiç bir adım atmamaktalar. Bu şimdi izlenen eğitim politikası için de geçerlidir.

Örneğin bugün NPD faşistleri, milliyetlere göre sınıfların oluşturulması için bir referandum yapmak istiyorlar ve buna karşı hiç bir önlem alınmamaktadır. Niçin? Çünkü bu kapitalistlerin de işine yaramaktadır. Ayrı ayrı sınıflar oluşturulması ile yabancı çocuklar geleceğin ikinci sınıf iş köleleri olarak yetiştirilmek isteniyor. Çünkü bu politikanın doğal sonucu olarak çocuklarımız bu sınıflarda ikinci sınıf bir eğitim görecekler. Nitekim bu yönde Baden-Württemberg'te ve Batı Berlin'de adımlar atılmış durumdadır.

Milliyetlere göre sınıfların oluşturulması üzerine şu tezler ileri sürülüyor: Yerli ve yabancı çocukların birlikte olduğu sınıflarda Alman çocukları çok az şey öğreniyorlar. Peki bunun aksi yönü yabancı çocukları içinde geçerli değil midir? Elbette, ama her iki taraf içinde geçerli olan sorunun gerçek nedenleri üzerine susulmaktadır. Çünkü bunun sorumlusu Batı Alman devletinin kendisidir. Batı Alman hakim sınıfları bizi buraya getirdiklerinden beri ikinci sınıf insan gözüyle bakmakta ve bu temelde muamele görmekteler.

Onların istedikleri sadece bizim sırtımızdan tatlı kârlarını elde etmektir. Ve bunun için bizim ve çocuklarımızın ihtiyaçları ve eğitimi onları ilgilendirmemektedir.

Tüm kitlesel araç ve gereçlerine bakıldığında entegrasyon politikasının iflas etmesinin sorumluları olarak biz yabancılar gösterilmekteyiz. Birincisi şunu belirtelim ki, Batı Alman devleti halkların dostça kaynaşmasından yana değildir. Onun istediği yabancı uluslardan emekçilerin asimilasyona tabii tutulmasıdır. İkincisi ise gerçek bir entegrasyon politikası için hemen hemen kayda değer hiç bir girişimde bulunulmadı ve onlar kendiliğinden de bunu yapmakta istemiyorlar ve yapmayacaklardır. Bu nedenle biz komünistler halkların kardeşçe kaynaşması için, entegrasyonun gerçekleştirilebilmesi için daha fazla imkânların sağlanmasını talep etmeliyiz. Tabii ki bunun maddi yükünü bizim sırtımızdan tatlı kârları elde eden kapitalistler üzerine almalıdırlar.

Aynı şekilde yabancı çocukların eğitim sorunu için de ciddi önlemler alınmalıdır. Bunun için çocukların okul ve mesleki eğitimi için yeterli imkânlar sağlanmalıdır. Sınıflardaki öğrenci sayısı azaltılmalı, yerli ve yabancıların birlikte eğitim gördüğü sınıflarda ders veren öğretmenlerin tümü buna hazırlanmalı ve eğitimden geçirilmelidir. Okullarda çocukların kendi ana dillerine yabancılaşmaması için de önlemler alınmalı ve yabancı öğretmenler çalıştırılmalıdır. İşte bugün yabancı işçi ve emekçilerin aile ve çocuklarının temel hak ve özgürlükleri için ileri sürülmesi gereken taleplerin bir kısmı bunlardır.

Şimdilik eğitim politikası için bu kadarı yeterlidir. Wolfgang Bodenbender yukarda değindiğimiz toplantıda ayrıca yabancıların seçme hakkı üzerine de görüş belirtti. O bugün belediye seçimlerine yabancıların da katılmasını talep eden demokratların görüşü konusunda halkı uyardı. Ona göre bu hakkın yabancılara tanınması ile "büyük şehirlerde kırmızı ve siyah bayraklı gruplar caddelere dökülerek Alman halkında korku yaratırlarmış" Ayrıca çeşitli bağımsız seçmen grupları kurarak hem faşistler hem de komünistler parlamentoya girebilirlermiş.

Bodenbender'in ileri sürdüğü bu görüşler bir sahtekârlıktan başka bir şey değildir. Bizim anti-faşistler ve demokratlar olarak buna vermemiz gereken cevap çok açıktır. Şimdiye kadar bir dizi katliama girişen yabancı silahlı faşist örgüt ve çeteler dağıtılmalı ve faaliyetleri yasaklanmalıdır. Ama seçme seçilme hakkı Almanlara tanındığı gibi bize de tanınmalıdır! Ve sadece seçme ve seçilme hakkı değil. Aynı zamanda tüm siyasi haklarda garanti altına alınmalıdır.

Biz işçi ve emekçilerin bölünmesinden değil, birliğinden yanayız. Ancak bunu biz sadece boş bir şiar olarak ele almamalıyız. **Bunun için Partimiz KPD yabancıların kanun karşısında eşit haklar elde etmesi için şimdiye kadar sahip olunan vatandaşlık hakkının korunması şartıyla otomatik olarak Alman vatandaşlığına geçme hakkının tanınmasını talep etmektedir. Yani çifte vatandaşlık hakkının yabancılara tanınmasını ileri sürmektedir.**

Partimiz yerli ve yabancıların birliğini sağlamanın yabancıların özel sorunlarına eğilmekle, bu sorunların çözümü için talepler ileri sürmekle ve bunların gerçekleştirilmesi için mücadele sürdürmekle mümkün olabileceğini savunmaktadır. Bunun için yabancı işçi ve ailelerinin sorunlarına eğilen, bu doğrultuda talepler ileri süren bir yabancılar programını yakında yayınlayacaktır.

(„Neue staatliche Anschläge auf Ausländerfamilien")



Devletin yabancılara yönelik saldırılarına karşı mücadele yükseliyor.

Çelik sanayiisinde toplu sözleşme turları

Onbinlerce işçi uyarı grevine gitti

Yapılan ikinci toplu sözleşme turunda da çelik kapitalistleri yüzde 3,8 adi ücret zammı tekliflerinde direttiler. Onlar üstelik bu teklifi toplu sözleşme anlaşmasının geçerlilik süresinin 15 aya uzatılması temelinde yapmaktalar.

Pazartesi günü bir çok çelik işletmesinde IG Metall'ın çağrı yaptığı uyarı grevleri başladı. Elimize ulaşan haberlere göre Witten'deki ve Wetter-Wengern'deki ve Krefeld'deki Thyssen'in yüksek vasıflı çelik işletmelerinde sabah vardiyasına gelen işçi arkadaşlar bir saatliğine işi bıraktılar.

Salı günü ise Duisburg'taki tüm Thyssen işletmelerinde, Bochum'daki Krupp firmasında ve Bremen'deki Klöckner-Dökümhanesinde işçi arkadaşlar uyarı grevlerine gittiler.

Duisburg'taki Thyssen işletmelerinde düzenlenen uyarı grevine 15 000'e yakın işçi katıldı. Çarşamba günü ise Duisburg'taki Mannesmann, Thyssen-Niederrhein, Krupp-Rheinhausen çelik işletmelerinde uyarı grevlerinin yapılacağı belirtildi.

Ne varki IG Metall yönetimi işçi arkadaşların mücadele isteğini ilerletmek ve bu eylemleri yaygınlaştırmak yerine daha şimdiden Krefeld'de metal sektörü için yapılan ücret zammı modelini kabul edeceğini açıkladı. O bununla talebin gerçekleştirilesi için mücadeleci eylemleri yaygınlaştırmak yerine, yüzde 7,5 ücret artışı zammından vazgeçeceğini açıkca ortaya koymaktadır.

(„Zehntausende beteiligten sich an Warnstreiks")

Yabancı gençler üzerindeki saldırılar giderek yoğunlaşmaktadır

MBSE kurslarını bitiren gençler sınırdışı edilmekle tehdit ediliyor!

Yerli ve yabancı gençler arasında işsizlik giderek korkunç boyutlara ulaşmaktadır. 20 yaşından küçük olan yerli ve yabancı gençler arasındaki işsizlik sayısı yaklaşık olarak 200 000 civarında tahmin edilmektedir. Bu konuda kesin rakamlar yoktur. İşsiz gençler arasında ise çoğunluk yabancı gençlerden oluşmaktadır.

Batı Alman hakim sınıfları ve onların Bonn'daki sözcüleri bir bütün olarak gençliğin ve özel olarakta yabancı gençlerin sorunlarını çözmek yerine onları hemen hemen iş hayatında hiç bir imkân sağlamayan göstermelik mesleğe hazırlama kurslarına göndermektedir. Örneğin bunu yabancı gençliğe indirgeyecek olursak, yabancı gençlerin büyük bir kısmı MBSE diye adlandırılan mesleğe hazırlama kurslarına gönderilmektedir.

Batı Alman devletinin sözcüleri bir taraftan tüm yabancı gençlerin bu kurslara katılması için ardı arkası kesilmez bir şekilde açıklama yaparken, öte yandan ise Batı Almanya'daki gençliğin küçünsenmez bir bölümünü oluşturan yabancı gençliği meslek hayatına hazırlamak için onlara en küçük bir olanağı dahi sağlanmamaktadır.

Bu kurslara katılan gençlerin ezici çoğunluğu kursları bitirdikten sonra gene işsiz kalmaktadır. Çünkü kursların bitiminde onların bir meslek öğrenebilmesi için çıraklık yerleri hazırlanmamıştır. Ayrıca bu kurslarda öğretilen şeyler oldukça çok yetersizdir.

Kısacası, bu kurslarda kapitalistler için yardımcı işçi eğitimi yapılmaktadır.

MBSE kurslarını bitiren gençlerin işyerleri bulamaması onların sınırdışı edilmesi tehlikesini de beraberinde getirmektedir. Çünkü kursları bitiren gençlerin çoğunluğu 18 yaşını doldurmaktadır. Alman makamlarına göre 18 yaşını dolduran gencin bir işyeri ya da okulu bulamaması durumunda sınırdışı edilmesi söz konusudur.

Çünkü bu kursları bitiren gence ne bir çıraklık yeri bulunmakta ne de okuma hakkı tanınmaktadır. Böylece binlerce yabancı, özellikle Türkiyeli gençler sınırdışı edilmesi tehlikesi ile karşı karşıya kalmaktadır.

Öte yandan ise Türkiyeli gençlerin pasaportlarının süreleri de konsolosluklar tarafından uzatılmamaktadır. Bir kaç hafta önce Batı Almanyanın bazı şehirlerini ve Batı Berlin'i gezerek "Türkiyeli işçilerin ve ailelerinin sorunlarını dinleyen ve onlara çözüm bulacağı vadinde bulunan" (!) Türkiye'deki faşist cuntanın Almanya'daki temsilcilerinden biri olan Bonn Büyükelçisi Halefoğlu, Türkiyeli gençlerin MBSE kurslarını ziyaret etmelerini istedi. Türkiyelilerin sorununa çözüm getireceğini söyleyen Halefoğlu'na sormak lazım: Bir taraftan gençlerin bu kursları ziyaret etmesini söylüyorsunuz, öte yandan ise bu kursları resmi okul olarak tanımıyorsun. Bu ne biçim pehriz bu ne biçim lahana turşusu Bay Halefoğlu?

Bu kursları bitiren ya da hala devam eden 18 yaşını doldurmuş olan gençlerin pasaportlarının süreleri konsolosluklar tarafından uzatılmamakta ve askerlik görevlerinin tescili yapılmamaktadır.

İşte bu küçük bir örnek bile Türkiye'deki faşist cuntanın ve yurtdışındaki temsilcilerinin buradaki işçilerin ve ailelerinin sorunları ile ne kadar yakından ilgilendiklerini ve bunların çözümü üzerine düşündüklerini göstermektedir. Onlar Türkiyelilerin baskı altında tutulması konusunda Batı Alman burjuvazisi ile hem fikirler.

(„MBSE-Schüler durch die Ausweisung bedroht")